Az. 902.410.000 (Ji/La)
052.030.000

Öffentliche Sitzung des Gemeinderats am 9. Februar 2006

R. Pr. Nr. 24

Verabschiedung des Haushaltsplans 2006 der Stadt Ettlingen einschließlich Stellenplan

---

Beschluss: (33:6 Stimmen)

I. Aufgrund der §§ 79 und 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 1. Dezember 2005 (GBl. S. 705) wird folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

1. den Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je	**95.159.880 €**
davon im Verwaltungshaushalt	**83.788.700 €**
im Vermögenshaushalt	**11.371.180 €**
2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen (Kreditermächtigung) in Höhe von	**4.176.230 €**
3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von	**5.433.500 €**

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf	**6.000.000 €**

§ 3

Die Hebesätze für die Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

1.	**Grundsteuer**	
1.1	**A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe auf**	**230 v. H.**
1.2	**B für alle übrigen Grundstücke auf der Steuermessbeträge**	**300 v. H.**
2.	**Gewerbesteuer vom Gewerbeertrag auf der Steuermessbeträge.**	**350 v. H.**

§ 4

Der Stellenplan 2006 für die Stadtverwaltung wird als Teil und Anlage des Haushaltsplanes beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden personalrechtlichen Maßnahmen im Rahmen der Zuständigkeiten vorzunehmen.

II. Ferner wird Kenntnis genommen von

1. der Finanzplanung für den Planungszeitraum 2005 - 2009
2. dem voraussichtlichen Investitionsprogramm 2005 - 2009

- - -

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Mit Schreiben vom 26. Februar 2006 haben wir Ihnen mitgeteilt, dass der Kreistag in seiner Sitzung am 26. Januar 2006 beschlossen hat, die Kreisumlage um einen Prozentpunkt zu erhöhen. Dies wirkt sich auf den Haushalt 2006 wie folgt aus: Die Haushaltsstelle 1.9000.8320 - Landkreisumlage- wird sich von derzeit 11.766.700 € um 187.000 € auf 11.953.700 € erhöhen. Dies verändert die Zuführung zum Verwaltungshaushalt entsprechend auf 1.251.100 € sowie die Darlehensaufnahmen auf 4.165.730 €.

Der oben stehende Beschlussvorschlag enthält bereits die Erhöhung der Kreisumlage.

Eine Vorberatung der Angelegenheit fand in der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 24./25. Januar 2006 statt. Der Ausschuss empfiehlt unten stehenden Beschluss. Auf die Erläuterungen zu dieser Sitzung, die allen Mitgliedern des Gemeinderats zugingen, wird hingewiesen.

Da die Erhöhung der Kreisumlage erst nach den Haushaltsplanberatungen beschlossen wurde, ist sie in der Empfehlung des Verwaltungsausschusses noch nicht berücksichtigt. Die Empfehlung lautet wie folgt:

I. Aufgrund der §§ 79 und 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 1. Dezember 2005 (GBl. S. 705) wird folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

1.	den Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je	94.764.880 €
	davon im Verwaltungshaushalt	83.591.200 €
	im Vermögenshaushalt	11.173.680 €
2.	dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen (Kreditermächtigung) in Höhe von	3.978.730 €
3.	dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von	5.433.500 €

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 6.000.000 €

§ 3

Die Hebesätze für die Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
1.1	A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe auf	230 v. H.
1.2	B für alle übrigen Grundstücke auf der Steuermessbeträge	300 v. H.
2.	Gewerbesteuer vom Gewerbeertrag auf der Steuermessbeträge.	350 v. H.

§ 4

Der Stellenplan 2005 für die Stadtverwaltung wird als Teil und Anlage des Haushaltsplanes beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden personalrechtlichen Maßnahmen im Rahmen der Zuständigkeiten vorzunehmen.

II. Ferner wird Kenntnis genommen von

1. der Finanzplanung für den Planungszeitraum 2005 - 2009
2. dem voraussichtlichen Investitionsprogramm 2005 - 2009

- - -

Oberbürgermeisterin Büssemaker erläutert das Verfahren der Haushaltsplanaufstellung sowie der Verabschiedung der Haushaltshaltssatzung. Sie erklärt, dass es mehrere verwaltungsinterne Besprechungen gebe, anschließend Fraktionsgespräche und im Anschluss daran die nichtöffentlichen Vorberatungen im Verwaltungsausschuss. Schließlich werde dann der Haushaltsplan durch den Gemeinderat verabschiedet. Sie erklärt, dass insgesamt 500.000,- € an Einsparungen durch den Gemeinderat vorgenommen werden konnten.

Haushaltsrede Stadtrat Foss:

„Sie, Frau Oberbürgermeisterin Büssemaker, haben in ihrer Haushaltsrede unsere Stadt Ettlingen mit dem "Garten Eden" verglichen. Wenn es um die paradiesischen Qualitäten unserer Stadt geht, kann man ihnen nur zustimmen. Ich habe mich jedoch gefragt, welches Motiv Sie wohl gerade für dieses Bild geleitet hat. Auf einen möglichen tieferen Sinn des Vergleichs bin ich dann im Zusammenhang mit Ihrem Vorschlag gestoßen, den Gemeinderat zu verkleinern. Nachdem Sie bereits Josef Offele und Werner Raab vertrieben haben, beschäftigt mich die Frage, ob Sie nun auch noch den Gemeinderat aus dem Paradies vertreiben wollen? Und ob das die Erklärung dafür ist, dass einige Mitglieder des Gemeinderats nicht mehr vom Baum der Erkenntnis essen?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, meine Fraktion, die Fraktion der CDU, stellt mit Genugtuung fest, dass unsere Anträge zu Einsparungen im Verwaltungshaushalt bei den Haushaltsberatungen im Verwaltungsausschuss auf eine breite Mehrheit gestoßen sind. Hierzu hatten wir insbesondere beantragt, die mit nahezu 4 Mio. € ausgewiesenen Unterhaltsmaßnahmen für Grundstücke und Gebäude um 10% auf 3,6 Mio. € zu kürzen und fast 320.000,- € einzusparen. Außerdem hatten wir beantragt, die Aus- und Fortbildungskosten, die mit annä-

hernd 227.000,- € ausgewiesen waren, auf 200.000,- € zu begrenzen und ferner 1,5 Personalstellen für insgesamt 70.000,- € einzusparen.

Durch Kürzungen bei den Repräsentationskosten und den Partnerschaften in Höhe von jeweils 10.000,- € und in Höhe von 13.000,- € bei den Ausstellungskosten sind auf unsere Initiative weitere Einsparungen gelungen. Der Zuschussbedarf für das Stadtmarketing wurde um 10.000,- € gesenkt und die Kosten für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit um 20.000,- € reduziert; die Kosten für die Leitbilderstellung wurden einvernehmlich auf 40.000,- € begrenzt. Mit der Form einer Leitbilderstellung, wie Sie sie, Frau Oberbürgermeisterin, zuletzt vorgeschlagen haben, nämlich dass unter Einbeziehung der Arbeitsergebnisse aus dem Stadtmarketingausschuss in früheren Jahren das Leitbild für die Stadt fortgeschrieben und mit der Bevölkerung diskutiert und weiterentwickelt werden soll, können wir uns einverstanden erklären. Auch der Veranstaltungspool mit der Personalreserve für die Messen wurde um die Hälfte gekürzt. Auch hier ist also ein beachtliches Einsparpotential zusammen gekommen, bei dem Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, attestiert werden darf, dass Sie diese Kürzungswünsche des Gemeinderats respektiert und letztlich mitgetragen haben. Insgesamt ist es danach also gelungen, einen angemessenen Ausgleich herzustellen zwischen den finanziellen Zwängen einerseits, die sich aus der Haushaltslage ergeben, und dem unabweisbaren Bedürfnis andererseits, mit der Attraktivität unserer Stadt nach außen hin Werbung zu treiben, um das Interesse von Kunden und Besuchern zu wecken. Um damit effektiv werben zu können, müssen wir freilich darauf bedacht sein, die Attraktivität unserer Stadt noch weiter zu steigern. Dazu gehört nach unserer Überzeugung die stetige Verbesserung unserer Verkehrsinfrastruktur, wie sie jetzt nach jahrelangen nachdrücklichen Initiativen meiner Fraktion mit dem vollständigen Ausbau der Pforzheimer und der Durlacher Straße sowie der Anlage des Lauerturmkreisels beschlossen wurden.

Wir haben es begrüßt, dass Sie, Frau Oberbürgermeisterin, trotz der unverständlichen Ablehnung unseres Fraktionsantrags im Gemeinderat anschließend gleichwohl nach Stuttgart in das Wirtschaftsministerium gefahren sind, um dort weitere Fördergelder locker zu machen. Die gleiche Aufgeschlossenheit erwarten wir von Ihnen allerdings auch in Bezug auf unseren Antrag auf Entwicklung des Geländes zwischen der AVG und dem Ferning, um es für ein Mischgebiet planungsreif zu machen, der mehrheitlich vom Gemeinderat verabschiedet wurde, dem Sie jedoch mit anfänglicher Skepsis begegnet sind.

Bei dem erst kürzlich vom Gemeinderat beschlossene Ausbau der Pforzheimer Straße und der Durlacher Straße sowie der beschlossenen Anlegung des Lauerturmkreisels handelt es sich um Maßnahmen, die schon vor zwei Jahren Gegenstand eines umfangreichen Initiativantrages meiner Fraktion waren, damals noch unter der Führung meines verdienstvollen Vorgängers Hans-Peter Stemmer, mit der die Attraktivität der Stadt gesteigert werden sollte, um uns gegenüber den Herausforderungen des Umlandes zu behaupten. Diese Herausforderungen bestehen unverändert fort. Zu nennen sind das ECE-Einkaufscenter in Karlsruhe, verschiedene Vorhaben, Factory-Outlet-Center in der näheren oder weiteren Umgebung anzusiedeln und die Anstrengungen von Nachbargemeinden, ihre eigene Einkaufszentralität zu steigern und damit Kaufkraft von uns abzuziehen, was wir mit unseren Bemühungen um die Attraktivitätssteigerung unserer Stadt verhindern wollen und verhindern müssen.

Wir freuen uns und sind dankbar, dass uns der Herr Ministerpräsident Oettinger in diesem Bestreben bei seinem Besuch im vergangenen Herbst Unterstützung zugesagt hat und zwar gerade auch in Bezug auf den Förderungsantrag für das erweiterte Sanierungsgebiet. Auch unserem Landtagsabgeordneten und Ehrenbürger Dr. Erwin Vetter danken wir für seine tatkräftige Unterstützung.

Zu den Bemühungen um Attraktivitätssteigerung zählen wir aber auch unverändert unsere Initiative zur attraktiveren Gestaltung der Stadteingänge. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang das von uns beantragte elektronische Informationssystem, für das der noch nicht in Anspruch genommene Haushaltsrest aus den früheren Jahren demnächst zur Übertragung auf das laufende Haushaltsjahr ansteht. Mit einem Abgleiten in Zustände wie in Las Vegas hat

dieses System nichts gemein, wie dazu anzumerken ist, nachdem mit derartigen unsachlichen Vergleichen immer wieder versucht wird, gegen unsere Initiative Stimmung zu machen. Andere Städte haben uns bereits erfolgreich vorgemacht, wie mit einer derartigen Gestaltung der Stadteingänge dem drohenden Vorbeifahreffekt Einhalt geboten, die Aufmerksamkeit von potentiellen Besuchern und Kunden auf unsere Stadt gelenkt und in einen Absaugeffekt zum Nutzen der beworbenen Stadt verwandelt werden kann. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang auch das erst kürzlich vom Gemeinderat auf unseren Antrag beschlossene verbesserte Parkleitsystem, das vor allem auswärtigen Besuchern und Kunden unseres Einzelhandels das Zurechtfinden in der Stadt mit dem vorhandenen Parkraum erleichtern soll.

Meine Fraktion hat Mitte des vergangenen Jahres Anträge gestellt, Architekten- bzw. Investorenwettbewerbe für das Umfeld Lauerturmkreuzung und das Umfeld Feuerwehrgelände durchzuführen, damit die genannten Bereiche städtebaulich so markant aufgewertet werden, dass sie unserer Stadt als "Visitenkarten" bzw. "Wahrzeichen" dienen. Auch mit diesen Anträgen wollen wir die weitere Entwicklung unserer Stadt voranbringen, namentlich auf dem Feuerwehrgelände. Nach anfänglichem Widerstreben haben sich jetzt auch andere im Gemeinderat diesen Perspektiven angeschlossen, was wir begrüßen.

Wir sehen vor allem die Notwendigkeit, dass für die Feuerwehr allmählich Klarheit geschaffen wird. Wir können es uns nicht leisten, die Entscheidung über den künftigen Feuerwehrstandort Jahr für Jahr vor uns her zu schieben. Insbesondere können wir so mit der Feuerwehr nicht umgehen. Nachdem der Standort, an den das Feuerwehrgerätehaus nach den ursprünglichen Plänen hätte verlegt werden sollen, jetzt vom Gemeinderat zur Unternehmensansiedlung vergeben wurde, müssen Sie, Frau Oberbürgermeisterin, Farbe bekennen, wie es mit der Feuerwehr weitergehen soll. Die abermalige Einstellung einer Planungsrate im Verwaltungshaushalt ist lediglich ein "Feigenblatt", das jedoch keineswegs die erforderliche Standortentscheidung ersetzt.

Zur Attraktivitätssteigerung gehört nach unserer Überzeugung auch, dass unsere Stadt noch familien- und kinderfreundlicher wird. Meine Fraktion hat dazu erst in den letzten Wochen des vergangenen Jahres den Antrag gestellt, einen Wettbewerb für ein familienfreundliches Ettlingen durchzuführen, bei dem wir die Familienfreundlichkeit von Personen und Institutionen in unserer Stadt ausgezeichnet wissen wollen. Zum gleichen Bemühen gehört auch unsere Initiative bei den Haushaltsberatungen, die vorhandenen Familienparkplätze zu erweitern. In diesem Zusammenhang ist die Initiative von Gewerbeverein und Werbegemeinschaft besonders hervorzuheben, die in der Adventszeit in Zusammenarbeit mit der Stadt eine Kinderbetreuungseinrichtung während der Einkaufszeiten an den Samstagen geschaffen haben, durch die die Eltern entlastet wurden. Das genau ist ein gelungenes Beispiel praktizierter Familienfreundlichkeit, die wir meinen und für die wir den Beteiligten Lob und Dank aussprechen.

Unabhängig von dem Zwang und dem Willen zum Sparen ist es kommunalpolitisch gleichwohl geboten, bei der Ausgabengestaltung Prioritäten zu setzen. Zu diesen Prioritäten gehört nach unserer Auffassung an allererster Stelle die Familienpolitik. Das habe ich bereits in meiner Haushaltsrede vor einem Jahr betont und es gilt unverändert fort. Meine Fraktion hat deshalb bereits im vergangenen Herbst in den Gemeinderat den Antrag eingebracht, die Kindergarten-Zweitkinder von der Beitragspflicht freizustellen, deren Eltern gegenwärtig noch mit dem halben Beitrag belastet sind. Wir waren dabei davon ausgegangen, dass alle weiteren Kinder ohnehin beitragsfrei gestellt sind. Das gilt freilich nur, wenn sie parallel in denselben Kindergarten gehen. Um unerwünschte Ungleichheiten zu vermeiden, haben wir jetzt unseren Antrag dahingehend ergänzt, dass unabhängig davon alle Drittkinder ebenfalls von der Beitragspflicht freigestellt werden und haben dazu - wie auch zu unserem früheren Antrag - die erforderlichen finanziellen Mittel im Verwaltungshaushalt beantragt. Wir freuen uns, dass wir für dieses Anliegen in den beiden anderen großen Fraktionen des Gemeinderats Resonanz gefunden haben und dass gelungen ist, die erforderlichen Mittel dafür in den Haushalt einzustellen.

Wir tragen auch die eingestellte Planungsrate von 20.000,- € für das von Ihnen, Frau Bürgermeisterin Petzold-Schick, vorgeschlagene Familienzentrum mit. Wir halten das Vorhaben für eine sozialpolitisch ambitionierte Sache, deren Folgekosten mit Belastungen für künftige Haushalte freilich noch genauer geprüft werden müssen. Wir begrüßen und anerkennen allerdings Ihr Engagement in dieser Sache und sagen Ihnen eine weitere wohlwollende Begleitung dieses Integrationsprojektes zu.

Was unsere vergeblichen Bemühungen um Bundeszuschüsse aus dem IZBB-Programm für die Ganztagesschulen anbetrifft, bitten wir die Verwaltung um einen baldigen Bericht darüber, wie der Stand der Verhandlungen mit dem Land ist, das hierfür ersatzweise einspringen wollte, nachdem der badische Landesteil gegenüber dem württembergischen bei der Verteilung der Zuschüsse benachteiligt ist. Die Finanzierung der Schulmensen hatte sich leider nicht so verwirklichen lassen, wie das nach unserem letztjährigen Antrag geplant war. Meine Fraktion stellt deshalb in Ergänzung zu unseren im Verwaltungsausschuss gestellten Anträgen hier noch den Antrag, in den Haushalt 2006 für die Mensabetriebe der beiden Schulen des Schulzentrums und des Eichendorff-Gymnasiums Beträge von jeweils 3.500,- €, insgesamt also 10.500,- € einzustellen, damit die Eltern nicht für die dort bestehenden Defizite aufkommen müssen. Wir bitten die Verwaltung allerdings gleichzeitig zu prüfen, ob die Essensbelieferungen nicht preisgünstiger erfolgen können.

Bei allem Bemühen um Kinder, Jugendlichen und Familien, wollen wir jedoch auch unsere Senioren nicht vergessen: Wir unterstützen die Verwaltung bei ihrem Bemühen, die vom Landkreis für die Sanierung des Stephanusstifts I zugesagten Fördermittel, die uns dieser jetzt rein aufgrund seiner beengten Finanzlage streitig machen will, mit allen erforderlichen politischen und rechtlichen Mitteln durchzusetzen, damit die Finanzierung sobald wie möglich sichergestellt werden kann. Wir freuen uns, dass es im vergangenen Jahr endlich gelungen ist nach jahrelangen Bemühungen, das Projekt für unsere Senioren auf dem Kleinen Exer mit dem Stephanusstift II seiner Verwirklichung entscheidend näher zu bringen und begleiten den täglich mehr und mehr erkennbaren Baufortschritt mit Enthusiasmus. Die Umsetzung dieses Vorhabens ist ein klares Zeichen unseres Willens, die ältere Generation an zentraler Stelle in das Leben unserer Stadt zu integrieren.

Nicht gefolgt sind wir Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, bezüglich ihres Haushaltsansatzes betreffend das Verwaltungsgebäude Kirchenplatz 9, für das Sie zur Aktivierung von Raumreserven einen Betrag von 100.000,- € sowie eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 265.000,- € im Haushaltsplan eingestellt hatten. Hier sind auch auf Betreiben der anderen Fraktionen lediglich Planungskosten in Höhe von 30.000,- € mit Sperrvorbehalt eingestellt und die Verpflichtungsermächtigung gestrichen worden. Wir sind der Auffassung, dass dort lediglich die zur Sanierung des Gebäudes dringend erforderlichen Maßnahmen durchgeführt werden sollten. Ich hatte bereits in meiner Haushaltsrede im vergangenen Jahr daran erinnert, dass der Gemeinderat Ihnen für den Rathausumbau ein Gesamtkonzept in Auftrag gegeben hat. Wir sehen dabei einen Zusammenhang mit dem Personalkonzept, von dem jetzt allenthalben die Rede ist. Ich hatte schon seinerzeit darauf hingewiesen, dass vor einer Aktivierung der Raumreserven zunächst zu klären ist, für welche Menschen und Aufgaben sie benötigt werden.

In diesem Zusammenhang spielt die demographische Entwicklung der künftigen Jahre eine entscheidende Rolle, ein Thema, mit dem Sie, was wir begrüßen, den Gemeinderat in allernächster Zeit befassen wollen. Aus unserer Sicht sind dabei aber auch noch zwei weitere entscheidende Gesichtspunkte heranzuziehen: Das ist einmal die Frage, inwieweit wir uns die modernen Möglichkeiten, die das so genannte Outsourcing bietet, zu eigen machen können und sollen; als Beispielsfall wäre etwa die Stadtgärtnerei zu nennen. Hierbei können nämlich voraussichtlich erhebliche Personaleinsparungen erfolgen, und zwar ähnlich wie bei dem so genannten E-Government, bei dem es darum geht, dass, wie früher bei der Heimarbeit, die Mitarbeiter mit Hilfe der heutigen und künftigen elektronischen Möglichkeiten ihre Tätigkeiten von zu Hause aus erbringen können, so dass erhebliche Flächeneinsparungen ermöglicht werden. All das hat Auswirkungen auf den künftigen Raumbedarf, die unbedingt schon jetzt

berücksichtigt werden müssen, ehe unnötige Investitionen in Raumreserven getätigt werden, die dann hinterher nicht benötigt werden. In diesem Zusammenhang möchte ich auch namens meiner Fraktion die Verwaltung bitten, einmal die Wirtschaftlichkeit des Fuhrparks der Stadt Ettlingen zu überprüfen, und bitte dazu einen entsprechenden Prüfauftrag für das Rechnungsprüfungsamt entgegen zu nehmen.

Im Vermögenshaushalt haben wir den Ansatz für die weiteren Maßnahmen des Lichtkonzepts im Hinblick auf die Haushaltslage gestreckt und für dieses Jahr um 15.000,- € gekürzt. Wir freuen uns, dass das Lichtkonzept bei unserer Bevölkerung mehr und mehr Anklang findet. In diesem Jahr werden weitere Maßnahmen beim Rathaus und bei der Schillerschule ausgeführt; das restliche Lichtkonzept soll dann in den nächsten Jahren verwirklicht werden.

Dass Sie, Frau Oberbürgermeisterin, den Haushaltsansatz für den Umbau der Bauverwaltung von sich aus wieder herausgenommen haben, begrüßen wir. Wir halten die Maßnahme für überflüssig. Die Forstverwaltung ist im Rathaus in Ettlingenweier gut untergebracht und soll nach unserer Auffassung auch dort bleiben. Für eine Verlegung in das jetzige Gebäude der Bauverwaltung sehen wir keinen Grund, sodass auch die Umbaumaßnahmen unterbleiben können. Wir appellieren deshalb an Sie, von diesem Vorhaben endgültig Abstand zu nehmen. Eine bessere Nutzung für das Rathaus in Ettlingenweier, die die Verlegungsmaßnahme rechtfertigen könnte, ist nicht erkennbar und von Ihnen auch nicht aufgezeigt worden.

Für die Sanierung des Pfarrgemeindesaals der Katholischen Kirchengemeinde in Spessart ist auf Antrag von uns und der FE-Fraktion mit Unterstützung der Fraktion der SPD für einen Investitionskostenzuschuss von voraussichtlich 670.000,- € eine erste Rate in Höhe von 15.000,- € sowie eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von weiteren 150.000,- € eingestellt worden, damit dieser Saal wie bisher auch künftig von den Vereinen und der Bevölkerung in Spessart mitgenutzt werden kann. Meine Fraktion tritt dafür ein, dass sich die Stadt Ettlingen mit einem Investitionskostenzuschuss in der genannten Höhe zugunsten der Katholischen Kirchengemeinde an der Sanierung des Pfarrgemeindesaales beteiligt.

Ausschlaggebend sind dafür zwei Gründe: Nachdem für den Bau einer eigenen Halle dieses Stadtteils derzeit und auch auf voraussehbare Zeit kein Geld im Haushalt vorhanden ist, gibt es keine Alternative zu der jetzigen Lösung. Außerdem duldet die Sanierung des Gebäudes keinen Aufschub. Hinzukommt, dass die Stadt Ettlingen von den Folgekosten durch die Katholische Kirchengemeinde entlastet wird. Selbstverständlich müssen die im Rahmen des jetzt ergangenen Bauvorbescheids erteilten Auflagen zu Gunsten der Anwohner erfüllt werden, damit diese keinen unzumutbaren Belastungen ausgesetzt sind. Außerdem sind die Einzelheiten der Zuschussbeteiligung mit der Kirchengemeinde in einer noch auszuhandelnden Vereinbarung zu regeln.

Besonders erfreulich ist, dass die Bemühungen meiner Fraktion im vergangenen Jahr dazu geführt haben, dass für die Neukonzeption des Schlosses jetzt ein Betrag von 70.000,- € in den Haushalt eingestellt wurde, gemäß einem Beschluss des Gemeinderats von vor wenigen Wochen. Ich freue mich damit auch persönlich, dass meine Initiative, die ich in meiner letzten Haushaltsrede dazu ergriffen hatte, Früchte getragen hat. Meine Fraktion verspricht sich von den Beschlüssen, mit denen eine innenarchitektonische Aufwertung des Schlosses erfolgen soll, eine weitere Attraktivitätssteigerung unserer Stadt in dem von mir schon mehrfach angesprochenen Sinne.

Der Gemeinderat hat erst kürzlich beschlossen, die Stelle des Intendanten der Schlossfestspiele neu auszuschreiben. Die Gründe hierfür sind bereits genügend in der Öffentlichkeit diskutiert worden. Das Ergebnis der Ausschreibung wird jetzt abzuwarten sein. Meine Fraktion regt an, im Zusammenhang mit der Neuausschreibung über eine grundlegende Neukonzeption der Schlossfestspiele nachzudenken, die aus Gründen der Kosteneinsparung in weitaus größerem Umfang als bisher auch das Einkaufen von Fremdproduktionen in Erwägung ziehen sollte. Hier, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, liegt nach meiner Auffassung auch das größtmögliche Potential von Kosteneinsparungen im Bereich der freiwilligen Aufgaben.

Nach wie vor noch nicht befriedigend gelöst ist unserer Auffassung nach die Situation am Rimmelspacher Platz, insbesondere meine ich damit dessen Ummauerung. Selbstverständlich wollen wir dabei die Elemente, die zur ursprünglichen Stadtmauer gehören, nicht angetastet sehen. Festgestellt werden muss aber, dass die Ummauerung ein Hindernis für den Blick auf das Schloss, das Juwel unserer Stadt, darstellt, insbesondere für den von Süden in die Stadt hereinkommenden Besucher, das beseitigt werden sollte. Die Kritiker dieses Vorschlags hängen einer falsch verstandenen Nostalgie nach. Wahrscheinlich liegt aber der wahre Grund, warum der Kollege Lorch von der SPD bislang so vehement gegen dieses Vorhaben argumentiert, dass dann dort eine Stadttoilette entfällt, für deren Verbreitung er ja so leidenschaftlich kämpft. Auch dafür wird sich jedoch ein Ersatz finden lassen.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich auch die Initiativen meiner Fraktion mit der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" insbesondere bei der Förderung der neuen Energien, namentlich zu nennen die tiefe Geothermie. Der Oberrheingraben ist hierfür prädestiniert. Erst kürzlich hat man vernommen, dass das Erdwärmeprojekt in Bruchsal erfolgreich verläuft. Ich frage mich, ob das, was in Bruchsal möglich ist, nicht auch in Ettlingen möglich sein kann und muss. Wer darüber hinaus unseren ehemaligen Schluttenbacher Bürgermeister Anselm Günter von der oberflächennahen Erdwärmeanlage in seinem Wohnhaus schwärmen hört, weiß, dass wir mit der dazu beschlossenen Förderung auf dem richtigen Weg sind.

Dass Sie, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sich schließlich doch hinter den gemeinsamen Antrag unserer Fraktion mit der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" zur weiteren Unterhaltung des Baulückenverzeichnisses und zum Betriebe eines Flächenmanagements gestellt haben, sehen wir als ermutigendes Zeichen einer zunehmenden Aufgeschlossenheit Ihrerseits an.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Ergebnis unserer Bemühungen im Verwaltungsausschuss drückt sich jetzt darin aus, dass es gelungen ist, eine Verringerung der negativen Zuführungsrate, also der Zuführung vom Vermögenshaushalt in den Verwaltungshaushalt herbeizuführen: Anstatt mit 1,5 Mio. €, wie sie noch im Haushaltsplanentwurf vorgesehen war, beläuft sie sich jetzt nach den im Verwaltungsausschuss beschlossenen Streichungen nur noch auf rd. 1 Mo. €; es ist also gelungen, nahezu eine halbe Mio. Euro einzusparen. Allerdings kommt jetzt die erst kürzlich vom Landkreis beschlossene Erhöhung der Kreisumlage hinzu, wodurch sich die Zuführungsrate wiederum auf 1,2 Mio. € erhöht. Sie haben Recht, Frau Oberbürgermeisterin, wenn Sie in Ihrer Haushaltsrede darauf hingewiesen haben, dass das auf Dauer haushaltsrechtlich kein akzeptabler Zustand ist. Freilich möchte ich Sie und die verehrten Kolleginnen und Kollegen doch darauf hinweisen, dass wir ungeachtet der Kürzung bei den Instandhaltungsmaßnahmen an unseren Gebäuden in diesem Jahr immer noch einen verhältnismäßig hohen Betrag von 3,6 Mio. € ausgeben; haushaltsrechtlich gesehen handelt es sich bei diesen Maßnahmen um Ausgaben des Verwaltungshaushalts, wirtschaftlich gesehen sind es jedoch im Ergebnis ebenfalls Investitionen, weil sie den Wert unseres Sachvermögens erhalten, wenn nicht sogar steigern.

So gesehen handelt es sich bei unserer negativen Zuführungsrate also lediglich um die Zuführung von Mitteln aus dem Investitionshaushalt zur Finanzierung von Ausgaben, die in Wirklichkeit ebenfalls Investitionen darstellen. Anders wäre es, wenn diese Mittel flößen, um konsumtive Ausgaben zu bestreiten; darum handelt es sich hier aber nicht. Das muss man, so meine ich, doch auch einmal sehen. Das heißt also, dass wir letztlich gar nicht so schlecht dastehen, wie es sich rein haushaltstechnisch darstellt.

Unabhängig davon ist der Haushalt natürlich, und da gebe ich Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin recht, "hart auf Kante gelegt" und wir müssen strukturell etwas tun, um uns in künftigen Jahren finanzielle Spielräume zu erhalten und zu erweitern. Sie haben zwar jetzt in diesem Jahr erstmals bei den freiwilligen Ausgaben einige Bereiche genannt, über die man im Einzelnen sicher reden kann, wie z.B. die Volkshochschule, die jedoch finanziell zu keinen entscheidenden Einsparungen führen, sodass man sich fragen muss, was Sie sich davon versprechen.

Dann sind wieder Vorschläge dabei, die wir auf keinen Fall mittragen werden, wie das in Frage stellen der Ortsverwaltungen. Hierzu hatte ich bereits in meiner letztjährigen Haushaltsrede unseren Standpunkt verdeutlicht, dass wir diese im Interesse des Eigenlebens unserer Stadtteile aufrechterhalten wollen. Ich kenne im Übrigen niemanden in diesem Gemeinderat, der diesen Standpunkt angegriffen hätte. Im Gegenteil wurde immer von allen Fraktionen und Gruppen betont, dass man die Ortsverwaltungen bestehen lassen wolle.

Auch soll nach Auffassung meiner Fraktion die Vereinsförderung unangetastet bleiben. Ständig wird, und das vollkommen zu Recht, die segensreiche Einrichtung des ehrenamtlichen Engagements betont und gewürdigt. Dieses Engagement kommt in allererster Linie im Rahmen eines aktiven Vereinslebens zum Tragen. Wenn wir also das ehrenamtliche Engagement unterstützen wollen, wie wir es nach unserer Überzeugung tun müssen, dürfen wir die Vereine keineswegs schwächen, sondern sollten sie im Gegenteil eher stärken.

Dann das Thema "Zukunft der Lehrschwimmbecken": Hier haben Sie uns seit einem Jahr die Vorlage einer Konzeption zu den Lehrschwimmbecken versprochen und uns bei unserem letzten Fraktionsgespräch ihre Vorlage bis zum Sommer diesen Jahres angekündigt. Wir versprechen uns davon Aufschluss über die bauliche Situation der einzelnen Becken, ihre Sanierungsbedürftigkeit und -würdigkeit sowie über die konkrete Bedarfssituation im Rahmen des Schulbetriebes. Wir sehen diese Fragen durchaus differenziert. Demgegenüber haben Sie im Rahmen der Haushaltsberatungen verlauten lassen, Sie wollten alle Lehrschwimmbecken schließen. Das steht aber im Widerspruch zu der Ankündigung einer Konzeption, von der wir uns aber durchaus eine ausdifferenzierte Stellungnahme erwarten.

Und schließlich vielleicht noch die städtischen Brunnen: Dieser Vorschlag erscheint uns recht geheimnisvoll, weil auch da unklar ist, was Sie sich davon wohl versprechen. Denn einmal bringt die Schließung der Brunnen wenig an Ersparnis, zum anderen haben sie zwar ihre frühere Funktion als Wasserversorger verloren, tragen aber heute nicht unerheblich, gerade in heißen Sommermonaten, zu einem erträglicheren Klima und damit zur Attraktivität der Stadt bei, um die wir uns doch alle bemühen.

Bestandteil Ihrer "Giftliste", Frau Oberbürgermeisterin, wie sie Ihre Vorschläge nannten, scheint auch ein Bemühen Ihrerseits zu sein, das man als "heimliches Wegradieren von unliebsamen Personalstellen" bezeichnen könnte: Ich spreche dazu das Thema des Umweltbeauftragten an, bei dem es sich keineswegs nur um ein Steckenpferd der Grünen handelt. Es darf daran erinnert werden, dass die Institution des Umweltbeauftragten in der Ära des Oberbürgermeisters Dr. Vetter in den 80er Jahren eingeführt wurde, und zwar im Zuge eines geschärften öffentlichen Bewusstseins für die Umweltpolitik, im Anschluss an die Katastrophe von Tschernobyl. Richtig ist, dass mit Einverständnis des Gemeinderats die Stabsstelle des Umweltbeauftragten gestrichen und dieser im Planungsamt integriert wurde. Mit Besorgnis sehen wir aber nunmehr die schleichende Entwertung dieser Stelle durch Versetzung des bisherigen Amtsinhabers zum Amtsleiter des Bildungsamtes. Hier erwarten wir von Ihnen, dass Sie uns eine personell überzeugende Lösung anbieten, die dem hohen Ansehen und dem Stellenwert, die die Position des Umweltbeauftragten in der Person des Herrn Bubel in den vergangenen Jahren gewonnen hat, Rechnung trägt.

Sie, Frau Oberbürgermeisterin, haben ein neues Bildungsamt geschaffen. Dazu waren und sind Sie aufgrund Ihrer Organisationsgewalt innerhalb der Verwaltung berechtigt. Wir nehmen an, dass Sie das getan haben, um eine politische Akzentuierung vorzunehmen. Meine Fraktion tritt schon seit Jahren für eine kontinuierliche Pflege und Ausstattung unserer Bildungseinrichtungen, insbesondere unserer Schulen, ein. Indessen fehlt uns bislang eine ausreichende innere Rechtfertigung für Ihren Schritt; insbesondere haben Sie bislang nicht ausreichend verdeutlicht, welche Funktionen dieses Amt für Bildung übernehmen soll, die über die bisherigen Aufgaben im Rahmen der sächlichen Schulverwaltung hinausgehen. Auch hier haben wir den Eindruck, wie bei der Aktivierung von Raumreserven, dass der zweite Schritt vor dem ersten Schritt getan wird. Meine Fraktion ist der Auffassung, dass ein sinnvolles Betätigungsfeld für das neu geschaffene Amt in der Integration sämtlicher Betreuungsangebote in unserer Stadt

liegen kann und muss. Wir fordern Sie deshalb auf, ein Gesamtbetreuungskonzept zu erstellen, in dem insbesondere die Kooperation mit außerschulischen Einrichtungen Bestandteil ist.

Ungeachtet all dieser Einzelbetrachtungen bekräftige ich jedoch meine Forderung nach Einsparungsvorschlägen der Verwaltung anderen Kalibers, die wir schon brauchen, um die finanziellen Spielräume so, wie Sie das für erforderlich halten, zu erweitern. Hier sind Sie, Frau Oberbürgermeisterin, nach unserer Auffassung als erste und herausgehobene politische Führungsfigur unserer Stadt nach wie vor in der Bringschuld, zumal Sie Ihre sachkundige Verwaltung dabei an der Hand haben. Dass Sie Gewerbesteuer und Grundsteuer nicht erhöht haben, ist gut so und wird von uns mitgetragen. Die Erhöhung derartiger Steuern passt gegenwärtig nicht in die konjunkturelle Landschaft, wo es darum geht, den Konjunkturaufschwung nicht zu gefährden. Nicht umsonst wird ja die geplante Mehrwertsteuererhöhung des nächsten Jahres allseits kritisiert. Die Erhöhung dieser Steuern wäre also zum jetzigen Zeitpunkt das vollkommen falsche Signal.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ob und inwieweit wir Einsparungen benötigen, wird auch von der weiteren Wirtschaftsentwicklung im Lande abhängen, die sich gegenwärtig ja nicht als schlecht darstellt. Ob die neue Bundesregierung in den wenigen Wochen ihrer Amtszeit alles richtig oder falsch gemacht hat oder ob ihre Vorschläge allesamt überzeugend und ausreichend sind für die Politik der nächsten Jahre, brauche ich an dieser Stelle nicht zu vertiefen. Feststellbar ist in jedem Fall aber, dass die Stimmung im Lande sich merklich verbessert hat, wobei ich damit natürlich auf den Namen der Bundeskanzlerin anspiele, die jedenfalls eine überzeugende Figur macht und Vertrauen im Lande schafft, was jetzt nicht einmal mehr die SPD bezweifelt.

Dieses Vertrauen war und ist ganz wichtig für das Anspringen der Konjunktur, wenn da nicht in der Tat die äußerst fragwürdige Entscheidung zur Erhöhung der Mehrwertsteuer im nächsten Jahr wäre. Verblüffend dabei ist, dass ihre Ankündigung mit den dadurch ausgelösten Vorwegnahmeeffekten offensichtlich zu dem besseren Konsumklima im Lande beigetragen hat. Wer weiß: Vielleicht läuft es in diesem Jahr noch so gut, dass auf diese Steuererhöhung doch noch verzichtet werden kann. Das wäre dann für das nächste Jahr wohl die sichere Fortsetzung der gegenwärtigen positiven Konjunkturentwicklung. Dann wird es aber erhöhte Steuereinnahmen geben und ich gehe davon aus, dass es dann auch eine bessere finanzielle Ausstattung für die Gemeinden geben wird.

Vor diesem Hintergrund sollten wir die gegenwärtige Haushaltslage also sehen und diese nicht unnötigerweise dramatisieren sondern mit Optimismus in die Zukunft blicken, der für meine Begriffe bei allen bisherigen Beiträgen, die ich zu unserem Haushalt vernommen habe, leider vollkommen fehlt. Nötig ist es jetzt, die sich abzeichnenden Auftriebskräfte mit einer konstruktiven, zukunftsgerichteten Grundeinstellung zu stärken und das Land und die Leute nicht durch unnötige Miesmacherei zu verängstigen. Dazu gehört auch, dass für die Zukunft weiter Investitionen zur Verfügung gestellt werden und dass wir uns nicht in einer völlig unangebrachten "Kaputtspar-Mentalität" einnisten. Was nutzt uns denn die ganze Kinder- und Familienfreundlichkeit, die wir mit unserer Politik verfolgen, wenn wir in die Zukunft kein Vertrauen haben? Die vom Kämmerer mit rd. 25 Millionen Euro eingestellten Gewerbesteuereinnahmen erscheinen jedenfalls nach den Rekordzuflüssen der Steuermehreinnahmen, wie sie erst jüngst vermeldet wurden, nicht unrealistisch. Nachdem angekündigt ist, dass wir wieder zu Haushaltsplanberatungen im Herbst zurückgehen werden, werden wir uns also schon früher wieder zusammensetzen als bei den letzten Haushaltsplanberatungen, sodass es nicht mehr allzu lange dauert, bis wir ohnehin die Entwicklung weiter erkennen und beeinflussen können.

Auch als Grundlage für die Zusammenarbeit in diesem Gemeinderat ist gegenseitiges Vertrauen unverzichtbar. Vertrauen kann aber nur durch ausreichende Information und Kommunikation geschaffen werden. Das ist im Kern das wichtigste vertrauensbildende Element. Wir anerkennen, dass Sie, Frau Oberbürgermeisterin sich mit Informationsveranstaltungen und Klausurtagungen des Gemeinderats ernsthaft darum bemühen. Leider haben wir jedoch im vergangenen Jahr feststellen müssen, dass diese Veranstaltungen häufig ungenügend vorbe-

reitet waren. Ohne eine ausreichende Vorbereitung machen jedoch solche an sich gut gemeinte und durchaus nützliche Einrichtungen keinen Sinn.

Durchaus loben und anerkennen muss man freilich, dass Sie, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sich um mehr Transparenz bei Ihrem Verwaltungshandeln bemüht haben und bemühen. Ich nenne dazu als Beispielsfälle die Neugestaltung der Verträge mit den hundertprozentigen Tochtergesellschaften der Stadt Ettlingen, den Stadtwerken Ettlingen und der Stadtbau Ettlingen GmbH, in denen die Informationsrechte des Gemeinderats entscheidend gestärkt wurden, sowie die Heranziehung der Fraktionen und Gruppen zu der Abschlussbesprechung mit der Gemeindeprüfungsanstalt, die früher immer nur verwaltungsintern stattgefunden hatte.

Aber auch wir Stadträte sollten uns an die eigene Brust klopfen und uns fragen, ob wir ausreichend dazu beitragen, dass genügend Vertrauen geschaffen wird: Oftmals wird es nämlich vorgezogen, ein liebgewordenes Vorurteil zu pflegen, anstatt das Aufkommen von unnötigem Misstrauen zu vermeiden. Wir sollten vor allem auch ökonomischer mit unserer Zeit umgehen und kommunalpolitisches Engagement nicht mit Wichtigtuerei verwechseln.

Allerdings sollten wir nicht mit Anträgen auf Kürzungen der Entschädigungen von Fraktionen, Stadträten und Ortsvorstehern unsere eigenen Leistungen unnötig abwerten. Schließlich kommt auch niemand auf den Gedanken, die Vergütungen der Oberbürgermeisterin, der Bürgermeisterin oder der städtischen Bediensteten zu kürzen. Bei uns aber handelt es sich sogar nur um ehrenamtliche Entschädigungen, von denen bezeichnenderweise niemand behauptet, dass sie zu hoch wären. Viel eher könnte man sagen, dass sie den Zeit- und Arbeitsaufwand bei weitem nicht mehr abdecken, der im Vergleich zu früheren Wahlperioden durch die Vermehrung von Fraktionen, Gruppen und auch durch die höhere Anzahl der Stadträte in erheblichem Umfang gestiegen ist. Denken Sie dabei nur an die große Zahl von 200 Anträgen und die beträchtliche Dauer von 20 Stunden bei den kürzlichen Beratungen zum Haushaltsplan, die wir in diesem Umfang, wenn überhaupt jemals, schon seit vielen Jahren nicht mehr hatten.

Vertrauen, meine sehr geehrten Damen und Herren, braucht aber auch der Bürger und zwar Vertrauen in unsere Politik. Wenig hilfreich ist es da, wenn die Bürgerinnen und Bürger vor der Wahl dazu verleitet werden, Leuten ihre Stimme zu geben, die dann das ihnen anvertraute Mandat nicht wahrnehmen oder sich plötzlich als nicht mehr ganz so unabhängig erweisen, wie sie sich vor der Wahl vorgestellt hatten und sich gar noch ehrgeizigere Betätigungsfelder suchen, obwohl sie versprochen hatten, sich ausschließlich der Sache unserer Stadt zu verschreiben. Ich will allerdings diese Themen hier an dieser Stelle nicht weiter vertiefen, weil ich davon ausgehe, dass darüber die Bürgerinnen und Bürger bei den nächsten Wahlen ihr Urteil fällen werden.

Lassen Sie mich dazu lediglich noch aus einem Beitrag von Prof. Paul Kirchhof zitieren, der in der gestrigen Ausgabe der Frankfurter Allgemeinen Zeitung unter der Überschrift "Der mündige Wähler" zu Fehlinformationen im Wahlkampf erschienen ist und mit dem dieser einen Erfahrungsbericht zum letztjährigen Bundestagswahlkampf gegeben hat. Prof. Kirchhof schreibt dort: "Bei diesen Fehlinformationen stellt sich die Frage, ob das Demokratieprinzip verletzt ist, wenn der fehlinformierte Bürger aufgrund seiner Fehlinformation eine Wahlentscheidung trifft. Der wirtschaftliche Wettbewerb kennt - trotz einer vergleichbaren Härte - ein Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb. Der politische Wettbewerb sollte ähnliche Maßstäbe entwickeln, um Fehlinformationen nicht mit politischen Erfolgschancen auszustatten und damit zu ermutigen, vielmehr Nachteile an die bewusste Desinformation zu knüpfen und ihnen vorzubeugen. Konkret könnte man daran denken, dass bei einem groben Informationsfaul, ähnlich wie im Fußballspiel, zunächst die Gelbe Karte gezeigt wird, beim zweiten Faul dann die Rote Karte, die den Fehlinformierenden verpflichtet, fünf Tage im Wahlkampf unsichtbar zu sein oder seinem Konkurrenten im gleichen Medium in gleicher Breitenwirkung die Chance zu geben, die Fehlinformation richtig zu stellen. Mein Problem war, dass ich immer nur das kleine Mikrofon in Händen hielt, der Konkurrent hingegen das große".

Dem Haushalt stimmt meine Fraktion in der im Verwaltungsausschuss gemeinsam gefundenen Fassung zu; sie stimmt auch dem Haushalt für die Vereinigten Stiftungen sowie dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Abwasserbeseitigung zu, zu dem ich mir allerdings die Bemerkung nicht verkneifen kann, dass das Lamento, das einige aus dem Gemeinderat noch im vergangenen Jahr und erst jüngst wieder dazu angestimmt haben, in keiner Weise gerechtfertigt ist, vor dem Hintergrund des Prüfungsergebnisses der Gemeindeprüfungsanstalt, das Ende des vergangenen Jahres vorgestellt wurde, nachdem von diesen Prüforganen auf ausdrückliches Befragen aus dem Gemeinderat unmissverständlich erklärt wurde, dass die Schulden dieses Eigenbetriebs aus Sicht der Prüfung unproblematisch sind, weil dadurch Investitionen finanziert werden, und sie im übrigen auch üblich seien, da das Abwasser nicht mit Eigenkapital finanziert werden muss.

Dem Kämmerer Dieter Becker und seinen Mitarbeitern sowie allen übrigen in der Verwaltung, die sich um die Aufstellung des Haushalts bemüht haben, möchte ich im Namen meiner Fraktion sehr herzlich danken. Sie haben sich alle ersichtlich große Mühe gemacht und ihre Mühen waren für uns außerordentlich hilfreich. Ich möchte an dieser Stelle auch namens meiner Fraktion einmal ganz deutlich klar stellen, dass wir die Arbeit der städtischen Mitarbeiter der Verwaltung wertschätzen und die abfälligen Bemerkungen, die bei einer Gemeinderatsklausur im vergangenen Jahr von Mitgliedern anderer Fraktionen in unbedachter Weise geäußert wurden und die zu zeitweisen Irritationen geführt haben, missbilligen und uns nachdrücklich davon distanzieren.

Damit möchte ich meine Ausführungen beenden, eingedenk des Wortes von Antoine de St. Exupéry, wonach "die Sprache der Quell aller Missverständnisse" ist.“

Haushaltsrede Stadtrat Deckers:

„Für meine Fraktion möchte ich die diesjährige Haushaltsrede unter die Überschrift: Für Ettlingen Visionen entwickeln und die Voraussetzungen für ihre Umsetzung schaffen“ stellen. Ein Haushaltsplan fasst die Einnahmen und Ausgaben, die die Gemeinde im kommenden Jahr hat, in Zahlen zusammen. Hinter diesen Zahlen stehen jedoch die politischen Ziele, die unsere Stadt in den nächsten Jahren erreichen will und die Schwerpunkte, die unsere Verwaltung und die dieser Gemeinderat setzt. Wenn ich mir das diesjährige Zahlenwerk unter diesem Gesichtspunkt betrachte, kann ich nicht ganz zufrieden sein. Die Verwaltungsspitze und wir alle in diesem Gemeinderat sind angetreten, um unsere Stadt nach vorne zu bringen, alte Zöpfe abzuschneiden, alte Probleme zu lösen und Ettlingen fit zu machen für die Zukunft. Damit wir dies in Ettlingen umsetzen können, bedarf es einer soliden und langfristigen Finanzpolitik, die uns auch die Mittel zur Verfügung stellt, damit wir in unsere Stadt investieren, damit wir gestalten und unsere Visionen umsetzen können.

Diesem Ziel bringt uns der vorliegende Haushalt, auch nach den Einsparungen, die durch die Beschlüsse des Gemeinderates eingeflossen sind, nicht ausreichend näher. Wenn wir in einem Jahr, in dem wir Rekordeinnahmen aus der Gewerbesteuer erwarten, nicht in der Lage sind, aus diesen Einnahmen die laufenden Kosten zu decken, stimmt etwas nicht. Tatsache ist, dass wir aus den hohen Einnahmen keine Investitionen finanzieren, sondern dass die hohen Einnahmen nicht einmal reichen, um die laufenden Kosten zu decken. Wir verleben im laufenden Haushalt 1.250.000,- € mehr, als wir einnehmen. In der Folge müssen wir im Vermögenshaushalt unsere Ersparnisse bis auf das gesetzlich vorgesehene Mindestmaß entnehmen und sogar noch über 4 Mio. € Kredite aufnehmen. Man muss kein Finanzfachmann sein, um zu erkennen, dass dieses System nicht funktioniert, wir damit kein Geld für Investitionen erwirtschaften. Es ist mit dem städtischen Haushalt so, wie mit jedem Familienbudget: Wenn die laufenden Ausgaben in guten Zeiten höher sind als die Einnahmen, bleibt kein Geld für ein neues Auto, kein Geld für die Verschönerung von Haus oder Wohnung. Die Kreditzinsen und die Rückzahlungsraten belasten in späteren Zeiten, in denen die Einnahmen möglicherweise sogar zurückgehen.

Wie eine Familie ihre Wohnung, ihr Haus, ihr Auto plant, erwarten wir als FE von der Politik Pläne und Visionen für unsere Stadt. Wir wollen die oft erwähnte „zweite Stadtsanierung“, wir wollen die Verlegung der Feuerwehr und die Aufwertung des bisherigen Grundstückes, wir wollen die Altstadt nach Norden weiter entwickeln, wir wollen unser schönes und außergewöhnliches Schloss als Stadtmittelpunkt erhalten und weiter nutzbar machen. Wir wollen, dass Ettlingen wieder als vorbildlich in der überregionalen Berichterstattung dargestellt wird.

Die gleiche Phantasie, die gleiche Spitzenleistung und kein Mittelmaß erwarten wir beim Haushalten. Es mag durchaus so sein, dass man manche Ausgaben, wie die mit 32,5% hohe Kreisumlage, gar nicht, andere Ausgaben, wie etwa Mieten oder Personalausgaben, nur langfristig beeinflussen können. Etwas nur langfristig beeinflussen zu können bedeutet für Politiker, die vorzugsweise in „Wahlperioden“ denken, oft es gar nicht beeinflussen zu wollen.

Wir wollen, dass es in Angriff genommen wird und der Grundsatz, wir kommen mit unserem Geld aus und investieren davon auch noch, oberste Priorität hat. Helfen dabei könnte übrigens auch ein Papier, mit dem Bürger das komplexe Wort „Haushalt“ etwas verständlicher dargestellt wird und in dem die wesentlichen Ausgaben und Einnahmen übersichtlich dargestellt sind.

Lassen Sie mich jedoch auch konkret benennen, wo wir von der FE Sparmöglichkeiten sehen. Wenn in einer Familie die Eltern nicht sparen, werden die Kinder es erst recht nicht tun. Mit dem eigenen Beispiel vorangehen, ist die erste Voraussetzung für politische Glaubwürdigkeit. Wir haben vorgeschlagen, dass die Gemeinderäte, Ortsvorsteher und die Fraktionen auf 10% ihrer Entschädigungen verzichten. Wir stellen diesen Antrag heute erneut, wobei wir allerdings die Ortschaftsräte, die nur ein geringes Sitzungsgeld bekommen, nicht mehr einbezogen haben. Wir wollen damit nicht behaupten, dass diese Entschädigungen unangemessen hoch waren; darauf kommt es nicht an. Wenn wir von unseren Bürgern Einschränkungen und mehr ehrenamtliches Engagement verlangen, müssen wir den ehrenamtlichen Charakter unserer Arbeit mehr in den Vordergrund stellen. Denjenigen, die sagen, sie könnten sich das nicht erlauben möchten wir zurufen, dass zum Gemeinderat oder Ortsvorsteher gewählt zu werden, keine Einnahmequelle erschließen soll, sondern zu aller erst Dienst für den Bürger und unsere Stadt bedeutet.

Die Anzahl der Gemeinderäte muss für die nächste Kommunalwahl gemindert werden. Dazu bedarf es nicht der Abschaffung der unechten Teilortswahl, ein wesentlicher und möglicher Schritt wäre, die Mindestzahl der Gemeinderäte au 32 zu reduzieren. Frau Oberbürgermeisterin, Sie haben bei der Haushaltseinbringung ausgerechnet, welche Ersparnis ein Verzicht auf die Ortsverwaltungen bringen würde; jeder, der die Stimmungen im Gemeinderat wahrnimmt, weiß aber, dass es dafür keine Mehrheit gibt. Mehrheiten gäbe es aber sicherlich für eine Straffung der Ortsverwaltungen, die deren Bestand bezahlbar macht und damit garantiert. Hierzu müssen Vorschläge erarbeitet werden, die den politischen Willen des Gemeinderates akzeptieren aber auch aufzeigen, was wir mit weniger Kosten anbieten können.

Wir haben ein Museum, welches in den vergangenen Jahren jährlich (ohne Raumkosten) Zuschüsse von über 500.000,- € erhalten hat, aber gleichwohl unter Mittelmaß gesunken ist. Es dürfte kein Geheimnis sein, dass es uns neben dem umfangreichen Museumsangebot der Stadt Karlsruhe kaum möglich sein dürfte, mit unseren Mitteln wirklich Bedeutung für ein Museum zu erlangen. Wir haben vorgeschlagen, das Museum in eine private Trägerschaft (z. B. Kunstverein) zu geben und den Zuschuss zu vermindern. Wir müssen uns von dem Gedanken trennen, alles in unserer Stadt anbieten zu können; wenn eine Einrichtung wie das Museum die Akzeptanz in der Bevölkerung nicht mehr hat und zum Gegenstand fast aller fastnachtlichen Büttenreden geworden ist, muss man daraus Konsequenzen ziehen. Lassen Sie uns einen Schwerpunkt auf unsere Schlossfestspiele setzen, um zu verhindern, dass wir eines Tages weder Museum noch Schlossfestspiele haben.

Apropos Schlossfestspiele: Wir haben mit unserem wunderschönen Schloss eine Kulisse, die ihresgleichen sucht; es gab Zeiten, da musste man für Karten anstehen. Auch hier sind wir auf Mittelmaß gefallen und werden überregional nicht mehr wahrgenommen. Lassen Sie uns die Chance des Intendantenwechsels nutzen. Arbeiten wir an einer Konzeption mit einem besonderen Stück, welches die Menschen wie früher wieder in unsere schöne Stadt zieht. Auch hier kann weniger mehr sein, vor allem mehr Einnahmen bedeuten.

Lassen Sie mich noch einmal zur Verwaltung kommen: Auch hier müssen wir, um erfolgreich zu sein, vom Mittelmaß wegkommen; wir dürfen nicht damit zufrieden sein, dass unsere Personalkosten sich im Großen und Ganzen im Rahmen vergleichbarer Städte halten. Wir müssen Spitze sein wollen. Jede Abteilung muss sich gefallen lassen, auf Effizienz und Bürgernähe untersucht zu werden. So frage ich mich nach 18 Monaten Gemeinderatstätigkeit, ob wir wirklich ein Planungsamt in der Größe eines mittleren Ingenieurbüros brauchen. Ist es nicht möglich, hier mit der halben Mannschaft auszukommen und Aufträge nach außen zu geben (was ohnehin bereits gemacht wird). 660.000,- € stehen im Haushalt für unser Planungsamt. Damit wir nicht missverstanden werden: Wir wollen nicht, dass Mitarbeitern gekündigt wird, wir erwarten aber, dass die Ergebnisse der natürlichen Personalfluktuation genutzt und im Haushalt sichtbar werden.

Der Gemeinderat hat im Juli sein Einvernehmen zur Verwaltungsneustrukturierung erteilt. Einer der Bestandteile ist die Einrichtung eines zentralen Gebäudemanagements. Betreiben Sie, meine Damen und Herren der Verwaltung, die Errichtung dieses Amtes mit Hochdruck, aber zeigen Sie uns gleichzeitig auf, welche Mittel wir durch die Synergien, Aufgaben die bisher auf verschiedene Ämter verteilt waren, in einem Amt zu bündeln, einsparen. Lassen Sie mich als weiteres Beispiel den Aufwand für Raumausbaukosten im Rathaus nennen, die von der Verwaltung im Haushalt angesetzt waren, aber vom Gemeinderat wieder gestrichen wurden.

Es ist für uns nur dann sinnvoll städtische Raumreserven zu nutzen und hierfür Geld auszugeben, wenn gleichzeitig aufgezeigt wird, welche Mittel wir dadurch in Zukunft sparen. Legen Sie uns eine Raumplanung vor aus der sich ergibt, dass wir durch Nutzung eigener Räume in Zukunft Mieten für angemietete Büroräume sparen. Erarbeiten Sie den Raumbedarf „Ettlingen 2010“.

Lassen Sie mich nun auf Projekte dieses Jahres eingehen, von denen wir glauben, dass sie gefördert werden sollen:

Als erstes sind hier die Familien zu nennen. Jeder weiß, dass wir in Deutschland zu wenig Kinder haben. Wir als Kommune müssen alles dafür tun, vor Ort die Lebensbedingungen von Familien mit Kindern zu verbessern. Wir sind damit auf dem richtigen Weg, wenn wir in Ettlingen Familien mit zwei und drei Kindern von Kindergartenbeiträgen entlasten.

Wir beschreiten diesen Weg nicht, weil wir glauben, dass eine Frau sich deshalb für ein Kind entscheiden wird, sondern weil wir die Atmosphäre für Kinder und die wirtschaftlichen Bedingungen für Familien verbessern wollen. Wir müssen diesen Weg aber weiter gehen und das Angebot an Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren ebenso erweitern wie auch das Angebot an Ganztagsschulen. Wir möchten aber auch betonen, dass wir in Ettlingen die Kürzungen der Landesmittel für Kinderbetreuung nicht deckungsgleich an die Familien weitergegeben haben.

Besondere Erwähnung verdient an dieser Stelle die Einrichtung des neuen Referates für Bildung. Wir erwarten, dass durch die Koordination der Bildungseinrichtungen aber auch der an der Bildung beteiligten Gruppen und Vereine, eine nachhaltige Steigerung und Verbesserung der Bildungsangebote erfolgt. Wir würden uns auch besonders freuen, wenn die Ettlinger Vereine den Einstieg in die Vereinsarbeit an der Ganztagsschule schaffen und bitten die Verwaltung diese Aktivitäten zu unterstützen.

Spessart: Die Bemühungen und das Engagement der Spessarter Vereine (auch durch wirtschaftliche Beiträge) wieder einen nutzbaren Veranstaltungsraum zu erhalten, schätzen wir hoch ein. Nicht der Konsumgedanke, möge uns die Stadt doch ein geeignetes Gebäude zur Verfügung stellen, steht hier im Vordergrund, nein, man will sich mit der Kirche, mit der Gemeinde gemeinsam engagieren. Dem wollen wir uns nicht verweigern und haben eine erste Rate von 150.000,- € und eine Verpflichtungsermächtigung von weiteren 150.000,- € in den Haushalt eingestellt. Bis zu einem Betrag i. H. v. insgesamt 600.000,- € will der Gemeinderat die Maßnahme fördern. Ich möchte aber an dieser Stelle auch nicht unerwähnt lassen, dass der Gemeinderat seine Zuschussgewährung auf unsere Anregung hin von Bedingungen abhängig gemacht hat:

Dazu zählen, dass die Kirche als Eigentümerin des Gebäudes sich rechtswirksam verpflichtet, allen Spessarter Vereinen, unabhängig von deren Konfession oder Weltanschauung, in den nächsten 25 Jahren die Räumlichkeiten zu für die Vereine bezahlbaren Bedingungen (die noch festzulegen sind) regelmäßig zur Verfügung zu stellen und dass mit den Anliegern ein Einvernehmen über die Baumaßnahme und Nutzung des Saales hergestellt wird. Letzteres ist uns wichtig, weil die Aufrechterhaltung eines gut nachbarschaftlichen Verhältnisses eine wichtige Voraussetzung für den erfolgreichen Betrieb des umgebauten Saales ist.

Schließlich möchte ich an dieser Stelle auch auf das in der Planung befindliche Familienzentrum am Horbachpark eingehen. Meine Fraktion sieht in der uns bisher bekannten Konzeption einen wesentlichen Beitrag zur Familien- und Frauenpolitik unserer Stadt. Wir erwarten aber auch hier „intelligente“ Konzepte, die das sozialpolitisch Notwendige mit dem wirtschaftlich Machbaren verbinden. Die bisherigen Informationen lassen uns hoffen, dass dieser Grundsatz die notwendige Beachtung findet, scheint doch mit der Maßnahme eine sinnvolle wirtschaftliche Verwertung sowohl eines städtischen Grundstücks sowie eines bestehenden Gebäudes verbunden zu werden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss den Dank meiner Fraktion an alle aussprechen, die an diesem Haushalt mitgewirkt haben. Unser Dank gilt insbesondere dem Kämmerer, Herrn Becker, der in erheblichem Maße seine Freizeit zur Diskussion und Erläuterung des Haushaltes in den Fraktionen und Gruppen des Gemeinderates zur Verfügung gestellt hat.

Unser Dank gilt den Ettlinger Betrieben, die Arbeitsplätze zur Verfügung stellen und das erhebliche Gewerbesteueraufkommen erwirtschaften. Unser Dank gilt den Bürgern für ihr Verständnis für die geringe aber unvermeidliche Gebührenerhöhungen beim Abwasser und die Erhöhung der Hundesteuer. Die FE-Fraktion wird auch weiterhin dafür eintreten, Steuern und Gebühren nur in allernötigstem Umfang zu erhöhen.

Lassen Sie mich zusammenfassend feststellen, dass es aus unserer Sicht in unserer Stadt noch viel zu tun gibt, dass es aber auch viele zukunftsträchtige Ansätze und viel Engagement gibt. Wir in Ettlingen haben immer zusammen gestanden und eine Stadt und eine Atmosphäre geschaffen, die in Deutschland nur schwer zu finden ist.

Lassen Sie uns auch in den etwas schwierigeren Zeiten zusammenstehen und lassen Sie uns gemeinsam für unsere schöne Stadt Visionen und Pläne schmieden. Wir sind uns sicher, dass Ettlingen dann wirklich gewinnt.

Meine Fraktion, beantragt daher, vor der Abstimmung über den Haushalt über den Antrag auf Minderung der Aufwandsentschädigungen um 10% für alle Gemeinderäte, Fraktionsvorsitzenden, Ortsvorsteher und die Fraktion zu entscheiden.

Haushaltsrede Stadtrat Lorch:

„In den Monaten November 1945 bis März 1946 werden monatlich je 244 Flüchtlinge zur Aufnahme in der Stadt Ettlingen eintreffen. Alle Unterkunftsmöglichkeiten sind sofort festzustellen und zu erfassen, um die Leute bei ihrer Ankunft unterzubringen. Haus für Haus ist auf Unterbringungsmöglichkeiten durchzuprüfen und die höheren Anweisungen auf die Räumung von Zimmern zu treffen. Einwendungen gegen die zu treffenden Maßnahmen sind nicht stattzugeben.

Verkündet hatte obige Anordnung Bürgermeister Dr. Carnier in der Gemeinderatssitzung am 12. November 1945. Ich wollte damit nur auf die Relativität von Problemen in unserer Stadt aufmerksam machen, gemessen an so mancher Problemstellung, die heutzutage artikuliert wird.

Demnächst haben wir wieder den Jahresempfang der Stadt. Wie formulierte auf dem letztjährigen Empfang am 17. März 2005 die Oberbürgermeisterin? Man könne stolz sein auf das Erreichte, sagte sie. Ettlingen liege im Vergleich zu vielen anderen Kommunen vorne. Diesen Spitzenplatz - dabei dachte sie wohl vorausschauend an die olympischen Ambitionen 2006 - gelte es auch in Zukunft zu halten. Dafür müsse man trainieren. Und sie trainierte und trainierte bis in den Haushaltsentwurf 2006 hinein, merkte aber, dass trotz aller Anstrengungen verdammt bucklige Strecken zu überwinden waren und man hinter so mancher Zielsetzung ob der Umstände zurückbleibt. Vielleicht hat sie auch in ihrem Wollen jene „Manto“ - Sehnsucht aus Goethes Faust verspürt: „Den lieb ich, der Unmögliches begehrt.“ Aber es fand sich keiner zur konkreten Liaison.

Gleichwie: Die Wettervoraussage für den Etat 2006 bleibt - orientiert an den Aufgabestellungen - bewölkt mit sonnigen Abschnitten, wofür die guten Rechnungsabschlüsse der Haushalte 2004 und wohl auch 2005 sowie jüngsten Vermeldungen des hiesigen Finanzamtes Indizien sind.

Ergo: Für düstere Prognosen besteht kein Anlass und nur Bange vor der Zukunft zu machen wäre der sicherste Weg sie nicht zu erreichen. Gehen wir also die Strecke 2006 an.

Dabei darf nicht sein, dass Kommunalpolitik nur als Reparaturbetrieb für gesellschaftliche Verwerfungen und finanzielle Kalamitäten verstanden wird, Politik muss vielmehr im Wettbewerb um Ziele und Sachzwänge gestalten. In diesem Sinne ist die Stadt mehr als ein bloßer Dienstleistungsbetrieb, mehr als eine Agentur zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes oder der Effizienz.

Freilich, bei aller Zielsetzung in verwaltender oder gestaltender Politik, sie braucht Boden und Halt. Daher das Zahlenwerk von 94,7 Mio. €. In der Zusammenschau von Verwaltungs- und Vermögensetat haben wir sicher keinen goldenen Schnitt der Problemlösungen der Gemeinde, aber doch ein gangbares Pflasterband für 2006, wobei - gemessen am Ausgangsentwurf - in der zweitägigen Marathonsitzung des Verwaltungsausschusses etliche „Pflastersteine“ ausgewechselt, weggelassen oder ergänzt wurden.

Die SPD-Fraktion wollte - um die Einsparbereitschaft umzusetzen - die Einzeletats 0-1-6-7 und 8 im Verwaltungsetat mit einem 10%-Abschlag belegen, ausgenommen den Personalblock und die gebundenen Ausgaben. Immerhin hätte das einige Hunderttausend gebracht und für die Verwaltung Spielraum gelassen für die Reduktionsgewichtung. Den dann durchgeführten CDU-Vorstoß von 10% über alle Einzeletats hinweg, nur festgezurrt auf Unterhaltungsmaßnahmen, konnten wir nicht akzeptieren, weil er kaum Manövriermargen lässt und z. B. allein bei Schulen eine Einbuße von 61.500,- € bedeutet.

Nun einige Perspektiven zu den „Frachtkähnen“ Verwaltungs- und Vermögensetat:

Frachtkahn I: Verwaltungsetat:

Mit 83,7 Mio. € voll beladen ist hier die Gütermenge bis auf die Restsumme von 1,2 Mio. € finanziert, sprich, wir haben eben eine so genannte negative Zuführungsrate. Für eine pessimistische Grundmelodie haben wir jedoch keinen Anlass. Heinrich Heines Wort „Denk ich an Deutschland in der Nacht…“ greift beim Blick auf unseren Etat 2006 nicht, und ich hoffe, dass unser Kämmerer Dieter Becker ob der Zahlen auch nicht im Heinischen Sinne „um den Schlaf gebracht wurde“. Dass Ettlingen - wie es inzwischen einige Gemeinden ob ihrer klammen Kassen in Baden-Württemberg tun - in Gefahr stünde, sich einer größeren Gemeinde anschließen zu wollen, ist völlig absurd. Auch kann keine Rede davon sein, dass wir Tafelsilber verkaufen müssten, wie es das Land mit abermillionen Erwartungen an Immobilienverkäufen gerade betreibt.

Einmal ging es aber der Stadt in sehr dürftigen Zeiten schon so schlimm, - es war 1960 - dass der Gemeinderat entschied, das echte städtische Tafelsilber - nämlich silberne Becher und eine vergoldete Jungfrau - nach Calw zu verkaufen, um Schulden zu begleichen.

Ein Blick auf die Frachten selbst:

1. Frachtgut Bildung

Mit der Umsetzung der beschlossenen Verwaltungsstrukturreform haben wir - erstmals in der Geschichte der Stadt - ein Bildungsamt kreiert. Amtsleiter: Henrik Bubel. Wir gratulieren mit einem Wort des Pädagogen Pestalozzi: „Wenn sich der Mensch etwas vornimmt, ist ihm mehr möglich, als er glaubt.“ Die neue Bündelung auf dem Bildungssektor der Gemeinde steht als Signal in guter Tradition der Schulstadt Ettlingen. So war beispielsweise das erste Gebäude, das die Stadtverwaltung nach der totalen Zerstörung Ettlingens 1689 hat wieder errichten lassen, das Schulgebäude. Der Ettlinger Bürgermeister Häfner sagte bei der Grundsteinlegung zur heuer hundertjährigen Schillerschule: „Eine gute Erziehung und Bildung ist das Vermögen, mit dem eine Gemeinde ihre Jugend ausstattet.“ Das war ein nachhaltig kluger Satz, der nach hundert Jahren an Gültigkeit nichts verloren hat. Dieses Vermögen gilt es mehr denn je zu pflegen, eingedenk der Feststellung von Dr. Erwin Vetter, der in einem Vortrag am 9. Juli letzen Jahres sagte: „Die Schule ist der Dreh- und Angelpunkt der modernen Gesellschaft.“ Aber genügen wir diesem Dreh- und Angelpunkt mit unseren materiellen Mitteleinsätzen in Fahrtrichtung Zukunft? Pisa-Studien, Bildungsplanreform und Paradigmenwechsel, Strukturveränderung wie G8, Schülerzahlenentwicklungen, Ganztagesschule und ganztägiger Unterrichtsbetrieb, Mensaeinrichtungen u. v. m. - alles fordert ein Mithandeln über den Gemeindehaushalt.

Festzuhalten:

Das Land setzt Reformen in Gang, kürzt aber nach der gänzlichen Streichung der Zuschüsse für die Schulsozialarbeit sichtlich auch die Sachkostenmittel an die Gemeinden als Schulträger, im Ettlinger Schulhaushalt als Reduktionsvolumen erfreulicherweise nur teilweise an die Schulen weitergegeben. Für die Schulen selbst ist das dennoch ob der anstehenden Aufgabenpakete unbefriedigend. Unserem Vorschlag einer 10-%igen Dreingabe wurde nicht entsprochen.

Das passt nicht so ganz, Frau Oberbürgermeisterin, in das Bild des bildungspolitischen Sprechers Ihrer Partei. Herr Patrick Mainhardt, der kürzlich in Ettlingen den Satz verlor: „Bildung, das ist das Megathema der Politik überhaupt.“ Aber trotz allem: Fortschritt ist in Ettlingen greifbar. Die Gesamtbezuschussung für die Schulen in der Trägerschaft der Stadt beträgt 1,9 Mio. €. Die beiden Mensen im Schulzentrum und im Eichendorff-Gymnasium laufen, die gebundene Ganztageshauptschule an der Pestalozzi-Schule in Ettlingen-West wird durch die Einweihung des Bautraktes im anstehenden Frühjahr vorangetrieben. 90% der Gesamtsumme von 1,2

Mio. € kommen aus der IZBB-Masse der vormaligen Regierung in Berlin. Weiter voranzubringen sind bezüglich des ganztägigen Unterrichtsbetriebes die Kooperationsprogramme zwischen Schulen und außerschulischen Einrichtungen, u. a. Vereinen, Verbänden, Kirchen, wie das von einigen Schulen schon beispielhaft betrieben wird, mitinitiiert und koordiniert vom Amt für Jugend, Familie und Senioren sowie vom Jugendbeirat der Stadt.

Das sei noch hinzugesetzt: Der von der Landesregierung favorisierte Einsatz von ehrenamtlichen Jugendbegleitern kann zwar ein Beitrag zum ganztägigen Unterrichtsbetrieb sein, ist jedoch nicht Weisheit letzter Schluss. Hier bedarf es der Ausstattung mit professionellem Lehrpersonal.

Ein Anliegen ist noch herauszustreichen: Herr Bubel hat über Jahre hinweg den komplexen Bereich Umwelt erfolgreich in Regie gehabt, zuerst lange als Stabstelle, hiernach als Sachgebiet Planungsamt. In der jetzigen Funktion als Leiter des Bildungsamtes sollte zumindest die wichtige Funktion Umweltpädagogik - damit der Transfer der Thematik an die Schulen - von ihm weiter gesteuert werden, gleichfalls die sechs existierenden Agendagruppen. Der umfangreiche übrige Katalog aus dem Umweltbereich von Altlasten über Abfall, Energie, Renaturierung, Naturschutz bis hin zu Umweltbericht sollte nicht zerfleddert werden, sondern weiterhin, wenn möglich von einer Person, gebündelt gelenkt werden.

Der Satz von Kofi Annan bleibt gültiger Appell: „Unsere größte Herausforderung im 21. Jahrhundert ist es, die Idee einer nachhaltigen Entwicklung zur Realität für die Menschen zu machen."

2. Frachtgut Soziales, Sport und Gesundheit

Mit dem Gesamtzuschussvolumen von 6,6 Mio. € in diesen Ausgabenfeldern belegt Ettlingen seine hoch angesiedelte gesellschaftspolitische Verantwortung. Signifikant ist allein schon der Zuschuss für die Kindergärten in Ettlingen, einschließlich des stadteigenen mit 3,7 Mio. €.

Dass das Jugendhaus Specht trotz gelegentlicher Versuche hier herunterzufahren, weiterhin 203.000,- € bereitgestellt werden, ist erfreulich. Hier wird in AWO-Regie konstruktive - auch präventive - jugendpolitische Netzwerkarbeit betrieben, zumal im Gesamtbetrag rund 50.000,- € Aufgabengebiete involviert sind, die sonst in anderen Ausgabenposten auftauchen müssten, wie z. B. Stadtranderholung, Hausaufgabenhilfe, Projektkooperationen mit Schulen u. a. m. Hier angelegtes Geld ist also eine sinnvolle Ergänzung zu dem, was z. B. die Vereine mit ihrer organisierten Kinder- und Jugendarbeit in dieser Stadt eindrucksvoll leisten, das nicht nur in körperlicher oder musischer Ertüchtigung, sondern auch in der Werteerziehung als soziale Kompetenz und charakterlicher Grundhaltung.

Und dass rund 7 000 Jugendliche in Ettlinger Sportvereinen eingebunden sind, sei in diesem Zusammenhang nochmals in Erinnerung gerufen, auch die imposante Leistungsbilanzierung des Sports bei der Sportlerehrung am vergangenen Freitag.

Besonderes Augenmerk muss fortan den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Gesamtstruktur unserer Gemeinde gewidmet werden. Die sich gravierend verschiebende Alterspyramide wird in alle gesellschaftlichen Bereiche bestimmend hineingreifen, vom Wohnungsmarkt über den Arbeits- und Kapitalmarkt bis zur Bildung, Ausbildung, Verkehrsinfrastruktur, Sozialeinrichtungen u. v. m. Die Fliehkraft der sich verändernden Bevölkerungsentwicklung rechtzeitig zu kanalisieren ist eine kommunalpolitische Herausforderung, auch für die Haushaltsperspektiven.

Allerdings schließt das neben dem geldlichen Engagement vermehrt den ehrenamtlichen Einsatz ein, in dieser Stadt ohnehin vielfältig belegt. Er durchwirkt die Gemeinschaft von der edelsten Seite, ist der eigentliche gesellschaftliche Adel, weil er sich uneigennützig von innen speist. Wie verneigte sich Johannes Rau vor dieser persönlich praktizierten unmittelbaren So-

zialpolitik: „Wir leben ein Stück von dem, was Menschen zusätzlich zu ihrem eigentlichen Vorgeschriebenen einbringen."

Wenn demnächst der Seniorenbeirat der Stadt am Modellprojekt „Seniorentrainer in Seniorenkompetenzteams" des Bundesministeriums für Familie teilnimmt, dann haben wir die notwendige Richtung, zumal hier die Leitidee das bürgerschaftliche Engagement ist. Bezeichnend für Ettlingen, dass kürzlich beim Besuch des Sozialarbeitskreises der SPD-Landtagsfraktion unser städtisches Begegnungszentrum mit dem Seniorenbeirat ob der imposanten Leistungspalette als Vorzeigemodell qualifiziert wurde.

Dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie immer bedeutsamer wird, spiegelt sich in den Weichenstellungen der Fraktionen und der Verwaltung. Unser Ansinnen, hier zusätzlich den Ettlinger Familienpass kostenfrei ab dem zweiten Kind anzubieten, wurde aber bislang leider abgelehnt. Das passt nicht so ganz ins Bild sozial fortschrittlicher Familienpolitik. Die Franzosen nebenan haben übrigens rascher begriffen, dass die Familien als Kernpunkt der Gesellschaft angesehen werden müssen. Die dortigen Geburtenraten zeigen es im Gegensatz zu den unsrigen.

Wir unterstreichen die Anmerkung der Oberbürgermeisterin in der Haushaltsrede, dass es wichtig sei, junge Familien nach Ettlingen zu holen. Allerdings wurde die SPD vom Gemeinderat ausgebremst, als wir den Antrag stellten, ein Wohngebiet für junge Familien mit direktem ÖPNV-Anschluss auszuweisen.

Dennoch können wir stolz sein auf die sozialpolitische Gemengelage in unserer Gemeinde, mit den bestehenden Einrichtungen quer durch alle Lebensalter reichend, angefangen vom Tagesmütterverein, der sich schon der jüngsten Erdenbürger annimmt, bis zu unseren Pflege- und Betreuungseinrichtungen, getragen von der Caritas, der Diakonie, der kirchlichen Sozialstation u. a.

3. Frachtgut Kultur

Kultur ist Indikator für Lebensqualität, ist Historie und Gegenwert, deren Heil nicht zervörderst im materiellen Bereich liegt. Wie sagte Johannes Rau: „Kunst und Kultur sind nicht nur die Sahne auf dem Kuchen, die man dazu nimmt, wenn es einem gut geht, sondern sie sind die Hefe im Teig. Wer diese Hefe nicht in den Teig tut, der bekommt Steine statt Brot." Von dieser Hefe lebt auch diese Stadt.

Ob Musikschule, Pianistenwettbewerb, Jazzkeller, Stadtbibliothek, Volkshochschule, Schubertiade, Schlossfestspiele, Kleine Bühne, Nachtcafé und das vielfältige Aktivitätsprogramm der Vereine - das ist ausgesprochene Hefe und gereicht in Breite und Spitze kultureller Darbietungen Ettlingen zur Ehre. Dennoch ist die Gefahr gegeben, dass zwischen Beifall ob des Glanzes für diese tragenden Standortfaktoren und so manchen Kürzungsvorschlägen ein Widerspruch liegt.

Im Feld Kultur steckt auch hinter kleineren Angelegenheiten ein größeres kulturelles Anliegen. So haben wir eine von allen befürwortete Namensstele beantragt, für alle im Dritten Reich in Ettlingen lebenden und verfolgten jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, für diese Stadt im Grunde längst überfällig.

Ebenso überfällig im nun 61. Jahr nach Kriegsende ist das Anliegen, noch eben Lebende ehemalige Zwangsarbeiter/innen aus dem Osten - ehedem ideologisch als Untermenschen eingestuft - nach Ettlingen einzuladen, eine Geste der Menschlichkeit aus historisch-moralischer Verantwortung, der sich andere Gemeinden schon früher gestellt haben. Dass hier in den Beratungen der Ansatz von 15.000,- € um 3.000,- € gekürzt wurde, bleibt mir unverständlich.

4. Frachtgut Arbeit und Wirtschaft

Mit 431 Vollzeitstellen und zusätzlich 28 Ausbildungsplätzen ist die Stadtverwaltung einer der größten Arbeitgeber in der Gemeinde. Dass dafür der mit 24,4 Mio. € größte Einzelposten steht (= 24%), sei hervorgehoben. Hier allerdings, wie in den vergangenen Jahren, stetig weiter herunterzufahren, ginge an Schallgrenzen, die Leistungserwartung und Leistungsfähigkeit betreffend.

Die Bürgerklagen ob der mangelnden Schneeräumung in den vergangenen Tagen sind ein kleiner Hinweis darauf. Im Übrigen sollte ja nicht das Unwort des Jahres 2005 „Entlassungsproduktivität“ der Stadt angelastet werden. Die Stadt hat, was ihre gesamte Arbeitsmarktlage angeht, eine beneidenswerte Perspektive, wozu die branchenvielfältige Ettlinger Wirtschaft mit Gewerbe, Industrie, Handel und Gastronomie wesentlich beiträgt. Nur 4,6% Arbeitslosigkeit noch vor einem Monat, das noch unter dem bemerkenswerten Regional- und Landesdurchschnitt mit 6,9% im Dezember und weit unter dem Bundesdurchschnitt - das ist schon ein ökonomischer und sozialer Stabilitätsfaktor - wissend, dass die Arbeitslosigkeit die größte gesellschaftliche Wunde unserer Zeit ist.

Man stelle sich die Stimmung hier vor, lägen wir über 20% wie in anderen Teilen der Republik. Da hätte auch manche Debatte in diesem Hause eine völlig andere Dimension.

Der Gemeindehaushalt trägt zur günstigen Arbeitsmarktsituation direkt und indirekt mit gezielt angesetzten Instrumentarien bei, sei es die Ansiedlungspolitik für Gewerbe und Industrie, seien es Wirtschafsförderung, moderate Miet- und Pachtverträge, Stadtmarketing, Steuerpolitik u. a. Gerade die Nichterhöhung und damit bei 350% verbleibende Gewerbesteuer - Waldbronn nebenan liegt bei 400%, Rheinstetten bei 370% und Karlsruhe bei 410% - ist lenkender Beitrag zur gefestigten Gesamtsituation trotz gelegentlicher punktueller Einbrüche.

Nun ist es aber auch bekannt, dass man Hühner, die goldene Eier legen, nicht schlachten soll. Drum, unser Kämmerer erwartet schließlich nach der Haushaltsvorlage 25 Mio. € goldene Eier an Gewerbesteuereinnahmen für 2006. Hoffentlich werden die alle gelegt.

5. Frachtgut Leitbild

Die Initiative der SPD und der FE vom Sommer vergangenen Jahres bezüglich eines Leitbildes steht noch immer auf der Agenda für unsere Stadt.

Nach der gelungenen stadtbildprägenden Leitbildidee „Stadtsanierung“ in den verflossenen Jahrzehnten brauchen wir Wegweiser nach vorne. Quo vadis Ettlingen? Wohin soll sich unsere Stadt mit ihrer spezifischen Charakteristik als Mittelzentrum orientieren, eingedenk auch etlicher Bedrohungsszenarien aus dem engeren und weiteren Umfeld? Vor Tagen diskutierten wir hier über einen Ansiedlungsriesen von 40.000 m² bei Pforzheim. ECE, IKEA in Rastatt, Cité in Baden-Baden, Roppenheim…, die Reihe ließe sich fortsetzen. Die Lebendigkeit und Zentralität unserer Stadt, das Wohlergehen in ihr gilt es fortzuschreiben, gilt es zu verbessern.

Zukunft braucht gesteuerte Ausrichtung, braucht Planung, braucht Profilformulierung. Dafür sind qualitätsbestimmende, kreative Leitlinien und nachfolgend griffige Handlungsfelder notwendig. Wegweisende Leitbildstrategie ist aber mehr als die eine oder andere Stadtmarketingstudie. Auch hat es nichts zu tun mit wolkigen Phantasmagorien. Zur Erstellung eines extern moderierten Leitbildes muss jedoch die Bevölkerung gleichsam als ein Ideengenerator mitwirkend einbezogen werde, was zusätzlich identitätsstiftend ist. 40.000,- € Startgeld sind hierzu in diesem Haushalt eingesetzt. Übrigens hat diese Leitbildkonzipierung mit der von den Grünen alternativ angedachten Förderung der bürgerschaftlichen Vorbildfunktion nichts gemein. Das ist ein völlig anderes Thema. Und eben zur Vorbildwirkung ehrenamtlichen Engagements habe ich oben würdigende Ausführungen gemacht, ist doch das Ehrenamt der Mörtel des Gemeinschaftslebens in unserer Stadt.

6. Frachtgut Verschiedenes

Hier reißen wir wenige Dinge kurz an:

Den Etatansatz von 100.000,- € Erhöhung bei den Bestattungsgebühren lehnen wir ab. Er passt nicht in die Landschaft fortlaufender zusätzlicher Belastungen für die Bevölkerung: Erhöhung der Gaspreise, der Abwassergebühren, der Bahntarife, der Kosten für Öl und Benzin, kommende dreiprozentige Anhebung der Mehrwertsteuer, keine Rentenerhöhung seit Jahren, Inflationsrate 2%, dazu von den Krankenkassen das vormalige Sterbegeld völlig gestrichen.

Aus den genannten Gründen, besonders aber aus sozialen und psychologischen Gründen, lehnen wir ebenso das Anheben der Hundesteuer ab. 27.000,- € sollten das erbringen. Wir sehen hier gerade den Gesichtspunkt der therapeutischen Bedeutung des Verhältnisses von Mensch und Tier besonders in einer Zeit immer wieder beklagter Vereinzelung und Vereinsamung von Menschen, besonders in höherem Alter.

Eine deutliche Bitte aus der Bürgerschaft an die Hundebesitzer darf hier jedoch auch angebracht werden, nämlich die Hundekotverschmutzung auf Straßen, Gehwegen und Plätzen zu vermeiden.

Statt der obigen Gebühren- und Steuererhöhungen wäre unser Antrag ratsamer gewesen, die Aufwandsentschädigungen für Gemeinderäte und Ortsvorsteher um 10% abzusenken. Das hätte einen substantiellen Eigenbeitrag von 23.940,- € zur Einsparung bedeutet. Aber wir sind damit zum vierten Male gescheitert, es sei denn, es kommt nachher per Abstimmung eine Wende.

Frachtkahn II: Vermögensetat

Auch dieser Etat ist zunächst nichts anderes als ein Hohlkörper. Er bedarf des monetären Zahlenwerks, dies bedarf der Inhalte, die wiederum gewichtet werden wollen zur fortzuentwickelnden Infrastruktur unserer Stadt.

Hervorzuhebendes Frachtgut:

1. Im Bildungsbereich werden auf unsere Initiative mit 300.000,- € VE die Startvoraussetzungen für ein Anbauprogramm im Schulzentrum geschaffen, nachdem der IZBB-Antrag 2005 gescheitert ist. Die staatliche Genehmigung für das Vorhaben fordern wir ein. Die Fertigstellung des Ganztagesschultraktes an der Pestalozzischule verlangt 2006 nochmals einen städtischen Zuschuss, hier eingestellt mit 215.000,- €.

2. Im Sozialbereich haben wir für die Einstellung einer VE-Summe von 150.000,- € plädiert, damit die Realisierung einer noch vorzustellenden Gesamtkonzeption im „Alt-Specht-Areal“ vorankommen kann, einschließend das dann vom Rohrerweg umziehende integrierte Familienzentrum, den Tagesmütterverein, evtl. das „Kaffehäusle“ u. a. beispielhaftes Fortschreiten von Sozialeinrichtungen in unserer Kommune zweigt sich - immer mehr aus der Erde wachsend - bei der Projektverwirklichung Stephanusstift II auf dem Exer, wohinein 762.000,- € städtische Mittel aus dem Vermögensetat fließen.

   Für die kommende Totalsanierung von Stephanusstift I stehen mit diesem Etat schon mal 436.000,- € bereit. Hier fordern wir den Landkreis auf, die ursprünglich zugesagte Bezuschussung von 240.000,- € zeitgerecht fließen zu lassen.

3. Die mit 70.000,- € vorgesehene Planungsrate für eine konzeptionelle und bauliche Grundrenovierung des Schlosses, einschließlich einer Nutzungsüberarbeitung, tragen wir voll mit. Sie muss in mehrfacher Hinsicht den Anforderungen der Zeit entsprechen, ist doch das Schloss seit 1912 im Besitz der Stadt, kultureller Mittelpunkt der Stadt. Dass dies letztlich

eine Bauinvestition von 1,7 Mio. € zur Folge haben wird, bleibt weiteren Haushalten vorbehalten.

4. Vereinsgroßraum Spessart
   Nach einer Vorortbegehung und intensiven Beratungen unter Abwägung unterschiedlicher Aspekte stehen wir zur Entscheidung, den Kindergartensaal der Kirchengemeine mit entsprechendem Zuschuss der Stadt zu einem Veranstaltungsgroßraum für die sehr engagierten Vereine optimiert auszubauen, zumal in mittelfristiger Finanzplanung eine spezielle Hallenlösung nicht in Sicht ist. Die eingesetzten 150.000,- € sind hier gut positioniert, ergänzt mit einer VE von 150.000,- €. Diese Perspektive von zusammen 300.000,- € ist die Hälfte des von der politischen Gemeinde vorgesehenen Gesamtbetrages von gedeckelten 600.000,- € für obiges Vorhaben.

5. Stadtbildentwicklung
   Das städtebauliche Gesicht Ettlingens verändert sich immer wieder und bleibt doch unverwechselbar im Wandel der Zeit. Was an größerer Veränderung im Nahbereich ansteht, ist v. a. der noch ausstehende Rückbau des dritten Teils der Pforzheimer Straße mit dem Kreisel am Schillerplatz. Verkehrlich und parkraummäßig optimiert, wird sich die Maßnahme auch am historischen Vorbild ausrichten. Ob der Sanierung des Wattkopftunnels kommt die Durchführung jedoch erst 2007. An Kosten für dieses Projekt fallen rund 2,1 Mio. € an, wovon voraussichtlich 60% an Landeszuschüssen fließen.

   In diesem Kontext, Ideen für die städtebauliche Gestaltung des Feuerwehrareals zu entwickeln, wir haben es zusammen mit der FE beantragt.

6. Unterschiedliches
   - Dass wir für Ettlingen-West mit dem Nachbesserungsantrag für den Bolzplatz nicht durchkamen, aber mit der Herrichtung eines Bouleplatzes, sei vermerkt.
   - Dass das von uns seit vielen Jahren geforderte Kernstadt-WC mit 40.000,- € als VE zumindest im Horizont bleibt, verdient festgehalten zu werden. Vielleicht erhöht sich die Realisierungschance in Kooperation mit der Sparkasse. Es ist einfach nicht zu glauben, dass diese Selbstverständlichkeit für ein Innenstadtmarketing seit Jahren ignoriert wird. Die „Nette Toilette“ ist doch keine Ersatzlösung. An welcher Restauranttür ist denn ein augenfälliges Schild zu finden? Bis 2009 sollen 22.000,- € für Gasthausbetreiber an Reinigungszuschuss bereitgestellt werden.
   - Dass die als Belebungselement von uns gedachte Eisbahn im Schlosshof negiert wurde, war nicht unsere Entscheidung.
   - Dass wir in Schöllbronn in der Burbacher Straße per Verkehrsmaßnahmen mehr Sicherheit geben wollten, sei angeführt, wie auch die Forderung nach verkehrsabbremsenden Vorrichtungen ab den Ortseingängen.
   - Dass der 950 Jahre alte Kirchturm der Martinskirche eine Bezuschussung von 22.000,- € zur dringenden Grundreparatur erhält, gehört zur kulturhistorischen Verpflichtung der Stadt.
   - Dass die notwendige Denkmalsanierung vor der Thiebauthschule nur verschoben, aber nicht aufgehoben ist, sei festgehalten.

Schlussbetrachtung

Das Regierungspräsidium mahnte bei der Genehmigung des Etats 2005 wirkungsvolle Konsolidierungsmaßnahmen an. Ich denke, wir sind diesbezüglich auf gutem Kurs, haben wir doch nach intensiven Beratungen eine Gesamtreduktionssumme von 899.000,- € „herausgeschwitzt“ und damit auch die vorgesehen gewesene Kreditaufnahme auf 471.000,- € vermindert. An dieser Stelle sei aber auch auf die nicht veränderbaren exogenen Druckbelastungen hingewiesen, als da sind, die abzuliefernde Gewerbesteuerumlage, die Finanzausgleichs - Kreisumlage mit zusammen 26 Mio. €.

Der Haushalt 2006 hat Substanz, wenngleich es vermehrter Anstrengungen bedarf im Feld struktureller Veränderungen. Hierüber sind im generellen Ziel alle einig, aber streitig wird es, wenn handfest abzubauende Leistungsgewohnheiten auf den Prüfstand kommen. Das werden in den nächsten Jahren Aufgabenstellungen über das tagespolitische Geschäft hinaus.

Die Oberbürgermeisterin erwähnte acht Diskussionsfelder. Ob allerdings das Einstellen der Brunnenwasserzuführung dahin gehört, ist fragwürdig. Jedenfalls sollten hierbei auftretende Zentrifugalkräfte der Interessen in einer abgewogenen Verantwortungskultur an den Prinzipien Ehrlichkeit, Sachgerechtigkeit und Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Vor radikalem Fundamentalismus ist zu warnen, sonst stünde nicht nur die „Alb in Flammen".

Gerundet: Die „Flughöhe" des Etats bleibt beachtlich. Von Blindflug kann keine Rede sein. Die Navigationssysteme funktionieren. Der Boden dieser Etats ist ein guter Acker, auf dem gen Jahresende gute Ernte erwartet werden kann.

Die SPD stimmt dem Allgemeinen Haushalt 2006 der Gemeinde, wie auch dem Etat der Vereinigten Stiftungen, zu.

Die Praktizierung des Etats obliegt nun der Verwaltung in der Hauptregie des geschätzten und bewährten Kämmerers Dieter Becker mit seiner Mannschaft und Frauschaft drum herum.

Für die oberste Verantwortung dazu hat aber sicher die Oberbürgermeisterin den Satz von Uli Hoeneß verinnerlicht: „Management und Führung heißt, die Zukunft richtig einzuschätzen", ein Satz, der nicht nur für die Fußballweltmeisterschaft 2006 gilt, sondern für unseren Etat 2006. 2001 erhielt die Stadt die im Treppenhaus dieses Rathauses hängende Plakette: „Unsere Stadt blüht auf." Das möge auch für 2006 gelten.

Vielleicht können wir dann eines Tages - die Nationalhymne anleihend - sogar anstimmen: „Blüh im Glanze dieses Glückes…". Doch bleiben wir besser auf dem Boden unserer Wirklichkeit mit dem Tagesauftrag, entliehen dem Propheten Jeremias: „Suchet der Stadt Bestes!"

Haushaltsrede Stadträtin Saebel:

„Die Menschen werden wohl über die Zwecke einig, viel seltener aber über die Mittel, dahin zu gelangen. Denn das wahre Große hebt uns über uns hinaus und leuchtet uns vor wie ein Stern; die Wahl der Mittel aber ruft uns in uns selbst zurück. Herr von Goethe trifft wie immer, auch in Bezug auf unser Streben angesichts der Haushaltsberatungen. Das wahre Große aber, haben wir nicht erreicht, in der Wahl der Mittel waren wir zu oft uneins.

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger, wie in den letzten Jahren schon, haben wir auch hier wieder einen Haushaltsplan mit einer negativen Zuführungsrate von 1,06 Mio. € vorliegen, wir wollen im Verwaltungshaushalt mehr ausgeben als wir erwarten einzunehmen, müssen also Gelder aus dem Vermögenshaushalt in den Verwaltungshaushalt überweisen, statt umgekehrt. Und das, obwohl Sie, Frau Oberbürgermeisterin, bereits 5 Mio. € mehr an Gewerbesteuereinnahmen als in den letzten Jahren eingeplant haben. Gewerbesteuereinnahmen sind aber schwer planbar und der Überschuss der letzten Jahre ergab sich aus Nachzahlungen. Die sind aber äußerst unsicher.

Gewiss belasten uns hier auch die gestiegenen Umlagen, diese sind aber durch uns kaum beeinflussbar. Zur Deckung unserer Ausgaben im Vermögenshaushalt sollen wir 4 Mio. € Kredite aufnehmen und genau soviel aus der Rücklage entnehmen. Was macht ein solider Stadtrat angesichts dieser Fakten? Sparen - genau, wir haben zwei Tage miteinander gestritten und am Ende war mehrheitlich entschieden, im Verwaltungshaushalt 468.000,- € zu sparen und im Vermögenshaushalt 431.000,- €. Das reicht aber nicht! Mehr Sparsamkeit hätten wir auch von der Verwaltung erwartet, offensichtlich hat die Strukturreform der Verwaltung bisher keinerlei Einsparpotential freigesetzt, sondern lediglich zu einem riesigen Verschiebebahnhof innerhalb der Verwaltung geführt.

Der Grundgedanke, Synergieeffekte zur Effizienzsteigerung zu nutzen, ist bisher nicht realisiert worden. Meine Fraktion hat, mehrfach angemahnt, dass aus dem Rathaus selbst konkrete, durchgerechnete Vorschläge kommen, was im Haushalt durch welche Maßnahme eingespart werden kann, welche Alternativen es gibt und welche Auswirkungen die für uns Bürger haben. Dafür haben wir dort eine hoch dotierte Verwaltungsspitze. In jeder Gemeinderatssitzung dürfen Sie, Frau Oberbürgermeisterin, kraft Amtes, ihre Einsparideen vorstellen, sie brauchen dazu, anders als wir Stadträte, kein Quorum. Statt hier konkret zu werden, bauen Sie die Verwaltung nach ihren Vorstellungen um, legen uns einen hoch defizitären Haushaltsentwurf vor und definieren 8 Gefechtsfelder mit vorwiegend geringem Einsparvolumen, auf denen wir Ehrenamtliche uns austoben sollen. Ich bin ganz schön erschrocken, Ihre Gefechtsfelder sind gerade die Bereiche, die Ettlingen besonders liebens- und lebenswert machen.

Unter anderem Brunnen und Spielplätze, Zuschüsse für Schüler, die Volkshochschule, Vereinsförderung …ich möchte nicht sagen, dass hier gar nichts geht - aber nicht viel. Brunnen und Kinderspielplätze sind soziale Treffpunkte einer Stadt, hier Einsparpotential durch Schließung auszuloten, ist kontraproduktiv. Wie will ich Wohngebiete für junge Familien attraktiv machen, wenn ich vorher die Spielplätze schließe und Grünanlagen abschaffe? Zuschüsse für Schüler entlasten Familien, diese Zielgruppe ist der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Unsere Volkshochschule ist die zentrale Einrichtung der Erwachsenenbildung in Ettlingen. Die Vielfalt des Angebots und das Kurssystem haben sich bewährt und der Zuschussbedarf hält sich in Grenzen. Die Vereine sind elementarer Bestandteil des Lebens in unserer Stadt sie stiften das Wir-Gefühl, das wir brauchen um voranzukommen.

Ihren Wunsch nach Verkleinerung des Gemeinderats kann ich verstehen, abwesende Stadträte sind ja bekanntlich die besten, die führen keine kontroversen Diskussionen und stellen ihre Verwaltungsvorlagen nicht in Frage, und bei gelegentlicher Anwesenheit gibt’s Presserummel gratis. Nur das Einsparpotential durch Verkleinerung des Gremiums ist lächerlich, so üppig sind unsere Aufwandsentschädigungen ja nicht, vor allem - gemessen am Aufwand. Wir tun ja fast alles „Für Ettlingen“, ein Stadtrat hat es gar schon geschafft sich zu klonen und gleichzeitig parteiunabhängig und FDP-Kandidat zu sein. Wir Anderen üben noch…

Ich möchte spontan 11 Gefechtsfelder nennen, wo aus unserer Sicht Einsparungen möglich sind: Beim sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand, beim Stadtmarketing, bei der Werbung, bei Repräsentationen, bei Messebeteiligungen, bei Umbaumaßnahmen an städtischen Gebäuden (nicht Sanierungsmaßnahmen), beim Lichtkonzept, bei der Vielzahl an Planungen die nach außen vergeben werden, obwohl wir kompetente Mitarbeiter haben, bei der Leitbilderstellung, bei den Schlossfestspielen, bei Straßenumbaumaßnahmen…

Frau Oberbürgermeisterin, meine Fraktion hat sich ihren Haushaltsentwurf speziell unter einem Aspekt angeschaut: Unsere zentrale Fragestellung lautete: Wie hoch ist der Bürgernutzen, der einzelnen Ausgaben gegenüber steht? Wir sind hier teilweise zu recht anderen Ergebnissen gekommen als Sie:

Eigenen zusätzlichen Ausgabenwünschen meiner Fraktion in Höhe von 150.000,- € standen Einsparvorschläge meiner Fraktion in der Höhe von 1,37 Mio. € im Verwaltungshaushalt und 2,43 Mio. € im Vermögenshaushalt gegenüber. Einsparen wollten wir allerdings nicht vorrangig bei unseren Leistungen für die Bürger, sondern vor allem beim Verwaltungsaufwand. Hier hätten wir gern 5% gespart. Unserer Meinung nach hätte jeder Amtsleiter in seinem Bereich sehen müssen, wie er seinen Verwaltungsaufwand um 5% reduziert. Das hätte 900.000,- € Einsparvolumen bedeutet und eigene Kreativität erfordert! ABER: Ein Schreckensschrei entfuhr unserer Verwaltungsspitze - sparen - aber doch nicht bei uns - unmöglich! Die einzelnen Amtsleiter wurden nicht mal dazu befragt! Schade.

Nun CDU und FE haben im Vorfeld erkannt, dass die Gebäude, deren Unterhaltungskosten sie um 10% kürzen wollen, keine Widerworte geben. Die werden nur langsam marode und die heutigen Einsparungen holen uns dann in den nächsten Jahren in Form von Mehrausgaben

wieder ein. Hier sind wir mit Ihnen einer Meinung, Frau Oberbürgermeisterin, jeder Hausbesitzer kennt das Problem mit aufgeschobenen Reparaturen, billiger werden die selten…

Mit 20,4 Mio. € schlagen die Personalkosten im Haushalt zu Buche. Wir wollten hier nicht zurückfahren, denn die Stadt bildet gegenwärtig 33 junge Menschen aus, wo sollen die eigentlich mal eingestellt werden, wenn wir die vorhandene Arbeit auf immer weniger Köpfe verteilen? Andere Kommunen sparen doch auch. So empfinden wir die gegenwärtige Diskussion um Mehrarbeit bei öffentlichen wie privaten Arbeitgebern als zynisch angesichts von Massenarbeitslosigkeit und zunehmendem Stellenabbau. Die momentan einzige Möglichkeit hier kommunal gegenzusteuern sieht meine Fraktion darin, wieder zu besetzende Stellen grundsätzlich als Teilzeitstellen auszuschreiben.

Großes Einsparpotential sehen wir hingegen in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Werbung, Stadtmarketing, Messebeteiligungen und Stadtinformation, die in den 2 ½ Jahren ihrer Amtszeit eine enorme Expansion erfahren haben. Unsere Schlüsselfrage lautet: Wem nutzt es? Erhöhte Einnahmen haben Sie nicht einkalkuliert. Deshalb wollte meine Fraktion hier 165.000,- € einsparen. Wir würden damit immer noch über den vergleichbaren Ansätzen des Jahres 2003 liegen.

Dafür hätten wir uns vorstellen können 20.000,- € für eine temporäre Eisbahn im Schlosshof auszugeben. Davon hätten Ettlinger Kinder und Jugendliche und Ettlingen-Besucher etwas gehabt. Gewiss, das kostet auch Geld, kommt aber auch unseren Bürgern zugute und das sicher mehr als der Rotweinpreis, der an einem Abend, gesponsert von der Stadt, in der Schlossgartenhalle vergeben wird. Sollte da die Grundlage zur Vermarktung der gigantischen Weinproduktion der Ettlinger Robberg-Winzer gelegt werden? Wem nutzt es? Fragen wir auch angesichts der Reise unserer Verwaltungsspitze zur Expo Real, wo Ettlingen bestimmt Furore gemacht hat, zwischen Mailand, Wien und Madrid. Und für immerhin 35.000,- € „gute Gespräche“ geführt hat. Wir meinen, Marketing muss Bezug zu den Angeboten unserer Stadt haben und gut durchdacht sein, sonst läuft es ins Leere.

Aber für uns gilt auch: „Sieh das Gute liegt so nah“. Die Leuchtkraft einer Gemeinde kommt von innen, auch ohne blaue Leuchtstreifen. Das meiste Geld nehmen Ettlinger Gewerbetreibende (ausgenommen die Hotellerie) durch Ettlinger und Leute aus dem Umland ein. Und bei meinen Mitbürgern muss ich natürlich zuerst dafür werben, dass Ettlingen nicht nur Wohn-, sondern auch Kultur- und Einkaufsstadt ist. Wer in Ettlingen findet was er sucht, schweift weniger in die Ferne.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir Ihre Initiative, Frau Oberbürgermeisterin, in Zusammenarbeit mit dem Gewerbeverein die Samstags-Öffnungszeiten unserer Geschäfte zu erweitern, wenn man sieht was in Karlsruhe samstags los ist, meinen wir auch unsere Einzelhändler könnten sich ein Stückchen abschneiden von diesem Kuchen. Aber wir verstehen auch, dass es für kleinere Läden sehr schwer ist, da mitzuhalten. Die Lebensmittelversorgung in der Innenstadt, zentrales Thema vergangener Jahre, hat sich gebessert, auch dank Eröffnung der Markthalle. Wir wünschen ihr viele Kunden und ein langes Leben.

Ettlingen soll ein Leitbild erhalten, moderiert durch ein externes Büro. Meine Fraktion steht dem skeptisch gegenüber, haben wir doch bereits 2 prima Stadtmarketinghandbücher, erstellt von unserer Verwaltung, die man unter Beteiligung der Bevölkerung weiterentwickeln könnte - ganz ohne fremde Hilfe und ohne 40.000,- €. Wir haben beantragt, die 40.000,- € lieber in lebendige Leitbilder zu investieren, in Ettlinger, die ehrenamtlich wegweisendes leisten, in ihre Ideen und Projekte. Natürlich haben wir dabei auch daran gedacht, dass wir sparen müssen, die Stadt manches Wünschenswerte nicht leisten kann und unsere Gesellschaft dringend auf die Hilfe ehrenamtlicher angewiesen ist. Einen Fördertopf hierfür hielten wir für angemessen. Leider traf unser Vorschlag nicht auf Gegenliebe bei unseren Ratskollegen.

Überall wird vom demografischen Wandel gesprochen, aber was erwartet uns in Ettlingen ganz konkret? Wir sehen hier dringenden Informationsbedarf, weil kommunalpolitische Wei-

chenstellungen, auch größere Investitionen, natürlich wesentlich von der zu erwartenden Bevölkerungsstruktur und Alterspyramide abhängig sind.

Meine Fraktion hat deshalb in den Haushaltsberatungen beantragt, 10.000,- € für ein Stipendium, z. B. für eine Diplomarbeit zum Thema „Folgen des Demografischen Wandels in Ettlingen“ einzustellen. Dem wurde nicht entsprochen, aber Sie, Frau Oberbürgermeisterin haben uns zugesagt, hierzu im ersten Halbjahr eine Klausurtagung zu veranstalten und daraus resultierende Themen im Gemeinderat zu besprechen.

Zur Familienpolitik: Wir alle wissen, wir stehen durch den Geburtenrückgang vor Problemen. Wie aber auf kommunaler Ebene darauf reagieren? Familien fördern ist sicherlich ein guter Weg. Aber wie? FE und CDU haben sich nach einigem hin und her darauf verständigt ab dem zweiten Kind pro Familie die Kindergartengebühren zu erlassen. Aber nur, bis das erste Kind zur Schule kommt, dann ist das Zweitkind wieder Erstkind und die Eltern zahlen. Dafür ist das dritte Kind einer Familie dann ganz befreit, auch wenn das erste schon studiert. Eine Möglichkeit - ja, aber keine besonders logische. Wenn z. B. Erst und Zweitkind mehr als drei Jahre Altersunterschied haben, gibt’s fürs Zweitkind keine Ermäßigung. Meine Fraktion meint: Die Entscheidung für Kinder fällt bereits mit der Entscheidung für das 1. Kind. Und diese Entscheidung pro Kind treffen zu wenige junge Menschen. Deshalb fordern wir: Teilen wir Kinder nicht in Erst- und Folgekinder, sondern fördern wir entweder ausschließlich materiell schlechter gestellte Kinder oder aber grundsätzlich alle Kinder. Das könnten wir z. B. erreichen, wenn wir entweder den Regelkindergartenplatz für alle Kinder gebührenfrei stellen, Kosten ca. 1 Mio. € pro Jahr, oder aber, indem wir zumindest das letzte Kindergartenjahr gebührenfrei stellen. Kosten ca. 350.000,- €. Das empfiehlt das Landesbildungskonzept „schulreifes Kind“. Auf einen eigenen Antrag verzichten wir, unsere Verwaltung will in der ersten Jahreshälfte mit eigenen Ideen auf uns zukommen, wir begrüßen dies ausdrücklich und hoffen, dann zu einer sozial ausgewogeneren und bezahlbaren Entscheidung zu gelangen.

Unser Tageselternverein leistet vorbildliche Arbeit für Ettlingen und den südlichen Landkreis bei der Betreuung für unter 3-jährige Kinder. Inzwischen können 70 Kinder von den hier ausgebildeten Tagesmüttern betreut werden, Tendenz steigend. Die Betreuung von Kleinkindern in Familien ist den Bedürfnissen angemessener als institutionelle Betreuung und wesentlich preiswerter ist sie auch. Hier zahlt sich jeder investierte Euro doppelt aus.

Wichtig ist unseres Erachtens auch die Bereitstellung von Geldern für den Schulhauserweiterungsbau am Schulzentrum. Falls unser städtischer Antrag auf Zuschüsse von Bund oder Land genehmigt würde, hätten wir immer noch einen beträchtlichen Eigenanteil aufzubringen. Unsere Kinder verbringen dank G8 und neuer Lehrpläne immer mehr Zeit in der Schule, da sollten die Rahmenbedingungen dann auch stimmen. Als ein gutes Signal unserer Stadt unterstützen wir den Beschluss die 10.500,- € voraussichtliches Manko der Schulmensen zu übernehmen. Allerdings sollte weiter nach einer ernährungsphysiologisch ausgewogenen und kostendeckenden Möglichkeit der Schülerspeisung gesucht werden.

In diesem Zusammenhang freuen wir uns besonders, dass die Mehrheit unserer Ratskollegen trotz Finanznot unseren Antrag unterstützt hat, 20.000,- € in Spielgeräte**,** speziell für größere Kinder ums Schulzentrum herum zu investieren, nachdem die Summe zuvor den internen Verwaltungsberatungen zum Opfer gefallen war.

Eine Idee, die Kinder-Sommer-Akademie setzt sich durch, wir sind von dem kurzweiligen Bildungs- und Unterhaltungskonzept begeistert und hoffen, dass auch dieses Jahr wieder viele Dozenten mitmachen. Die Ettlinger Kinder sind auch in den Ferien bildungshungrig, wenn man die richtigen Portionen vorsetzt.

Unser Jugendzentrum Specht hat sich prima entwickelt. Hausaufgabenbetreuung, Mittagessen, Freizeitangebote und die Stadtranderholung in den Sommerferien haben regen Zulauf. Meine Fraktion würde es aber begrüßen, wenn die Öffnungszeiten in den Schulferien ausgeweitet würden. Denn durch die zunehmende Unterrichtsbelastung haben die Schüler an

Nachmittagen immer weniger Freizeit. In den Ferien aber wissen viele Kinder nichts mit sich anzufangen. Deshalb wollten wir hier 10.000,- € zusätzliche Personalkosten für Ferienöffnungszeiten bereitstellen.

Unsere Bürgermeisterin Frau Petzold-Schick, arbeitet an der Planung für die Einrichtung eines Familien- und Integrations-Zentrums, mit Café, am Albert-Stehlin-Haus. Das Projekt findet unser Interesse, unsere Zustimmung ist aber von der Finanzierbarkeit des Vorhabens und den finanziellen Folgen für kommende Haushalte abhängig.

Im Haushaltsplan steht ein neues Amt, das Bildungsamt. Das heißt, eigentlich ist bisher lediglich die Stelle des Umweltbeauftragten umgebucht worden. Zusätzliche Geldmittel hat das Amt im Haushaltsplan nicht bekommen. Die sächliche Ausstattung unserer Schulen, für die die Kommune zuständig ist, haben wir bisher auch ganz gut ohne eigenes Amt bewältigt. Mit einem extra „Bildungsamt“ müsste also mehr bewegt werden. Lobenswert, wenn sich die Stadt da einbringt, wo das Land noch nicht so weit gedacht hat, z. B. bei der Betreuung der Schulkinder. Nur, ohne zusätzliche Mittel dürfte das kaum gehen. Eigentlich wäre es Aufgabe unserer Verwaltung gewesen im Vorfeld die entsprechende Planung zu erarbeiten und dem Gemeinderat zur Abstimmung zu unterbreiten. Wenn wir also heute den Haushalt verabschieden, wissen wir eigentlich schon, da kommt noch was nach. Nur die Größenordnung der fehlenden Mittel ist völlig unklar.

Frau Oberbürgermeisterin, wären Sie doch in finanziell rosigeren Zeiten zu uns gekommen, dann hätten wir uns ihre fantasievollen Umgestaltungen städtischer Gebäude auch leisten können. So müssen wir Sie bremsen und weiterhin hartnäckig auf einem Gebäude-Nutzungskonzept bestehen, um zu erfahren, wo denn die Verwaltung hin will in den nächsten Jahren. Wie viele und welche Gebäude wir brauchen werden, wo saniert, abgerissen und neu gebaut werden sollte und ob wir auf die eine oder andere Immobilie vielleicht ganz verzichten könnten. Wir geben ja zu, das ist mühsam, aber andererseits könnten wir durch gründliches Nachdenken vor Baubeginn riesige Summen sparen.

Nach dem Trauzimmer, das sehr schön geworden ist, der Stadtinformation, an der noch gebaut wird und dem Roten Rathaus, bietet nun das Ratszimmer**,** gleich hier neben uns, eine weitere Möglichkeit innenarchitektonischer Umgestaltung. Zugegeben, die unverwüstliche, hölzerne Decken- und Wandtäfelung ist innenarchitektonisch nicht der letzte Schrei, aber andererseits ist sie nahezu unverwüstlich. Müssen wir hier dringend 50.000,- € in Umbaumaßnahmen investieren? Meine Fraktion meint nein, 5.000,- € tun es auch. Deshalb stellen wir hier noch einmal den Antrag, 45.000,- € einzusparen. Aber vielleicht schauen Sie, verehrte Bürger, sich den Raum selbst an, bevor sie das Rathaus nachher verlassen.

Erfreulicherweise waren sich alle Fraktionen einig, auf die kostspieligen Um- und Ausbaumaßnahmen am Kirchenplatz 9 zu verzichten. Zumindest bis wir Klarheit über den Raumbedarf der Verwaltung in den nächsten Jahren haben, sollen hier nur die erforderlichen Reparaturen durchgeführt werden.

Zum Thema Feuerwehrhausneubau: Alle sind scharf auf die Verlegung der Feuerwehr, außer der Feuerwehr! Die hätte, wie sich in mehreren Gesprächen unserer Fraktion mit Aktiven herauskristallisierte, lieber eine neue Heizung und noch einige Sanierungsinvestitionen an Ort und Stelle. Richtig waren die Standsicherung des Sonnensaals und die Rückverlegung der Fahrzeuge im letzten Jahr, spart sie uns doch jährliche Kosten im fünfstelligen Bereich und die Feuerwehr spart im Einsatzfall kostbare Minuten. Interessant ist: Obwohl alle großen Fraktionen unisono betonen, dass man großes auf dem Feuerwehrareal vorhat, weiß keiner so recht was und deshalb streitet man sich lieber, ob es nun einen Ideenwettbewerb oder doch gleich einen Investorenwettbewerb geben sollte. Ganz nach dem Motto: Vielleicht finden wir einen, der uns sagt, was wir brauchen und es am besten auch gleich baut, aber bitte hochwertig und ohne städtisches Geld, weil wir haben ja keins. Aber im realen Leben glauben wohl auch die Vertreter großer Fraktionen nicht, das das funktioniert, denn kürzlich hat der Gemeinderat das Grundstück im Industriegebiet, das jahrelang für den Umzug der Feuerwehr freigehalten und

kostspielig aufgeschüttet wurde, sang und klanglos verkauft. Übrigens auf Vorschlag der Verwaltung. Ein anderes Grundstück ist aber nicht verfügbar, und so wird der Streit sich wohl auf rein virtueller Ebene, als ABM-Maßnahme für Stadträte und Verwaltung noch eine Weile hinziehen. Vielleicht ist es am besten so, dann haben wir das Filetstück nämlich noch, wenn wir, oder unsere Kinder, es einmal wirklich brauchen, wofür auch immer.

Unser Schloss soll mit mehr Leben erfüllt werden, wir wollen ein neues Konzept, das unsere zentralste und historisch interessanteste, aber im Unterhalt nicht ganz billige Immobilie noch optimaler nutzt. Eigentlich müsste in einem echten Bürgerschloss ein kommen und gehen sein. Wir sind dafür hier zu investieren, möchten dabei die Nutzungen für die Bürgerschaft aber erweitert sehen.

Eine gute Gelegenheit auch über die weitere Entwicklung der Schlossfestspiele nachzudenken. Meine Fraktion hält eine turnusmäßige Neuausschreibung der Intendantenstelle für geboten, um immer wieder neuen Ideen Raum zu geben. Ettlingens Kultursommer soll lebendig sein, möglichst viele unterschiedliche Besuchergruppen ansprechen, und dazu gehört für uns immer mal wieder eine neue Handschrift. Warum nicht auch mal Kino-Abende im Schlosshof oder eine stärkere Einbindung unserer vielen Ettlinger Vereine in unseren Kultursommer? Wir haben in Ettlingen ein erfreulich breites Kultur- und Bildungsangebot, mit Einrichtungen wie unserer Musikschule, unserer VHS, unserer Bibliothek und Museum. Ereignisse, wie Klavierwettbewerb, Schubertiade, Kultur live, Nachtcafé und die Ausstellungen der Wilhelmshöhe tragen unseren Ruf als Kulturstadt auch nach außen.

Unser buntes und vielschichtiges Vereinsleben bietet jedem Ettlinger die Möglichkeit sich zu engagieren. Unsere Stadt hat das seit vielen Jahren tatkräftig unterstützt und wir meinen, das soll auch so bleiben. Allerdings erwarten wir auch, dass Vereine sich einigen, z. B. Räume gemeinsam zu nutzen, da Neubauten zumindest vorläufig nicht finanzierbar sind und die Stadt in den kommenden Jahren sehr viel Geld in die Sanierung der in die Jahre gekommenen Hallen investieren muss.

Die Einstellung der Mittel für den Umbau der Spessarter Kirchen-Gemeinderäume halten wir für überstürzt. Der Sanierungsbedarf ist unbestritten, Fachleute unserer Verwaltung sollten aber bei der enormen Beteiligungssumme von 670.000,- € zuerst gegen rechnen, was der nötige Umbau aus städtischer Sicht kostet, und dann über die Höhe der kommunalen Förderung mit der Kirche verhandeln. Normalerweise werden derartige Projekte mit 20% von der Stadt bezuschusst, hier zahlen wir 60%, ohne nachzuverhandeln. Bei allem Verständnis fürs Vereinsleben sollte das nicht Schule machen.

Im Rathaus etablieren sich mehr und mehr die „inneren Zirkel“. Sitzungspausen werden von unserer Frau Oberbürgermeisterin genutzt, um mit den Fraktionsvorsitzenden von CDU, FE und SPD in ihrem Amtszimmer Separatgespräche zu führen. Wir Vertreter von Grünen, FDP und FW wissen zwar nicht, ob diese Gespräche nun rein privaten Charakter haben, dann würden wir selbstverständlich auch nicht stören wollen, andererseits ist der Gedanke, dass da kommunalpolitische Weichenstellungen an den unbequemen 3 kleinen Gruppen vorbei getätigt werden, nun sagen wir, zumindest nicht ganz abwegig. Natürlich kennen auch wir die Probleme der Mehrheitsfindung. Trotzdem wollen wir diese und andere Formen der Ausgrenzung zumindest nicht sprachlos hinnehmen.

Die Stelle des Umweltbeauftragten wurde 1987 unter Dr. Vetter eingeführt, aus gutem Grund, weil unsere Umwelt, unser aller Lebensgrundlage, in unserem täglichen Nützlichkeitsdenken keine Lobby hat. Nun wollen Sie, Frau Oberbürgermeisterin, die Stelle ersatzlos streichen. Aber der Umweltbeauftragte hat zunehmend auch gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben, z. B. im Baugesetzbuch, die müssten jetzt von externen Firmen zugekauft werden, das ist kontraproduktiv und teuer, zumal kein externes Büro die Vernetzung aller kommunalen Umweltaufgaben bewältigt, sondern immer nur Teilaspekte. Erfreulicherweise haben sich in den letzten Jahren auch ehrenamtliche Agendagruppen der Umweltprobleme angenommen. Sie leisten wertvolle Arbeit, sind aber auch auf einen kompetenten kommunalen Ansprechpartner und

Berater angewiesen. Deshalb stellt meine Fraktion hier den Antrag auf eine fachlich kompetente Wiederbesetzung der Stelle des Umweltbeauftragten. Eventuell können wir uns auch ein Amt für Bildung und Umwelt, personell entsprechend ausgerüstet, vorstellen.

Aber es gibt auch Positives zu vermelden: Die Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen entwickelt sich, im Gespräch entdecken wir über Trennendes hinweg gemeinsame Anliegen.
Im letzten Jahr ist es meiner Fraktion gemeinsam mit der CDU-Fraktion gelungen einige erfolgreiche Anträge einzubringen.

Wir haben die Möglichkeiten zur Stromerzeugung durch tiefe Geothermie in Ettlingen erproben lassen, wenngleich der Weg noch weit ist, die Nutzung der anfallenden Abwärme ist noch ungeklärt ist, aber ein Anfang ist gemacht. Wir wissen jetzt, prinzipiell ist Stromerzeugung aus Erdwärme in Ettlingen möglich. Ebenso haben wir für 50.000,- € ein Förderprogramm zur Nutzung oberflächennaher Geothermie für Heizzwecke aufgelegt. Einige Häuslebauer haben zugegriffen, der Topf ist schon halb leer.

Ein weiterer gemeinsamer Antrag: Die Führung eines Flächenkatasters, um unseren Ettlinger Landschaftsverbrauch zu drosseln, um die Innenstadt zu stärken und Infrastrukturkosten nicht ins uferlose auszudehnen. Die Vorgaben vom Land sind klar: 4/5 aller Neubauvorhaben sollen auf Brachflächen und durch Nachverdichtungen in bestehenden Baugebieten realisiert werden und nur noch 1/5 aller Baumaßnahmen durch Flächenverbrauch auf der grünen Wiese. Ein ehrgeiziges Ziel, das wir nur erreichen, wenn wir unsere Reserven kennen und nicht mehr genutzte Siedlungs- und Gewerbefläche umgehend neuer Nutzung zuführen. Ich hoffe, wir entwickeln gemeinsam das Bewusstsein dafür, dass der Erhalt unserer Natur vorrangigstes Ziel ist um künftigen Generationen ein lebenswertes Ettlingen zu übergeben und unsere Verwaltung widmet sich der Umsetzung dieses Beschlusses zeitnah.

Zugunsten der älteren Generation hat sich einiges bewegt in Ettlingen. Nach der Fertigstellung der betreuten Wohnungen und der Tagespflege auf dem ehem. Kasernenareal kommt das Bauvorhaben auf dem kleinen Exer, jetzt (im ich weis nicht wievielten Anlauf) voran und wir hoffen zu einem guten Abschluss. Gestern war der Festakt zur Eröffnung des Hospiz Arista. Meine Fraktion begrüßt die Unterstützung des Projekts durch die Stadt, wir hatten selbst einen diesbezüglichen Antrag in den Haushaltsberatungen gestellt. Nicht begrüßen können wir allerdings die „Kaninchen aus dem Hut“ Methode, bezüglich der städtischen Förderung, durch unsere OB. Die Fertigstellung kam ja nicht ganz überraschend. Seit Grundsteinlegung war genügend Zeit, um im Gemeinderat über die Art und Höhe der Förderung für dieses sozialpolitisch wichtige Vorhaben zu diskutieren. Und wie ich meine Kollegen auch aus den anderen Fraktionen kenne, hätte sich dieser Thematik wohl niemand verschlossen. Es fehlt uns noch die Stephanus-I-Sanierung, hier hoffen wir, dass der Landkreis seine einmal gegebene Förderzusage einhält und wir nach vielen Jahren der Diskussion an die Sanierung gehen können.

Im vergangenen Jahr hat unser Begegnungszentrum am Klösterle 10. Geburtstag gefeiert und es hat sich bestens entwickelt, dank Herrn Becker, der den Stab nun weitergereicht hat an Frau Vielsäcker und Herrn Fichtner und dank vieler unermüdlich Engagierter, die sich und anderen erlebnisreiche Stunden bescheren. Als selbst organisiertes Modellprojekt, hat es bundesweit Aufmerksamkeit erregt und nun Fördermittel erhalten, um damit „Seniortrainer“ auszubilden und generationenübergreifend tätig zu werden. Das zeigt, wie sehr sich das Bild des älteren Menschen in der Gesellschaft wandelt und dass demografischer Wandel auch sehr interessant werden kann.

Ein anderes Problem betrifft uns auch alle, den einen früher, den anderen später: Die letzte Ruhestätte wird immer teurer. Sterben muss man sich leisten können (im Hintergrund die Drohung der großen Koalition: wer sich`s nicht leisten kann, der arbeitet demnächst bis 90!). Meine Fraktion hat zur Entschärfung des Problems beantragt, ein Stück Ettlinger Forst als Friedwald für Bestattungen freizugeben. Das kommt vor allem den Bürgern entgegen, die niemand mehr haben, der sich nach ihrem Tode regelmäßig der Grabpflege widmen kann. Und langfristig brauchen wir dann nicht so viele Flächen für Friedhofserweiterungen, die wiederum kost-

spielig gepflegt werden müssen. Die Verwaltung hat zugesagt, dem Gemeinderat dazu demnächst Vorschläge zu unterbreiten.

Übrigens: Sparmaßnahmen können auch ökologisch sinnvoll sein. Wenn Grünflächen nicht in kurzen Abständen geschnitten, sondern nur noch zweimal jährlich gemäht werden, entwickeln sich viele Pflanzenarten wieder, die sonst nie zur Blüte gelangen würden. Deshalb plädieren wir dafür Wildwuchs zuzulassen, sieht nicht nur schön aus, ist auch gesünder.

Wir wollen hier noch ein Anliegen in Zusammenarbeit mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz und vielen betroffenen Landwirten und besorgten Bürgern vorbringen. Aktueller Anlass ist der Beschluss des Landwirtschaftsministeriums dieses Jahr gentechnisch veränderten Mais in der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt in Rheinstetten auf einer Fläche von 11,4 ha auszubringen. Da Mais Windbestäuber ist, wird es nicht zu vermeiden sein, dass sich dieser Genmais über Kilometer auch auf anderen landwirtschaftlichen Flächen verbreitet. Meine Fraktion beantragt, dass die Stadt Ettlingen dagegen protestiert und für die eigene Gemarkung beschließen möge: Das Ausbringen von gentechnisch verändertem Saatgut auf gemeindeeigenen Grundstücken ist verboten. Bei Zuwiderhandlung soll der Pachtvertrag erlöschen. Falls dies in bestehenden Verträgen nicht ergänzt werden kann, so sollte es doch bei Neuabschlüssen oder Verlängerungen von Pachtverträgen berücksichtigt werden.

Noch einmal zu unseren Haushaltsberatungen: **190 Anträge während der Beratungen**, mit dem vorgelegten Plan der Verwaltung war offensichtlich niemand zufrieden. Leider wurden aber viele Anträge, vor allem Sparvorschläge, beim geringsten Widerstand der Verwaltung zurückgezogen oder von den Kollegen niedergestimmt. Ein Problem dabei war: Kaum jemand kannte die Anträge des Anderen vorher! Die Möglichkeit diese in der eigenen Fraktion zu Beraten, Für und Wider zu erwägen, bestand nicht. Von der Verwaltung verlangen wir aber und ich meine zu Recht, dass sie uns ihre Ideen jeweils eine Woche vor einer Sitzung zusendet, um in Ruhe darüber beraten zu können. Sind uns die Ideen unserer Kollegen weniger wichtig? Ich glaube, wir müssen hier eine neue, bessere Verfahrensweise finden.

Meine Fraktion hat, wie anfangs erwähnt, Vorschläge gemacht um 1,37 Mio. € im Verwaltungs- und 2,43 Mio. € im Vermögenshaushalt einzusparen, um die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt nicht durch eine unverantwortliche Ausgabepolitik zu belasten. Im Ergebnis wurden aber nur 468.000,- € im Verwaltungs- und 431.000,- € im Vermögenshaushalt eingespart.

Wir haben uns Mühe gegeben, wie alle anderen auch, aber die Ergebnisse sind aus unserer Sicht nicht Zukunft weisend. Eine kostensparende Umstrukturierung der Verwaltung hat in den 2 ½ Jahren seit ihrem Amtsantritt, Frau Oberbürgermeisterin, nicht stattgefunden, ihre Ideen beziehen sich einzig darauf Einsparpotentiale bei Leistungen für Bürger auszuloten, während ihre Professionen, Stadtmarketing und Innenarchitektur, zunehmend Löcher ins Stadtsäckel reißen. Die großen Ratsfraktionen aber trauen der eigenen Courage nicht. Das ist kein Aufbruchsignal!

Meine Fraktion wird deshalb dem vorliegenden Haushaltsplan nicht zustimmen. Bei aller Unterschiedlichkeit der Auffassungen über das Wie und auch über das Wohin, möchte ich mich bei allen Mitarbeitern der Verwaltung, die an der Aufstellung dieses Haushalts beteiligt waren und uns in den Beratungen unterstützt haben auch namens meiner Fraktion ganz herzlich bedanken.

Pestalozzi soll gesagt haben: „Jeder muss sich ein Ziel setzen, das er nicht erreichen kann, damit er stets zu ringen und zu streben habe“. In diesem Sinne wünsche ich uns allen, dass das Haushaltsjahr 2006 besser werde als erwartet und bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit.“

Haushaltsrede Stadträtin Lumpp:

„Bei der Vorbereitung für diese Rede war ich ernsthaft versucht, einfach noch mal die vom letzten Jahr zu nehmen – kaum einer hätte gemerkt, dass ich mich nicht auf den diesjährigen Haushalt beziehe – man sieht also: In den vergangenen 12 Monaten hat sich nicht viel geändert. Ein paar Dinge sind aber zumindest in Bewegung gekommen, deshalb halte ich jetzt doch eine neue Rede.

Als erstes möchte ich betonen, dass sich die Zusammenarbeit der Fraktionen und Gruppen des Ettlinger Gemeinderates im Vergleich zu den letzten Haushaltsberatungen verbessert hat. Wir Freien Wähler haben unsere Anträge schon am Wochenende vor den Beratungen allen Fraktionen überlassen und im Gegenzug auch die Anträge der CDU und der Grünen erhalten. Der Informationsaustausch vor der Sitzung des Verwaltungsausschusses (kurz: VA) lief besser als letztes Jahr - wenn auch noch nicht gut genug.

Gefreut hat uns, dass wir dieses Jahr unsere Anträge im VA begründen durften, obwohl wir dort nicht Mitglied sind. Für diese unbürokratische Regelung haben unsere Gemeinderatskollegen gesorgt und dafür danken wir ihnen. Allerdings hat Frau Büssemaker verhindert, dass wir zu anderen Anträgen Stellung nehmen oder uns an der Diskussion beteiligen konnten. D.h. von insgesamt 190 Anträgen der Gemeinderäte und 98 Änderungen der Verwaltung durften wir nur zu 37 Anträgen sprechen.

Ich werde deshalb auch dieses Jahr auf einige Themen ausführlicher eingehen müssen. Die Anzahl - manche sprechen auch von der Unzahl - der Anträge zeigt, dass der Rat erkannt hat, dass sich unsere Stadt im Umbruch befindet. Der Ernst der Lage wird langsam allen bewusst und das Bemühen zu sparen ist bei allen Fraktionen, außer bei der SPD, deutlich zu erkennen.

In den kommenden Haushaltsberatungen werden noch stärker als bisher die Weichen für die Zukunft gestellt. Zunehmend haben die Entscheidungen nicht nur auf das aktuelle Haushaltsjahr Auswirkungen, sondern legen den Weg unserer Stadt auf Jahre hinaus fest. Vor allem bei unpopulären Beschlüssen, wie Hallenschließungen, Anheben von Gebührensätzen und dem Einschränken freiwilliger Leistungen, müssen die Bürger nachvollziehen können, wie und warum die Beschlüsse zustande kommen. Nur wenn die Bürger miterleben können, wie nach langer Diskussion eine parteiübergreifende Mehrheit zu dem Schluss kommt, dass wir Einschnitte machen müssen, werden die Ettlinger unsere Entscheidungen mittragen. Deshalb muss auch der gesamte Gemeinderat aktiv am Entscheidungsprozess mitarbeiten, da nur so sichergestellt ist, dass alle Gesichtspunkte berücksichtigt werden. In Malsch und anderen Nachbargemeinden wurde das schon länger erkannt. Dort sind öffentliche Haushaltsberatungen des Gesamtgemeinderates üblich. Daher beantragen wir, dass die nächsten Haushaltsberatungen öffentlich und vom gesamten Gemeinderat geführt werden.

Letztes Jahr schloss ich meine Haushaltrede mit der Hoffnung, dass 2005 in Klausurtagungen des Gemeinderates viele offene Fragen geklärt werden, dass konstruktive Sparideen nur so sprudeln und dass der Haushalt 2006 mit umwälzenden Veränderungen auf den Weg gebracht wird.

Das ist nicht geschehen. Im Gegenteil! - Der Entscheidungsstau wächst. In den letzten Haushaltsberatungen wurden alle komplexen Sachverhalte in die Strukturkommission verschoben, dieses Mal haben wir lauter Sondersitzungen oder gesonderte Beratungen des Gemeinderates als Zwischenstation für komplizierte Anträge gewählt:

- zur demographischen Entwicklung und deren Auswirkungen auf unsere Stadt soll es eine Sondersitzung geben (Stichworte: weniger Steuereinahmen, verändertes Konsumverhalten, Veröden der Ortsteile, Immobilienleerstand, Anzahl der Schulen, Kindergärten, Vereine, Verwaltung, Infrastruktur…),
- zu möglichen Änderungen in der Vereinsförderung bzw. der Bezuschussung überhaupt sollen wir eine Vorlage erhalten,

- das lang versprochene und sehnlich erwartete Raumkonzept mit verschiedenen Alternativen der zukünftigen räumlichen Unterbringung unserer Verwaltung soll kommen und beraten werden,
- es wird geprüft werden, ob mehr Leistungen (z. B. Stadtgärtnerei, etc.) günstiger privatwirtschaftlich eingekauft werden können und wir müssen dann entscheiden, ob wir uns aus Kostengründen von einigen Bereichen trennen,
- eine Neukonzeption des Friedhofes steht an,
- eine völlige Änderung im Bereich Familie und Soziales soll uns vorgestellt werden,
- wir kümmern uns um die Sportstätten und Hallen unter dem Gesichtspunkt, uns von einigen zu trennen und
- wir werden über die Straßenbeleuchtung und Möglichkeiten, hier zu sparen reden.

Hinzu kommen noch die Themen der so genannten „Giftliste“ über die die OB mit dem Gemeinderat diskutieren will und die Fragen aus den letzten Haushaltsberatungen, die überwiegend noch nicht geklärt sind. Man sieht also: An dem Hauptproblem, den fehlenden Grundsatzentscheidungen hat sich nichts geändert.

Es steht zu befürchten, dass sowohl Verwaltung, als auch der Gemeinderat mit diesem Programm genauso überfordert sein werden wie letztes Jahr die Strukturkommission. Neben diesen Themen gibt es ja auch noch alte Dauerbrenner wie Feuerwehr, Schlossfestspiele, Abwasser, Bäder oder Stephanusstift I und auch das ganz normale Tagesgeschäft will erledigt sein. Und ganz nebenbei beschäftigt uns die OB durch Vorlagen wie Leitbild, Neukonzeption Schloss, Umbauten am Rathaus, Events, Messeteilnahmen, Straßenraumgestaltungen und mit der Suche nach dem Alleinstellungsmerkmal.

Strukturelle Veränderungen bleiben nach wie vor aus.

Aber wen wundert das, es bleibt ja kaum Zeit dafür. Ein, maximal zwei Themen aus der obigen Liste und dafür eine gründliche, rein sachliche Aufarbeitung und eine Entscheidung nach angemessener Diskussions- und Bedenkzeit – so würden wir Jahr für Jahr einen ganzen Schritt weiter kommen, statt uns nur im Kreis zu drehen. Wir brauchen endlich Entscheidungen über strukturelle Veränderungen, statt immer nur Diskussion darüber!

Strukturelle Veränderungen – was ist das eigentlich? Wir verstehen darunter, dass wir bestehende Strukturen so ändern, dass wir nicht mehr ausgegeben, als wir einnehmen. Das klingt einfach, ist aber verdammt schwer. Das strukturelle Defizit der Stadt Ettlingen beträgt nach den Haushaltsberatungen noch 1 Million €. Das heißt, wir geben 1 Million mehr aus, als wir einnehmen. Kurz gesagt: Wir leben über unsere Verhältnisse. Unsere Rücklagen schmelzen wie der Schnee in der Sonne, während unsere Verschuldung steigt. Die Gemeindeprüfanstalt (GPA) hat dieses Szenario für die zukünftigen Haushalte eindrucksvoll beschrieben.

Strukturell ist das Defizit deshalb, weil es sich verselbstständigt, d.h. es wird von Jahr zu Jahr schlimmer. Wenn in der Familie der Hauptverdiener plötzlich arbeitslos wird, dabei alle Ausgaben gleich bleiben, dann hat auch die Familie ein strukturelles Defizit. Das kann sie nur dadurch ausgleichen, dass entweder die Einnahmen wieder erhöht werden, wenn man z. B. eine neue Stelle findet oder dadurch, dass die großen Ausgaben verändert werden: Umzug in eine billigere Wohnung, Verzicht auf das Auto. Nur beim Essen sparen reicht in der Regel nicht! Die Frage ist, wie lange die Familie braucht, um die Maßnahmen umzusetzen. Wartet sie zu lange, hat sie in der Zwischenzeit nämlich alle Rücklagen aufgebraucht und noch so viel Schulden gemacht, dass das Senken der Ausgaben oder der neue Lohn gar nicht ausreicht, um die dann laufenden Ausgaben zu decken, weil die durch die Zinsen nämlich stark angestiegen sind.

Bei der Stadt ist es ähnlich. Durch die Schmiederaffäre ist unserer Stadt eine wesentliche Einnahmequelle weggebrochen. Natürlich wurde sofort reagiert. Die Familie würde den Urlaub stornieren - die Stadt hat den Neubau der Feuerwehr verschoben. Doch Achtung - auf die Reise kann man für immer verzichten – wir sind verpflichtet eine funktionierende Wehr zu haben, wir können sie nicht auf ewig vertrösten – demnächst müssen wir sanieren oder neu bauen, sonst kann sie nicht mehr die gesetzlichen Vorgaben erfüllen!

Ein paar weitere Maßnahmen wurden ergriffen, man hat sich bemüht die Ausgaben zu senken, aber wirklich grundlegende Entscheidungen sind ausgeblieben. Solche Entscheidungen, wo es nicht nur darum geht keine Markenklamotten mehr zu kaufen und mehr Sonderangebote zu nutzen, die fallen Familien schwer und Städten und damit Gemeinderäten geht es nicht anders. Umzug vom Häuschen in die Zweizimmerwohnung oder Verkauf des Porsches und umsteigen auf Bus und Bahn, den Kindern erklären, dass sie nicht sooft ins Kino können wie andere Kinder – das tut echt weh!

Doch genau an den Punkt kommen wir langsam in unserer Stadt. Deshalb sind Grundsatzentscheidungen so wichtig. An der finanziellen Vereinsförderung zu drehen, bringt ein paar Tausend Euro – Hallen zu schließen und für die Benutzung der übrigen Geld zu verlangen – das wäre eine strukturelle Änderung. Da fängt es an weh zu tun und da ist Ehrlichkeit und Konsequenz erforderlich! Der Vater kann seinem Kind nicht sagen, dass es wegen Geldmangels nicht mit ins Landschulheim darf, wenn er sich weiterhin die Mitgliedschaft im Golfclub leistet! Ein Gemeinderat kann seinen Bürgern nicht erklären, dass er Hallen schließt und pro Trainingsstunde 10 Euro will, wenn gleichzeitig Geld für blaue Leuchtstreifen da ist.

Die Einsicht in die Notwendigkeit so schmerzhafter Einschnitte ist noch nicht bei allen gereift. Häufig regiert noch das Prinzip Hoffnung. Da empfindet es der Rat mittlerweile schon als Verbesserung der Haushaltlage, wenn das Ergebnis nur halb so schlecht wie erwartet ist. Diese weniger schlimme Verschlimmerung der Haushaltslage in den vergangenen Jahren wurde einmal dadurch erreicht, dass 2004 das Finanzamt zufällig die richtigen Betriebe überprüft hat – so kam es zu außerordentlichen Nachzahlungen in Höhe von 9 Millionen Euro. Sie dürfen selbst überlegen, wie groß die Zahl der Betriebe in Ettlingen ist, bei denen Nachzahlungen überhaupt eine Größenordnung von 5 bis 10 Millionen Euro ergeben können. Da erscheint es nicht sehr wahrscheinlich, dass das für jedes Jahr zu erwarten ist – und genau diese Einschätzung betont unserer Kämmerer, Herr Becker, immer wieder. Er, der sich sicher am besten auskennt, warnt uns ununterbrochen davor so weiter zu machen wie bisher – und bittet uns händeringend, uns endlich den Realitäten zu stellen. Doch soweit sind noch lange nicht alle. Außer auf den Betriebsprüfungen in 2004 beruht die so genannte „Verbesserung“ der Haushaltslage auch darauf, dass lang geplante Projekte auf unbestimmte Zeit verschoben werden – die Feuerwehr ist das bekannteste Beispiel.

Es wird uns nichts nützen, die laufenden Kosten so weit zu senken, dass wir nicht mehr in den Vermögenshaushalt greifen müssen, um sie bezahlen zu können, sondern sie müssen soweit sinken, dass wir auch wieder Luft haben zu investieren – ohne weitere Kreditaufnahme. Und wir müssen entscheiden, welche der verschobenen Maßnahmen verändert oder ganz gestrichen werden – auch dort muss Wunschdenken endlich durch realistische Planung ersetzt werden.

Doch statt in solch strukturelle Dimensionen zu denken, hat sich der Rat in Pauschalkürzungen geflüchtet. Der Verwaltungsausschuss wollte besonders schlau sein und hat dafür gesorgt, dass die Verwaltung 10% der bereits eingestellten Bauunterhaltungskosten streichen musste. Der Schuss ging allerdings nach hinten los, denn in der Folge ließ die Verwaltung alle Sparanträge zu konkreten Einzelmaßnahmen ins Leere laufen, mit dem Argument, wir hätten doch schon pauschal gekürzt, jetzt könne man nicht noch mal zusätzlich kürzen. Das Ergebnis der zehnprozentigen Kürzung durch die Verwaltung ist: Fast die Hälfte der Kürzungen treffen die Unterhaltung der Schulen (von 317.000 € werden 154.000 € an Schulen gespart). Allein an der Pestalozzischule wurden 43% der vorgesehenen Maßnahmen gestrichen – d. h. Reparaturen für 90.000 € werden nicht durchgeführt. Interessanter Weise hat die Verwaltung an der

Unterhaltung der Verwaltungsgebäude keinen einzigen Cent eingespart. Hier hat sich der VA selbst ins Knie geschossen, da er durch seine Pauschalierung keine Schwerpunktsetzung mehr vornehmen konnte – ich hoffe, wir alle merken uns das fürs nächste Jahr.

Verschiebt man Reparaturen bei Gebäuden, so spart man nicht wirklich – das Gegenteil ist der Fall. Besonders, wenn man so alte Gebäude hat wie die Stadt Ettlingen, wo immer mehr Reparaturen anfallen. Jeder Hausbesitzer weiß, dass es billiger kommt, etwas gleich zu reparieren, als es auf die lange Bank zu schieben. Am Ende wird der Schaden größer und die Reparatur kommt deutlich teurer.

Eine strukturelle Änderung wäre gewesen, wenn wir beispielsweise entschieden hätten, einzelne Reparaturen gänzlich zu streichen, da wir das Gebäude bei nächster Gelegenheit schließen oder verkaufen. Dazu hätten wir aber auch gleich entscheiden müssen, von welchen Gebäuden (Hallen, Lehrschwimmbecken, …) wir uns trennen. Einer der gefürchteten Schritte! Unserer Ansicht nach muss bei diesen Schritten die Stadt die Vorreiterrolle spielen. Die Verwaltung ist die neutrale Instanz, um die Notwendigkeit solcher Maßnahmen aufzuzeigen. Sie hat das Fachwissen und den Überblick und sie muss den Anstoß geben - ob dann die Einsicht und der Mut zu unangenehmen Entscheidungen bei allen Gemeinderäten vorhanden sind oder ob sich manche bei entsprechender Lobbyarbeit wie das Fähnchen im Wind verhalten, bleibt abzuwarten. Trotzdem muss die Verwaltung die Verantwortung dafür übernehmen, dass dieser Prozess endlich in Gang kommt – was bisher geschah, ist eindeutig zu wenig!

Strukturelle Änderungen bedeuten auch, dafür zu sorgen, dass in Bereichen, die laufende Kosten verursachen, Einsparungen erzielt werden. Investitionen an Gebäuden sollten daher so durchgeführt werden, dass langfristig die Energiekosten gesenkt werden. Für uns nach wie vor unverständlich, warum das Eichendorff für 150.000 € angestrichen wurde, ohne vorher die Gebäudehülle zu dämmen und das bei Heizkosten von rund 63.000 € pro Jahr.

Auch beim Personal wollte der Rat pauschal statt differenziert kürzen. Die meisten Personen sind Beamte oder nach BAT landläufig als „unkündbar“ eingestellt. Personalabbau funktioniert daher nur langfristig, durch Wegzug oder Pensionierung. Will man hier kurzfristig sparen, so bietet sich in Ettlingen nur ein Bereich an, bei dem sofort Einsparungen wirksam werden würden, das ist der Bereich Schlossfestspiele. Da könnte man im September von heute auf morgen den Schlüssel rumdrehen, und würde tatsächlich sofortige Einspareffekte haben, auch ohne Kündigungen aussprechen zu müssen. In allen anderen Bereichen ist das schwieriger. Möglich wäre etwas Ähnliches noch bei der Volkshochschule (VHS), da dort die Honorarkräfte auch keine dauerhaften Verträge haben. Allerdings ist dort der Kostendeckungsgrad erfreulich hoch und durch das Gebäude und die fest angestellten Mitarbeiter, hätte man weiterhin einen ganzen Batzen Kosten.

Andere Städte sparen bei der Musikschule. Unsere Musikschule hat die Besonderheit, dass sie praktisch nur BAT Kräfte hat (39 Stellen), hier müsste man gleich das gesamte Aufgabengebiet wegfallen lassen (also die Musikschule schließen), um diese Personen entlassen zu können, aber natürlich ist das eine besonders schwerwiegende Entscheidung und wäre eine echte Notlösung.

In den Haushaltsberatungen haben die Gemeinderäte aber nicht in solchen Strukturen gedacht, sondern der Verwaltung gesagt, sie solle am Ende des Jahres 1,5 Stellen abgebaut haben. Pikanterweise lehnt die CDU gleichzeitig Einsparungen im Bereich des Gemeinderates und der Ortsvorsteher ab, obwohl auch diese Personalkosten verursachen. Die CDU fordert also Personalabbau und nimmt sich selbst davon aus – nicht gerade die feine englische Art. Wir hatten zu diesem Thema, wie schon letztes Jahr, die weitestgehenden Anträge gestellt. Da so differenzierte Kürzungen nicht mehrheitsfähig sind, schließen wir uns jetzt aber den Anträgen von SPD und FE an, die eine Kürzung bei Fraktionsgeldern, Ortsvorstehern und Gemeinderäten von pauschalen 10% fordern.

Natürlich darf man bei allem Sparbemühen den Blick in die Zukunft nicht vergessen! Wenn die Familie heute schon weiß, dass die Mutter schwanger ist, dann macht es keinen Sinn den Kinderwagen zu verkaufen, um an Geld zu kommen und wenn es das erste Kind ist, dann kommt man nicht daran vorbei, demnächst einen zu kaufen! - Ähnliche Regeln des gesunden Menschenverstandes gelten auch für Städte.

Strukturelle Änderungen durch Formulierung eines Ziels und vorausschauende Planung wären besonders bei der räumlichen Unterbringung der Verwaltung nötig. Für das Rote Rathaus zahlen wir rund 280.000 € Miete pro Jahr und das bis 2015, bei jährlich vertraglich festgelegten Steigerungen. In 20 Jahren sind das rund 5 ½ Millionen Euro – elf Millionen D-Mark Miete! Hätte der alte Rat weiter in die Zukunft geschaut, dann wäre ihm aufgefallen, dass bei solch einem Mietvertrag nur einer ein Geschäft macht und das ist nicht die Stadt Ettlingen. Durch diese Entscheidung sind uns zurzeit die Hände gebunden – und gerade deshalb müssen wir bereits heute entscheiden, wie es 2015 weiter geht. Für uns steht fest, dass wir diesen Mietvertrag auf gar keinen Fall verlängern wollen. Manche Fehler sollte man wirklich nur einmal machen. Deshalb brauchen wir ein Raumkonzept für 2015 ohne die Albarkarden. In dieses müssen verschiedene Überlegungen einfließen:

- Wollen wir die dezentrale oder zentrale Unterbringung der Verwaltung?
- Wohin entwickelt sich der Mitarbeiterbestand?
- Wie viel Platz ist in den alten Verwaltungsgebäuden?
- Welche Gebäude könnten wir alternativ nutzen, selbst wenn wir sie erst noch kaufen müssten (Schloss, VHS, Finanzamt, Breuninger, Sparkasse)?
- Werden wegen der demographischen Entwicklung Gebäude frei (z. B. eine Schule)? Könnte die Verwaltung diese dann nutzen?
- Was kostet es, die alten Gebäude an die neue Nutzung anzupassen?
- Alternativ muss auch geklärt werden, ob es nicht günstiger wäre einen modernen Verwaltungsneubau hochzuziehen, incl. Tiefgarage (z. B. auf dem Feuerwehrgelände) als die vielen Altbauten mühsam an die modernen Bedingungen des Energie- und Arbeitschutzes, der Behindertenfreundlichkeit oder auch der Datenverkabelung anzupassen (und das bei laufendem Betrieb).

Nach der Abwägung der Antworten auf diese Fragen muss schnellstens eine Grundsatzentscheidung her, damit die folgenden Haushalte sinnvoll gestaltet werden können. Falls die Schlussfolgerung, die sein sollte, einen Neubau zu errichten, dann machen einige der im Haushalt vorgesehenen Planungsraten und Verpflichtungsermächtigungen keinen Sinn und auch die Schlossneukonzeption würde anders aussehen, wenn das Archiv und die Stadtinfo mit dem Auto gut erreichbar im Neubau untergebracht wären. Zurzeit erleben wir, wie völlig ziellos Räume renoviert und Ämter umgezogen werden und keiner weiß, wohin das führen soll. 50.000 € für die Renovierung des Ratszimmers, ist das wirklich nötig? Warum braucht Frau Büssemaker jetzt schon eine Planungsrate von 5.000 €, nur um zu überlegen, wohin sie die Hausdruckerei umziehen lassen könnte? Übrigens – eine Planungsrate nach HOAI (Honorarordnung für Architekten und Ingenieure) wird mit 3% der Gesamtkosten angesetzt - demnach zieht der Umzug der Hausdruckerei Kosten von 130.000 € nach sich – was beschließen wir da eigentlich? Unsere größte Sorge ist, dass bei all diesem Aktionismus letztlich im Chaos Tatsachen geschaffen werden, die in ein oder zwei Jahren verhindern, dass wir eine zukunftsfähige Lösung finden. Womöglich müssen wir dann in bestimmten Räumlichkeiten bleiben, weil wir aus Versehen schon so viel investiert haben, dass sich Schließung und Verkauf nicht lohnen oder weil wir unseren Mietern zu langfristige Mietverträge gegeben haben, so dass wir für uns selbst nicht genug Fläche haben. Natürlich ist der Anspruch hier und heute für die Zukunft zu planen hoch. Sicher bieten auch die besten Prognosen Fehlermöglichkeiten, es aber als „Rumgefuchtel in der Zukunft“ zu bezeichnen, und zu betonen, dass wir im Hier und Jetzt leben, wie Herr Lorch es tut, zeigt, dass einige Stadträte es mit ihrer Verantwortung nicht so genau nehmen. Gerade das ist es doch was ehrliches politisches Engagement vom Reiten persönlicher Steckenpferde unterscheidet! Nicht die Umsetzung von eigenen Vorlieben im Hier und Jetzt, sondern die Sorge um die Zukunft der Gesamtstadt, auch über die eigenen Legislaturperiode oder sogar die eigenen Lebenserwartung hinaus. Wir hoffen, dass es das letzte Mal

ist, das wir in einer Haushaltsrede auf diese Thematik so ausführlich eingehen müssen und beantragen, nochmals ausdrücklich und öffentlich, dass dem Gemeinderat im Laufe des Jahres 2006 ein Raumkonzept vorgelegt wird, in dem auch Aussagen über die Entwicklung bis 2015 stehen und das die Alternativen Neubau, Anmietung, Umnutzung und Sanierung gegeneinander abwägt.

Wir hoffen, dass der Rat dann auch weiß was er beschließt! Das klingt komisch, meinen Sie? Tja, wir Gemeinderäte sind immer wieder überrascht wohin unsere Beschlüsse führen. So haben wir in der Diskussion um die Umstrukturierung der Verwaltung zugestimmt, dass der Umweltbeauftragte Herr Bubel nicht mehr als eigene Stabstelle direkt der OB untergeordnet ist, sondern in das Planungsamt eingegliedert wird. Dass das gleichbedeutend mit der Auflösung der Stelle ist, hat keiner von uns gewusst. Dann hätten wir das so nicht beschlossen! Die Behauptung der OB, dass es zum Allgemeinwissen gehöre, dass die Eingliederung einer Stelle in ein Amt gleichbedeutend mit der Auflösung dieser Stelle ist und ihre Vorwärtsverteidigung, sie könne doch nicht wissen was für Defizite wir haben - können wir nicht gelten lassen. Hier sieht man, dass Frau Büssemaker den Rat gerne mal im Unklaren über ihre Zielsetzungen lässt und sich keine Mühe gibt, dem offensichtlichen Wunsch des Gemeinderates Folge zu leisten. Unter diesen Bedingungen fällt es schwer, Vorgaben zu machen.

Wir sind der Ansicht, dass Ettlingen weiterhin einen Umweltbeauftragten braucht, der als zentraler Ansprechpartner der Verwaltung für Agenda- und andere Gruppen sowie für Gemeinderäte fungiert. Seine Kernaufgabe ist die Koordination von Netzwerken, die Unterstützung von Projekten der Agenda - Gruppen und das Umsetzen umweltrelevanter Aufträge aus dem Gemeinderat, wie beispielsweise das Formulieren der Förderrichtlinien für Wärmepumpen oder des Agenda Berichts.

Diese Kernaufgabe hat Herr Bubel in der Vergangenheit wunderbar ausgefüllt, er kennt alle Projektbeteiligen und hat umfangreiche Kontakte. Daher sollte er als Amtsleiter des neu geschaffenen Amts für Bildung auch weiterhin die Funktion des Umweltbeauftragten bekleiden. Mit diesem Wunsch stehen wir nicht alleine, wir hoffen, dass die Verwaltung ihn umsetzt. Bis jetzt habe ich hauptsächlich die großen und schweren Entscheidungen angesprochen – wo Einspareffekte erst mittel -bis langfristig spürbar werden. Sparen ginge aber auch sofort. Leider hat der Rat die kurzfristig zu realisierende Einsparmöglichkeiten auch nicht ausgeschöpft. Wir haben in den Haushaltsberatungen den Eindruck gewonnen: Uns geht’s immer noch zu gut! Leider heißt die mehrheitliche Parole nach wie vor: Bloß kein Verzicht auf Luxus- und Prestigeobjekte!

Für uns bedeuten strukturelle Änderungen auch, dass wir uns auf Wesentliches besinnen – auf das was die Ettlinger Bürger tatsächlich brauchen, eine bürgerfreundliche und soziale Stadt, die nachhaltig wirtschaftet und ihre Werte auch für kommende Generationen bewahrt. Luxus- und Prestigeobjekte, die hauptsächlich nach außen wirken, brauchen wir in Ettlingen nicht!

Frau Büssemaker sieht das ganz anders. Unter ihrer Führung wurde Stadtmarketing, Öffentlichkeitsarbeit und Werbung völlig aufgebläht: Die Ausgaben stiegen von rund 520.000 € in 2003 auf mehr als das Doppelte, nämlich 1,1 Millionen in diesem Haushalt. Auch personell ist der Bereich mittlerweile überdurchschnittlich gut ausgestattet, 5 Stellen incl. Azubi und das ohne die Öffentlichkeitsabteilung und die OB selbst, die die bestbezahlteste Mitarbeiterin in diesem Bereich ist. Da fällt der Mitarbeiterpool aus dem Überstunden für Messetandpersonal und sonstige Aktionen bezahlt werden, kaum noch ins Gewicht. Wir meinen, diese Schwerpunktsetzung ist falsch.

Auch andere Fraktionen sahen hier Einsparpotential, haben aber die eigenen Kürzungsvorschläge zum größten Teil leider wieder zurückgenommen. Nur 31.000 € von 1,1 Millionen wurden gespart, mehr hat man sich nicht getraut beim Lieblingsspielzeug der OB zu kürzen. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass wir hier locker weitere 100.000 € einsparen könnten, ohne auch nur eine einzige Leistung für die Ettlinger Bürger einzuschränken. Deshalb beantra-

gen wir eine Kürzung im Bereich Stadtmarketing, Öffentlichkeitsarbeit und Werbung von 100.000 € in den Unterabschnitten 7900 und 7920.

Auch im Bereich Kultur kann man kürzen ohne die Masse der Ettlinger Bürger zu belasten oder einzuschränken. Die Stadt Ettlingen verausgabt 4,7 Mio. € im Jahr für Kunst und Kulturpflege. Kulturpflege ist damit der drittgrößte (!) Zuschuss-Posten im Verwaltungshaushalt. Im Unterschied zu anderen Bereichen ist Kulturpflege aber keine städtische Pflichtaufgabe und bietet somit vernünftigerweise Ansätze für Einsparmöglichkeiten.

Aber fürs Sparen sind unsere Kulturliebhaber, wortgewaltig vertreten durch Herrn Lorch, nicht empfänglich: Voller Pathos sieht er Leuchtfeuer der Ettlinger Kultur weit in die Bundesrepublik hinausstrahlen - frei nach Nero: Brenne, Ettlingen brenne! Oh - Entschuldigung, ich meinte natürlich: Leuchte Ettlingen, leuchte!

Dass in diesen Leuchtfeuern unser aller Geld verbrennt, tangiert ihn weniger. Während im Museum, der Musikschule, der Volkshochschule und der Schloss- und Hallenvermietung nur durch langfristig angelegte Veränderungen Einsparungen zu erzielen sind, gibt es drei Sofortmaßnahmen die bereits in diesem und nächstem Jahr wirksam werden könnten.

Die Schlossfestspiele machen mit ihrem Zuschussbedarf von ca. 650.000 € einen gewaltigen Batzen am Gesamtetat aus. Wir sind der Meinung dass der städtische Zuschuss künftig auf mindestens die Hälfte dieses Betrages eingeschmolzen werden sollte und sich Verwaltung und Gemeinderat um eine Konzeption bemühen müssen, die diese Größenordnung ermöglicht. Die Entwicklung eines Konzeptes, das auch ohne die Beauftragung eines Intendanten auskommt und ein Sommerprogramm für 150.000 € bietet, würde uns weitere Gelder sparen lassen und noch genug leuchten.

Die Schubertiade wurde vor drei Jahren noch mit 5.000 € bezuschusst. Dieser Zuschuss wurde kontinuierlich hochgefahren, zuletzt 2005 auf Antrag der SPD bis auf 20.000,- €. Dieses Jahr wurde er auf unseren Antrag hin gekürzt, leider nur um 5.000,- € auf. 15.000,- €. Die Schubertiade spricht einen exklusiven Liebhaberkreis von ungefähr 500 Personen an. Dieses Leuchtfeuer kostet uns ca. 40 € pro Besucher.

Sicher - das ist eine hochkarätige Veranstaltung der Liederszene, die in Deutschland ihres Gleichen sucht! Aber würde eine Punkband, die als beste ihrer Szene gilt, in Ettlingen ebenfalls diese Art der Förderung erhalten? Wohl kaum – selbst wenn Sie Bittbriefe auf edlem Briefpapier und CDs an die Gemeinderäte verschickten würde, wie der private Veranstalter der Schubertiade es tut.

Wir finden es grotesk, dass die Stadt Ettlingen mit ihren Zuschüssen auch noch die Lobbyarbeit finanziert, die dafür sorgen soll, dass der Zuschussquelle nicht versiegt - wenn es nach uns ginge, würde die Stadt den ganzen Zuschuss sparen.

Die Durchführung des Klavierwettbewerbes kostet die Stadt Ettlingen 70.000 €. Darin enthalten sind 20.000 € Preisgeld und 13.000 € Präsentations- und Reisekosten für Teilnehmer. Grundsätzlich sehen wir die Stadt nicht in der Pflicht, Klavierwettbewerbe durchzuführen. Wir sind der Ansicht, der Klavierwettbewerb sollte über Sponsoren finanziert werden oder nicht stattfinden.

Außer vielen Leuchtfeuern der Kultur haben wir gut versteckt im Einzelplan öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing noch ein weiteres hübsches Blendwerk nach außen: Das Lichtkonzept! Bereits angestrahlt werden: Die Stadtmauer und der Lauerturm, die Martinskirche, das Rathaus, das FOMtürmchen und der Bismarckturm – nicht zu vergessen die blauen Streifen.

Aber das soll noch lange nicht alles sein. Vor kurzem erhielten wir von Verwaltungsseite einen bunten 90seitigen Masterplan, der vermutlich ebenfalls ein kleines Vermögen gekostet hat, mit vielen weiteren Ideen.

Für dieses Jahr geplant sind die Beleuchtung der Schillerschule und die Umsetzung der Albreflexionen. Dabei sollen Lichter in die Albmauer eingebracht werden, die dann Wellen auf die gegenüberliegenden Hauswände werfen – eine Spielerei, über die man sich ähnlich streiten kann wie über die blauen Streifen – Geschmack hin oder her - den Bürgern bringt es nichts. Wir wären für die sofortige Einstellung dieser Maßnahme und die Streichung der Gelder.

Würde der Gemeinderat nur in diesen fünf Punkten unseren Sparideen folgen, ließen sich ungefähr 500.000 € pro Jahr einsparen! Aber der Rat verhält sich, wie wenn sich unsere Beispiel-Familie einen Besuch beim Schönheitschirurgen leistet, während sie die Vorsorgeuntersuchungen aus Kostengründen ausfallen lässt.

Auch bei den Anträgen anderer Fraktionen wurde das Bemühen sichtbar, im Bereich Kultur zu sparen, allerdings mangelte es an der zusammenhängenden Betrachtung.

Da soll der Eintritt ins Museum auf einmal was kosten, aber gleichzeitig wird dem Museum der Etat für Ausstellungen gekürzt. Die Besucher sollen also für weniger Leistung mehr bezahlen – sehr logisch! Aber die Konzeptlosigkeit kennen wir ja schon von vielen anderen Stellen. Geld sparen könnte man auch, wenn wir endlich aufhören würden nur Leistungen und Ideen von Außerhalb anzuerkennen. In Ettlingen gilt: Der Prophet im eigenen Land ist nichts wert!

Wir sehen das ganz anders: Unsere Verwaltungsmitarbeiter sind durchaus fähig. Ihnen sollte auch von der Rathausspitze und vom Rat mehr zugetraut werden. Warum muss die Neukonzeption des Schlosses an ein Planungsbüro vergeben werden, warum kann das Raumkonzept der Verwaltung nicht durch eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe ausgearbeitet werden? Da kommen dann durch Frau OB so Argumente wie: „Die können das nicht!“

Dem halten wir entgegen: Die Planung für das Stephanusstift war auch lange nach außen vergeben und nichts hat funktioniert. Erst durch die geniale Planung von Herrn Neu aus unserer Verwaltung konnte die Förderfähigkeit erreicht werden.

Oder Frau Büssemaker sagt, dann würde es so lange dauern, unsere Verwaltung wäre nicht schnell genug, da schon so eingespannt. Auch hier ist gleich ein Gegenbeispiel gefunden: 2004 hat Herr Müller gezeigt, dass er innerhalb weniger Tage eine baureife Planung für einen Glaswürfel-Tiefgaragenabgang vorlegen konnte – ganz ohne, dass ihn der Gemeinderat darum gebeten hätte. Man sieht also: Wenn’s der Verwaltungsspitze wichtig ist, sind offenbar Kapazitäten da.

Auch in Bezug auf Leitbildentwicklung oder bei der Vermarktung des Baugebietes im Sang gibt es Ettlinger Ressourcen. Man muss nicht alles nach außen vergeben. Würden wir die Erledigung der Arbeit nur in diesen vier Punkten: Schloss, Raumkonzept, Sang und Leitbild selbst organisieren, könnten weitere Gelder in Höhen von 250.000 € eingespart werden.

Zum Schluss will ich natürlich auch noch sagen, wo wir nicht sparen wollen: Bei den Familien und den Kindern. Das sagt natürlich jeder und auch im Gemeinderat wird manchmal große Politik gemacht – da wir die Sacharbeit dann immer mal wieder durch Wahlkämpfe und Effekthascherei gestört.

Effekthascherei – nichts anderes ist der Antrag den beiden großen Fraktionen zur Einrichtung von kostenlosen Kindergartenplätzen. Wann genau ist es jetzt kostenlos? Müssen die Kinder nun gleichzeitig in den Kiga gehen? Auf welche Kiga-Plätze bezieht sich der Antrag – nur auf Regelplätze? Die sind in der Minderheit! Müssen Eltern die einen Ganztagsplatz oder einen der vielen Plätze mit verlängerten Öffnungszeiten brauchen, dann den Platz voll bezahlen oder nur die Differenz zum Regelplatz? Diese und tausende weiter Fragen sind nicht durchdacht, Hauptsache, die Fraktionen können einen geschätzten Betrag nennen, den sie zusätzlich für Kinder ausgeben.

Darauf läuft es nämlich raus: Die CDU, genauso wie der orange-gelb FDP-Landtagskandidat Deckers, jeder will seinen Wählern verkaufen: Ich geb' Geld für Kinder aus!

In unserem Sinne wäre es, den gesamten Haushalt so umzustrukturieren, dass klar wird: In Ettlingen genießen Familien mit Kindern die höchste Priorität. Nicht unüberlegte Einzelaktionen – sondern sorgsam durchdachte Konzepte, die dafür sorgen, dass sich Familien mit kleinen und großen Kindern in Ettlingen gut aufgehoben fühlen. Stattdessen haben diese ach so kinderfreundlichen Fraktionen die Haushaltsansätze für den Mensabetrieb im AMG, der Anne-Frank-Realschule und im Eichendorff gestrichen, da an dieser Stelle plötzlich 10.500 € zu viel Geld für die Kinder war.

Wir haben schon letztes Jahr beantragt, dass die Stadt Verantwortung für die Mensen übernimmt und für eventuell entstehende Defizite geradesteht. Selbstverständlich muss sich der Mensabetrieb langfristig selber tragen, aber in der Übergangsphase muss die Stadt eben ein bißchen finanziell unterstützen. Schön, dass die CDU heute ihren Fehler erkannt hat und nun doch die Ausgabe tätigen will. Wir beantragen die Wiedereinstellung von je 3.500 € für die Mensa im AMG, dem Eichendorff-Gymnasium und der Anne-Frank-Realschule. Allerdings sollte am Eichendorff, wenn die Auslastung weiterhin so schlecht bleibt, die Mensa ab dem nächsten Schuljahr geschlossen werden.

Wenn man Prinzipien hat und diese im Haushalt umsetzt, wenn man den Leuten sagt, wo man viel sparen will, weil man es für überflüssig hält, wo man umschichten will, damit für anderes mehr Geld bleibt und wenn man aufzeigt, dass alle sparen müssen und nicht immer dieselben bevorzugt werden, dann traut man sich auch zu sagen, dass man nicht für den geplanten Umbau des Kindergartensaals in Spessart ist. Wir halten die Planung für verfehlt. Das Konstrukt aus Abhängigkeiten zwischen Stadt-Kirche und Vereinen ist hoch kompliziert, der Bau zu luxuriös und das Umfeld wenig passend. Außerdem halten wir es für falsch von Hallenschließung zu reden und gleichzeitig an dieser Stelle die nächsten Begehrlichkeiten zu bedienen. Auch das kann man unter Wahlgeschenk abbuchen – im Haushalt stehen Verpflichtungsermächtigungen (die Feuerwehr weiß ein Lied davon zu singen, welche Aussagekraft das hat!) – passieren wird dieses Jahr eh nichts. Nächstes Jahr ist keine Wahl, mal schauen, was dann im Haushalt steht.

Zusammenfassend lässt sich sagen:

Ja, wir sind erschreckend konsequent und schmerzhaft ehrlich. Wir sehen die Dinge in ihren Zusammenhängen und wollen deshalb den Haushalt so aufstellen, dass Schwerpunkte für die Ettlinger gesetzt werden und nicht für die High Society aus der Umgebung. Der Rat bemüht sich die Probleme anzugehen. Leider schlägt er manchmal noch den falschen Weg ein, z. B. mit Pauschalkürzungen. Aber wer will das uns ehrenamtlich tätigen Laien verdenken, leistet doch auch die gut bezahlte und hauptberuflich tätige Verwaltungsspitze keine Vorarbeit! Doch ich sehe den Rat auch in der Verantwortung hier Druck zu machen. Sollte es am Ende der Wahlperiode heißen: „Er war stets bemüht …" so wäre das ein vernichtendes Zeugnis für unsere Arbeit. Wie andere Berufsgruppen, sollten wir uns an unseren Lösungen und Erfolgen messen und uns nicht mit dem Bemühen um ebensolche zufrieden geben.

Wir hoffen, dass wir in diesem Jahr einen oder zwei der genannten Bereiche gründlich durchforsten und Lösungen finden. Das schaffen wir nur, wenn die Verwaltung in guten Vorlagen die Karten auf den Tisch legt und uns vor Alternativen stellt, die dann auch wirklich im Gemeinderat abgestimmt und verabschiedet werden. Nicht tausend Themen in Klausursitzungen andiskutieren, Stimmungsbilder einholen und letztlich …. passiert nichts. Wir dürfen uns nicht auf 10 Baustellen verzetteln, sondern müssen endlich mal eine zu Ende bauen und dann erst die nächste anfangen. Da keine Strukturänderungen angestrebt werden und die Schwerpunkte auf dem Bereich Marketing und Kultur liegen, können wir den Haushalt nur ablehnen."

Haushaltsrede Stadtrat Künzel:

„Wir sind auf dem richtigen Weg! Hatte zum letztjährigen Haushalt noch manche Gruppierung eigenpolitische Findungsprobleme im Gemeinderat, sind wir doch zu diesem Haushalt ein ganzes Stück weiter. Keine Wähler-Dankeschön-Geschenke, sondern das Bewusstsein fürs Faktische im Haushalt war bei den Haushaltsberatungen angesagt.

Die Tatsache, dass die politischen Gruppierungen im Gemeinderat rund 200 Anträge, davon rund 95% Sparanträge, eingereicht hatten, spricht für sich. Wenn man auch gleich diese enorme Zahl qualifizieren muss. Ein wesentlicher Teil der Anträge zu den Haushaltsstellen war in der Sache identisch und unterschied sich nur im Absolutbetrag. Dies ist doch ein ganz wesentliches Vorzeichen für die künftige Ausrichtung. Der Gemeinderat hat der Verwaltung aufgezeigt, dass der Ansatz im Haushalt zwar guter Wille zeigt, aber trotzdem gespart werden kann. An dieser Stelle sei auch mal angemerkt: Die Verwaltung war kompromissbereit und wir fanden ab und zu gemeinsamen Konsens. Auch das spricht für die Zusammenarbeit.

Umso härter trifft es allerdings dann einen, wenn man nach einer erfolgreich geglaubten Reduzierung im Verwaltungshaushalt von rd. 500.000,- € durch eine so genannte moderate Erhöhung der Kreisumlage um 1% (sprich rd. 200.000,- €) eins auf den Deckel bekommt und unterm Strich doch nur 300.000,- € weniger Ausgaben bleiben. Sie sehen, nicht der Gemeinderat oder die Verwaltung entscheide über Top oder Flop. Auch wir sind Opfer der Bundes-, Landes- und zwangsläufig der Kreistagspolitik. Den letztgenannten müssen wir aber ein wenig in Schutz nehmen, denn er gibt auch nur weiter, was von oben kommt.

Alles soll nun besser werden - so die Versprechungen der neuen Bundesregierung. Die Kommunen entlastet, das Steuerrecht vereinfacht, Abbau der Arbeitslosigkeit durch Megaprogramme, Reduzierung der Transferleistungen, etc. Wir dürfen also gespannt sein, bis dass was man uns in Aussicht stellt auch Früchte trägt. Die Praxis lehrte uns bislang was anderes. Kommen wir nun aber wieder zurück zu unserem Hier und Jetzt!

Es wäre natürlich ein Einfaches gewesen von der Verwaltung eine Haushaltsvorlage präsentiert zu bekommen, in der eine Überdeckung im Verwaltungshaushalt mit gesunder Zuführung in den Vermögenshaushalt gestanden hätte. Unter der Voraussetzung, die Verwaltung hätte wirklich konkrete Einsparungen getroffen und eben nicht nur Vorschläge zur Diskussion eingebracht über die man punktuell schmunzeln kann. Und dann die Frage stellt, ob sie zur Konsolidierung des Haushalts einen wirklichen Beitrag leisten. Aber wir müssen auch so fair sein und eingestehen, dass wir auf Grund unserer Satzungen in bestimmten Bereichen für den jetzigen Haushalt eben nicht reagieren können. Hier haben wir nun mal nur die Alternative zur Weichenstellung für 2007.

Wir sind mit Blick auf das jetzige Zahlenwerk nicht glücklich, aber wir können damit zähneknirschend leben. Wir möchten daher noch mal auf folgende wesentliche Indikatoren bei den Einnahmen hinweisen.

Gegenüber der bisherigen zurückhaltenden Schätzung hat die Verwaltung bei den Steuereinnahmen ein Plus von 5 Millionen € in Aussicht gestellt. Dies resultiert letztendlich aus den bisherigen Ergebnissen der Steuernachzahlungen der letzten Jahre – den Finanzbehörden sei Dank! Es gibt allerdings für diese Einnahmequelle kein Abonnement. Wie gesagt: Die Verwaltung folgte in ihrem Ansatz hier dem politischen Druck.

Die finanzielle Dividende unserer stadteigenen Unternehmen geben für die Zukunft auch keinen Hoffnungsschimmer. Auch in diesen Unternehmen muss künftig mit spitzer Feder gerechnet werden. Dies lässt sich durch Lektüre der Wirtschaftspläne leicht feststellen.

In einzelnen kulturellen Einrichtungen haben wir, durch verschiedene Beschlüsse zu Gebührenerhöhungen im letzten Jahr, zu geringfügigen Anpassungen beigetragen. Allerdings fangen wir mit diesen notwendigen Anpassungen bei weitem nicht die galoppierenden Personal-, Un-

terhaltungs-, und Einrichtungskosten auf. Wir werden auch in Zukunft nicht umhinkommen Gebührenanpassungen vorzunehmen. Das bedeutet, wir brauchen grundsätzliche strukturelle Veränderungen.

Dass wir dabei gewissen Zwängen unterliegen möchte ich am Beispiel Personal kurz erläutern. Wir haben in den letzten Jahren zwischen 2002 und 2005 bei der Verwaltung im Personal 6% (sprich 28 Stellen) durch Fluktuation abgebaut. Die Personalkosten sind umgekehrt in dieser Zeit kontinuierlich um 11% gestiegen. Die Gründe können wir kaum beeinflussen. Wir müssen diese Entwicklung als gegeben hinnehmen.

Kompensieren lässt sich diese Entwicklung weder mit deutlichen Mehreinnahmen (woher?) noch mit radikalem Stellenabbau. Denn irgendjemand muss ja auch noch die Arbeit erledigen. Wir sehen hier nur die Möglichkeit der Effizienzsteigerung. Moderne Kommunikationsmittel, gute Aus- und Weiterbildung, konzentrierte Arbeitsplätze mit kurzen Wegen, Identifikation mit der Aufgabe, motivierte Mitarbeiter, Bündelung der Sachaufgaben sind Stellschrauben, an denen wir noch drehen können – da haben wir noch Potenzial! Mit der Strukturreform innerhalb der Verwaltungsdezernate sind im vergangenen Jahr erste Weichen gestellt worden. Nun gilt es diese zu verfeinern, umzusetzen und auszubauen.

In unseren Beratungen hat sich der Ausschuss dafür ausgesprochen auch weiterhin Personal im Rahmen der Fluktuation abzubauen. Wir tragen auch weiterhin den Stellenabbau mit. Allerdings und das wollen wir mal hier klarstellen, müssen sich unsere Kollegen auch ins Bewusstsein rücken, dass 33% unseres Verwaltungspersonals an so genannte „Freiwillige Leistungen“ gebunden sind. Also fangen wir an und stellen doch zuerst die Freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand – Sie rennen bei uns offene Türen ein! Wir haben ja hierzu schon konkrete Vorschläge gemacht.

Um nun die Lücke der Personaldispositionen zu schließen: Die Stelle des Umweltbeauftragten gibt es nicht mehr. Die Funktion mit ihrer Aufgabe ist im Planungsamt auf Wollen des Gemeinderats eingebunden worden. Diese Stelle und Funktion hatte bis zu diesem Zeitpunkt einen Namen „Herr Bubel“ (wir danken Ihnen für ihr Engagement und ihre gute Arbeit). Wir haben an anderer Stelle ein neues Amt (Bildungsamt) geschaffen und dieses Amt wird künftig von Herrn Bubel geführt. Auch das hat der Gemeinderat so gewollt. Und der Gemeinderat will ein Beibehalten der Stellenreduzierung.

Meine Damen und Herren, sind wir wirklich schon soweit, dass wir wissen was wir wollen? Oder sollen wir Herrn Bubel fragen, ob er nach getaner Arbeit am Tage sich über den Abend mit der Umwelt beschäftigt? In der Nacht könne er ja dann auf seinen Schlaf verzichten, da verpasst man sowieso das Wenigste. Also, auch hier sollten wir die Kirche im Dorf lassen.

Den Segen des Mammons, der vom Himmel fällt, kann uns niemand in Aussicht stellen und bei den größten Hauhaltsposten Personal und Umlagen sind uns die Hände gebunden.

Suchen wir weiter!

Beispiel stadteigene Immobilien:

Dem selbstumjubelnden Vorschlag der CDU- und FE-Kollegen beim Gebäudeunterhalt zu kürzen (die Kollegen haben da richtig hingelangt) lässt mir schon die Nackenhaare krausen. Jeder Häuslebesitzer, Wohneigentümer und Hausmeister Krause weiß, dass die kontinuierliche Pflege ihrer Immobilie, sie vor eigenem Schaden, unkalkulierbaren Folgekosten und Haftungsansprüchen Dritter bewahrt. Der heute gesparte Euro kostet in aller Regel im übernächsten Jahr zwei.

Dieser Haushaltstellensparansatz ist ungefähr so, wie wenn Sie im Oktober feststellen, dass ihre Sommerreifen gerade noch 2mm Profil haben und Sie sich sagen: „Wozu brauche ich Winterreifen“! Meine Damen und Herren, natürlich können die Damen und Herren der CDU

und FE ihr Auto über den Winter auch in der Garage stehen lassen! Wir sind nicht glücklich darüber, dass auf notwendige Unterhaltungsarbeiten an unseren Gebäuden verzichtet werden soll.

Ich möchte auch an dieser Stelle ein Beispiel bringen: Wir haben mit den Freien Wähler auf die Situation am Eichendorff-Gymnasium hingewiesen. Wir hätten eine konzertierte Aktion zur raumklimatischen Verbesserung am Gebäude bevorzugt, wenn wir auch dann auf den netten Anstrich hätten verzichten müssen. Ich weiß, dass Jubiläum der Schule rückt näher. Aber meine Damen und Herren, macht es wirklich Spaß zu feiern, wenn einem im Sommer die Schweißperlen auch ohne Bewegung die Stirn runter kullern? Ich meine, keiner von uns muss noch in die Schule gehen, aber mancher von uns hat Kinder, die in die dortige Schule gehen. Es ist schon spannend, wenn von den gleichen Personen im Rat über familien-, kinder- und jugendfreundliche Rahmenbedingungen gefaselt wird und gleichzeitig es dann zu Kürzungen am täglichen Aufenthaltsort kommen soll. Das hat Qualität!

Das „Unwort“ der letztjährigen Haushaltsverabschiedung war Strukturkommission. Keine andere Kommission wurde so mit Aufgaben aufgebläht wie diese. Und ich befürchte in diesem Jahr haben wir ein neues hinzu bekommen. Es heißt „Konzept“. Feuerwehrkonzept, Museumskonzept, Schlosskonzept, Gebäudenutzungskonzept etc. Und bis jetzt haben wir ja noch nicht mit unserem Leitbild angefangen. Denn dafür brauchen wir wahrscheinlich auch zuerst mal ein Konzept. Diese „Unwörter“ sind bei uns ein Synonym für die Aussage „Ich bin für Veränderungen und Reformen, aber bitte, lasst alles so, wie es ist.“

Bitte verstehen Sie mich nicht falsch. Aktivitäten und Aktionen müssen im Vorfeld gut bedacht sein. Zehn Minuten Arbeitsvorbereitung sind bekanntlich günstiger wie zwei Stunden Nachbearbeitung.

Aber uns wäre es lieber, wenn wir nicht über eine Vielzahl von Konzepten diskutieren, sondern konkrete Projekte angehen. Jedes Jahr zwei oder drei mit Volldampf. Diesen Vorschlag hatten wir bereits in einer ersten überfraktionellen Sitzung im Herbst 2004 schon mal angeführt. Wir wollten damals konkrete Projekte definieren und eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern des Gemeinderats und der Verwaltung bilden. Um wirklich Verwertbares für die künftigen Haushaltsberatungen vorweisen zu können, müssen wir uns einfach mal darauf einstellen ergebnisorientiert zu arbeiten.

Ich möchte nun noch auf einige einzelne Punkte zu sprechen kommen. Quasi als Ergänzung zu unseren Vorschlägen innerhalb der Beratungen und den flankierenden Beiträgen im Amtsblatt der letzten Wochen.

<u>Sportausschuss/ Sportanlagen</u>
Der Gemeinderat hat mit Beginn des letzten Jahres einen Sportausschuss nochmals ins Leben gerufen. Unser Stadtrat Winfried Schäfer hat sich dafür verbogen und eingesetzt. Er hat auf die Bedeutung des Sports in unserer Gesellschaft und für unsere Stadt hingewiesen. Wir hören von der Landesinitiative der beiden Turnverbände und des Kultusministeriums, der Vorreiterrolle der Stadt Ulm, etwas gegen die Bewegungsdefizite unserer Kinder zu unternehmen und Rahmenbedingungen zu schaffen. Der Ausschuss unserer Stadt hat letztes Jahr aber nicht getagt. Gut, vielleicht hat auch niemand Zeit gehabt.

Ich hatte mir von diesem Ausschuss versprochen, dass er sich mit den dringenden Fragen Schule/Sport/Soziales intensiv auseinandersetzt. Wir haben ein politisches Gremium, dass sich über Sportangebot und Einrichtung ein klares Bild macht, Weichen stellt und Aufgaben an die Verwaltung überträgt. Wer aber nicht tagt, kann auch keine Aufgaben delegieren. Ich hatte letztes Jahr schon auf unser Kleinod „Sportpark Baggerloch“ mit seinem Stadion hingewiesen. Dieses Jahr ist es uns gelungen, wenigsten mal einen Haushaltsansatz für eine Beleuchtungseinrichtung einzustellen. Wir jammern über dicke Kinder, gestresste Schüler aus dem G8, freizeitgeschwächten Ganztagesschüler und frustrierten Jugendbetreuer in den Vereinen. Unser Ministerpräsident will zusätzlich den Schulbeginn nach hinten verschieben.

Wir sind auf dem besten Weg die Nacht zum Tage zu machen. Aber zurzeit ohne Erleuchtung bzw. Licht!

Gerade im Sportpark erleben wir während der Freiluftsaison, sie beginnt bereits im März und endet im Oktober/November, dass ca. 500 Kinder und Jugendliche sowie 200 Erwachsene jede Woche ihrem Bewegungsmangel und der Dickleibigkeit entgegentreten. Bei diesen Zahlen sind noch nicht die unorganisierten Freizeitsportler und Schüler berücksichtigt, die das Areal ebenfalls frequentieren. Die Spitze der Verwaltung huldigte unlängst bei der Sportlerehrung dem Erfolg unserer Aktiven und nennt uns „Stadt der Kultur und des Sports“. Richtig, die rund 70 Sportvereine übernehmen diesen Part. Sind wir da nicht gefordert auch einen Beitrag zu leisten, die Rahmenbedingungen zu schaffen und Verantwortung zu übernehmen?

Wir kommen nicht umhin uns darauf einzustellen, dass der Zeitkorridor sich zunehmend auf die Abendstunden verlagert. Unser Angebot an beleuchtetem Sportgelände ist begrenzt und das Stadion schlummert vor sich hin. Unsere Kinder werden, wenn man sie nicht zum Sport führt und sie sich bewegen lässt, auch nicht glücklicher.

Ich hatte mir die Mühe gemacht, in den Annalen zu recherchieren und fand dankenswerterweise im Buch unseres BNN-Redakteurs Ullrich Krawutschke ein Satz unseres Ehrenbürgermeisters Erwin Vetter der da lautet:“... es wäre ohne den Gemeinderat der Stadt Ettlingen und dem Engagement der Ettlinger Sportvereine nie zur Realisierung diese modernen Sportzentrums gekommen“. Und der damaligen Sportminister und heutige DFB-Präsident Meyer-Vorfelder konnte sich von diesem gelungenen Projekt Vorort überzeugen. Ich denke, der heutige Gemeinderat nebst Verwaltung steht in der Pflicht, dieses Kleinod zu erhalten und wieder mit Leben zu füllen.

<u>Vereinsförderung</u>
Beispielhaft ist das Vereinsleben in Ettlingen und es wird mit seinen über 270 Organisationen auch überregional beachtet. Wir leisten uns aber auch einen erheblichen Luxus unsere Vereine mit Steuermitteln an Stellen zu unterstützen, wo berechtigt hinterfragt werden darf: „Muss das sein?“

Viele dieser Förderungen sind in unseren Satzungen und Richtlinien geregelt. Ein Werk, das über die Jahre gewachsen ist und einer inhaltlichen Überprüfung nach Anwendung, gesellschaftlichem Auftrag, demographischer Entwicklung und Finanzierbarkeit überprüft gehört. Es wäre vermessen gewesen, schon zur jetzigen Haushaltseinbringung hier Vorschläge von der Verwaltung einzufordern. Wir sehen in dieser Aufgabe, an Stelle künftiger Konzepte, ein konkretes Projekt (Nr.1), das in diesem Jahr angegangen werden muss.

Ich möchte an dieser Stelle anfügen, die FDP im Stadtverband hatte hierzu bereits im Sommer 2004 die Initiative ergriffen und einen Tagesausflug nach Mötzingen (Thema: ehrenamtliche Bürgerschaftshilfe) und Kornwestheim (Thema: Hallen- und Sportgeländemanagement in Hand der Vereine) unternommen. Die Resonanz bei den Ettlinger Vereinen war damals noch etwas verhalten. Die Themen haben aber an Aktualität nicht verloren. Wir sehen dies auch im Kontext mit den Deckungsgraden unserer Sporthallen. Wir sind daher gerne bereit hier noch mal anzusetzen - mit ihrer Unterstützung natürlich!

<u>Verwaltung Stadtteile</u>
Wie sie sich sicherlich erinnern, hatten wir zur letztjährigen Haushaltsverabschiedung zu diesem Thema bereits eine Aussage gemacht. Es freut uns umso mehr, dass unsere Verwaltung das Thema zunehmend aufgreift und es Bestandteil der Rede unserer Oberbürgermeisterin zur Haushaltseinbringung war. In der damaligen Rede hob ich auf die Gemeindegebietsreform der 70er-Jahre ab und dass wir uns Reliktinstallationen leisten. Heute möchten wir mal ein wenig Vergangenheitsanalyse betreiben.

Wer im Saal kennt den Begriff „driu Unswilre“? Dieser Begriff stammt aus dem 13./14. Jahrhundert und steht für Bruchhausen, Ettlingenweier und Oberweier. Er bedeutet den damaligen

Zusammenschluss der Ansiedlungen und wurde im Zuge einer Straffung der Verwaltung durch das markgräfliche Haus zum Stab Weier eingerichtet. Er bestand mehr als 500 Jahre (nachzulesen in der Broschüre „Bürgerinformation Stadt Ettlingen“).

Niemand will die Auflösung von Stadtteilen, aber über eine Zusammenlegung und Straffung der Ortsverwaltungen darf heute wie vor 700 Jahren durchaus nachgedacht werden. Hier besteht ein Einsparpotenzial von rund 500.000,- € - das ist kein Pappenstil!

In diesem Zusammenhang möchten wir auch noch mal auf unseren Vorstoß bei den Beratungen zurückkommen, wo wir neben anderen Gruppierungen eine Reduzierung der Bezüge für die Ortsvorsteher vorschlugen.

Wir wollen keine Neiddiskussion, aber ist es wirklich in Ordnung, dass ein ehrenamtlicher Ortsvorsteher steuerfreie Bezüge als Aufwandsentschädigung erhält, die der Größenordnung eines Monatseinkommens für einen Arbeiter, der vielleicht einer Familie zu ernähren hat, entspricht?

Wir sollten uns ernsthaft Gedanken darüber machen, was wir den Bürgern noch zumuten können und was nicht. Wir schlagen daher vor, den vorgenannten Punkt zu einem konkreten Projekt (Nr. 2) in diesem Jahr zu machen!

Familienzentrum

Die Stadt Ettlingen hat die einmalige Chance mit diesem Modell landesweit neue Wege zu gehen und ein deutliches Zeichen zu setzen. In der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Tageselternverein und eff-eff können wir eine Einrichtung auf die Beine stellen, die beispielhaft für ehrenamtliches Engagement, Integration ausländischer Mitbürger, Zusammenführung der Generation und gesellschaftliches Leben mit Behinderten ist. Wir nehmen dazu ganz tagesaktuell, die internationale Diskussion um kulturelle Unterschiede auch in unserer Bürgerschaft wahr.

Wir brauchen daher auch eine Plattform, um kulturellen Vorbehalten entgegenzutreten und für ein funktionierendes Miteinander zu sorgen. Gesellschaftliche Integration sollte eine Maxime sein und gleichzeitig als Vorsorge dienen. Gerade Kinder und Jugendliche der 2, 3 Generation haben mancher Orts Probleme die wir nur gemeinsam lösen können.

Wir finden die Initiative, federführend durch unsere Bürgermeisterin Petzold-Schick geleitet, eine Selbstverständlichkeit, die es verdient auch politisch in diesem Gremium unterstützt zu werden (Projekt Nr. 3).

Bezahlbarer Wohnraum, bezahlbares Bauland

Unsere Oberbürgermeisterin hatte in ihrer Rede zur Einbringung des Haushalts 2006 gesagt: „...wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum und Bauland, insbesondere für junge Familien von außerhalb“. Sie bringt es damit auf den Punkt. Wir sind mit unserer Infrastruktur für Familien gut aufgestellt, es fehlt (sind wir mal ehrlich) an nichts. Und dennoch ist Ettlingen ein teures Pflaster, das sich nicht jeder leisten kann und will!

Wir hatten vielen jungen Familien in Aussicht gestellt, den Wohnraum in der Rheinlandkaserne günstig, sozusagen „jungfamilienfreundlich“, anzubieten. Das ein Großteil der Bauplätze von Bauträgern übernommen wurde und die Verkaufspreise der Eigenheimen einen kräftig schlucken ließen, haben mir eine Vielzahl von Bürgern gesagt – es bleibt dabei „Ettlingen ist teuer“! Auch wir haben nichts zu verschenken und unterstützen großzügig angemessen in gewerblichen Bereich. Aber nehmen wir das Beispiel Baugebiet „Sang“. Das gerade dort soviel Geld für die „Moderation“ ausgegeben wird ist unseres Erachtens das falsche Zeichen. Ich sag´ es noch mal „Ettlingen ist teuer“! Wir können nur hoffen, dass sich an dieser Stelle Besinnung einstellt.

Im letzten Jahr hatte ich versucht anhand einer maritimen Exkursion auf die Situation um uns herum bildhaft hinzuweisen. Ich möchte in diesem Jahr weder eine galaktische Odyssee herauf beschwören noch den langen Trek durch die Wüste gehen.

Uns liegt daran Sie für eine einfache aber intensive Wahrnehmung zu gewinnen. Wer an unserem diesjährigen Neujahrsempfang in der Buhl'schen Mühle teilnahm, erinnert sich sicherlich noch an meine Forderung nach einer Identifikation mit unserer Stadt. Wir können die Aufgaben von morgen und die Arbeit von heute nur dann erfolgreich leisten, wenn wir uns dahinter auch wieder finden. Wenn wir tatsächlich Ettlingen auch leben. Daher ist es wichtig ein Bewusstsein zu schaffen, für was wir uns letztendlich einsetzten - für uns als Ettlinger und vor allem für unsere Stadt Ettlingen.

Es war mir, in meiner Ansprache zum Neujahrsempfang, ein inneres Bedürfnis dieses Gefühl mit einem Leitspruch oder so genannten Identifikationsslogan zu umschreiben. Nach Slogans wie im letzten Jahr „Wir sind Papst" oder „Du bist Deutschland" war es für mich einfach nahe liegend zu sagen "Ich bin Ettlingen".

Umso erfreulicher war das jüngste Erlebnis, dass anlässlich des Geburtstagsjubiläums unserer Oberbürgermeisterin, unser Ehrenbürger Erwin Vetter spontan auf die Bühne sprang und in seinem Redebeitrag eindringlich das Wir-Gefühl für unserer Stadt einforderte und ebenfalls den Leitspruch annahm und nannte – an dieser Stelle mein Dankeschön!"

- - -

Oberbürgermeisterin Büssemaker erkundigt sich, ob der Gemeinderat damit einverstanden sei, die in der Haushaltsrede genannten Prüfaufträge in einer der nächsten Sitzungen des Gemeinderates nochmals zu stellen.

Der Gemeinderat erklärt sich hiermit einverstanden.

Oberbürgermeisterin Büssemaker verweist zu dem Antrag der Bündnis 90/Die Grünen auf das Verbot der Anpflanzung von gentechnisch verändertem Saatgut auf ein Schreiben von vor ca. einem Jahr. Der BUND habe nahezu den gleichen Antrag gestellt und sie verweise daher auf den zugegangenen Schriftverkehr.
Sie erklärt zu der Aussage von Stadträtin Lumpp, dass sie ihre Anträge im Verwaltungsausschuss lediglich begründen konnte, jedoch nicht die Anträge der anderen Fraktionen kommentieren durfte. Dass Frau Stadträtin Lumpp kein Rederecht in der Sitzung des Verwaltungsausschusses gehabt habe, sei durch die Gemeindeordnung und durch die Rechtsprechung so geregelt.
Sie wehrt sich gegen Aussagen in den Haushaltsreden, dass sie zu keiner Zeit den Gemeinderat über bestimmte Sachverhalte im Unklaren gelassen habe. Sie weist darauf hin, dass der Masterplan für das Lichtkonzept auf Wunsch des Gemeinderates nochmals an alle Mitglieder versandt wurde. Sie erklärt, dass sie auch den Vorwurf zurückweise, dass die Verwaltung keine gute Vorarbeit für die Vorlagen des Gemeinderates leiste. Sie weist den Gemeinderat darauf hin, dass die Bezüge der Ortsvorsteher nicht steuerfrei seien. Auch werde der Deutsche Rotweinpreis nicht von der Stadtverwaltung, sondern von VINUM verliehen, die Stadt sei hier nur Sponsor.
Sie erläutert weiter, dass die Begriffe E-Government und Outsourcing wohl verwechselt worden seien. E-Government bedeute, dass die Bürger sich über das Internet Formulare holen könnten, Outsourcing bedeute hingegen nicht, dass Mitarbeiter von zu Hause aus arbeiten könnten. Zu den Kürzungen im Bereich der Bauunterhaltung bzw. der Reparaturen erklärt sie, dass aufgeschoben nicht aufgehoben sei. Es könne auch mit immer weniger werdendem Personal nicht mehr geleistet werden. Bei der Bauunterhaltung sollten nicht zu viele Mittel gestrichen werden, da in der letzten Zeit genügend Szenarien wegen mangelnder Bauunterhaltung in der Presse zu lesen gewesen seien. Bezüglich der Verlagerung des Forstes erklärt sie, dass die Mittel hierfür gestrichen worden seien. Die entsprechenden Unterlagen für den Gemeinderat seien zugesandt worden.

Da in den Haushaltsreden des Öfteren die Stelle des „Umweltbeauftragten“ angesprochen wurde, nimmt sie hierzu wie folgt Stellung: Sie erklärt, dass dem Gemeinderat Organigramme vorgelegt worden sein und erläutert, dass die Aufgaben durch die Verlagerung der Stabstellen, z. B. Stabstelle „Umweltbeauftragter“ sowie Stabstelle „Stadtmarketing“ dadurch nicht wegfallen würden. Den Bereich „Stadtmarketing“ habe man lediglich dem Kultur- und Sportamt zugeordnet und die Aufgaben des Umweltbeauftragten seien dem Planungsamt zugewiesen worden.

Bezüglich der Stelle des Intendanten bzw. der Schlossfestspiele allgemein führt sie aus, dass es hierüber eine ausführliche nichtöffentliche Diskussion gegeben habe. Das Ergebnis sei gewesen, dass der Gemeinderat die Stelle des Intendanten neu besetzen wolle und hierfür in Kauf nehmen müsse, dass dieser auch eigene Stücke initiiere und nicht nur solche einkaufen würde.

Bei der angesprochenen Verwaltungsreform weist sie darauf hin, dass sie dies nicht alleine, sondern in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat entschieden habe. In der damaligen Vorlage sei auch erklärt worden, dass die Umsetzung innerhalb von zwei Jahren erfolgen werde. Zu den Ausführungen von Stadtrat Künzel zu dem Begriff „Konzepte“ erläutert sie, dass die Verwaltung nicht alle vom Gemeinderat geforderten Konzepte erstellen könne. So sei z. B. gefordert worden, dass ein Schulkonzept in Kooperation mit den Vereinen erstellt werde. Hier müsse berücksichtigt werden, dass es derzeit rund 280 Vereine gäbe. Ähnlich sei dies mit dem Raumkonzept, hier gebe es derzeit 42 Außenstellen. Im Stadtbauamt seien auch keine Museumsarchitekten vorhanden, die die Schlosskonzeption erarbeiten könnten, daher sei hier eine Fremdvergabe erforderlich. Sei plädiert an den Gemeinderat, dass die freiwilligen Aufgaben bzw. die Qualität der Pflichtaufgaben neu angegangen und überdacht werden müssten.

Sie stellt fest, dass ihr zur Kürzung der Aufwandsentschädigungen verschiedenen Anträge vorliegen würden. Der weitestgehende Antrag sei der der FE-Fraktion, die eine 10%-ige Einsparung bei den Aufwandsentschädigungen für die Gemeinderäte, die Ortsvorsteher, die Fraktionen und die Fraktionsvorsitzenden fordern. Sie bittet hier um Aussprache.

Stadtrat Foss zeigt sich unverständlich über den Antrag der FE-Fraktion, da diese im letzten Jahr dagegen gestimmt hätten. Er erkundigt sich nach der Auffassung der Verwaltung zu diesem Antrag.

Stadtrat Lorch erklärt, das die SPD-Fraktion diesen Antrag bereits seit vier Jahren stellen würden und in diesem Jahr die Aufwandsentschädigung für die Ortsvorsteher herausgenommen hätten.

Stadtrat Siess weist daraufhin, dass er für sich persönlich und nicht im Namen seiner Fraktion spreche und erklärt, dass die Aufwandsentschädigung bei ca. 300 € im Monat liegen würde und dass das weder zu viel noch zu wenig sei. Bei einer Kürzung von 10% würde der Betrag von 300 € auf 270 € im Monat sinken. Er stellt die Frage in den Raum, ob dies die Bevölkerung für sinnvoll halte. Außerdem müsse beachtet werden, dass es Leute gebe, die mit dem Geld rechnen würden.

Stadtrat Neumeister verweist auf den Artikel des Amtsblattes in der aktuellen Ausgabe und ist entsetzt darüber, wie in Ettlingen über die Aufwandsentschädigung diskutiert werde. Er sehe hierin eine Herabwürdigung seiner Arbeit. Es gehe ihm auch nicht um den Geldbetrag, sondern um die Art und Weise, wie über das Engagement der Ortsvorsteher geredet werde. Er wirft die Frage auf, ob es eventuell daran liege, dass alle Ortsvorsteher der CDU angehören würden und daher nochmals über die Kürzung abgestimmt werden solle. Derzeit käme es ihm vor, dass von der Arbeit der Ortsvorsteher nicht viel gehalten werden würde. Er weist auch darauf hin, dass die Ortsvorsteher in den Ortschaften die Vertretung der Oberbürgermeisterin vor Ort seien und die Oberbürgermeisterin diese daher achten sollte. Seiner Meinung nach würden hinter den Zahlen politische Ziele stehen.

Oberbürgermeisterin Büssemaker weist diesen Vorwurf zurück und erklärt, dass die Ortsvorsteher geachtet werden würden. Sie habe von ihrem Vorgänger eine Liste unerledigter Anträge, die so genannte Giftliste, übernommen, in der unter anderem vorgeschlagen werde, die hohen Aufwandsentschädigungen zu reduzieren. Diese betreffe jedoch alle Aufwandsentschädigungen.

Stadtrat Deckers erklärt, dass er den Presseartikel nicht kenne und es bestimmt kein politisches Ziel sei, die Ortsvorsteher zu deformieren. Die Situation des Haushaltes 2006 sei jedoch so prekär, dass Kürzungen bei allen Stellen vorgenommen werden müssten.

Stadträtin Nickel sieht es als ein positives Signal nach außen, wenn Kürzungen an eigener Stelle vorgenommen werden würden und so Zeichen gesetzt werden könnten. Sie sehe hierin keinerlei Bewertung der Arbeit. Des Weiteren finde sie den Stil und den Umgang der Diskussion sehr schlecht und appelliert an die Gemeinderäte, auf die sachliche Ebene zurückzukehren.

Stadtrat Worms gibt zu verstehen, dass der Gemeinderat bei den Kürzungen mit gutem Beispiel voran gehen solle.

Stadtrat Foss stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Sitzungsunterbrechung, da die Vorsitzende den Saal verlassen habe.

Bürgermeisterin Petzold-Schick stellt fest, dass es keinen Widerspruch zu dem Geschäftsordnungsantrag auf fünfminütige Pause gibt.

Nach der Sitzungsunterbrechung erkundigt sich Stadträtin Saebel, ob eine Kürzung der Aufwandsentschädigung im nächsten Jahr um 10% dann wieder beantragt werde. Sie spricht sich auch dafür aus, dass das ehrenamtliche Engagement gewürdigt werde. So seien z. B. die Vorbereitung der Haushaltsreden, die Sitzungen und Sondersitzungen sowie die Bearbeitung der Anfragen und Anregungen der Bürger sehr zeitaufwendig. Besser verdienende Fraktionen könnten die Kürzungen hinnehmen, es gebe jedoch auch Personen, die auf dieses Geld angewiesen seien. Zu dem Antrag der SPD-Fraktion, 5.000,- € für die Sanierung des Denkmales vor der Thiebauthschule zusätzlich einzustellen, erklärt sie Folgendes: Die SPD-Fraktion könne ihre Aufwandsentschädigung für diese Sanierung spenden. Sie weist auch darauf hin, dass die Oberbürgermeisterin in der höchst möglichsten Stufe eingruppiert sei.

Oberbürgermeisterin Büssemaker bittet um mehr Sachlichkeit bei der Diskussion.

Stadtrat Stemmer stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte und Abstimmung.

Diesem wird mit 34:3, bei 2 Enthaltungen, zugestimmt.

Im Folgenden werden über die in der Sitzung gestellten Anträge wie folgt abgestimmt:

Der Antrag der FE-Fraktion, 10% bei der Aufwandsentschädigung für die Gemeinderäte, die Ortsvorsteher, die Fraktionen und die Fraktionsvorsitzenden einzusparen, wird mit 20:16 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, abgelehnt.

Stadträtin Lumpp zieht ihren Antrag auf Kürzung der Fraktionsentschädigung zurück.

Die Reduzierung der Aufwandsentschädigungen für Gemeinderäte um 10% (SPD-Fraktion) wird mit 19:17 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, abgelehnt.

Die Kürzung der Aufwandsentschädigungen für die Ortsvorsteher um 12% (FDP-Fraktion) wird mit 28:1 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, abgelehnt.

Die CDU-Gemeinderatsfraktion beantragt, in den Haushalt 2006 für die Mensabetriebe der beiden Schulen des Schulzentrums und des Eichendorff-Gymnasiums Beträge von

jeweils 3.500,- €, also insgesamt 10.500,- € einzustellen, damit die Eltern nicht für die dort bestehenden Defizite aufkommen müssen. Die CDU-Fraktion bittet die Verwaltung, gleichzeitig zu prüfen, ob die Essensbelieferung nicht preisgünstiger erfolgen könne. Diesem Antrag sowie dem Prüfauftrag werden mit 38:1 Stimmen, zugestimmt.

Die SPD-Gemeinderatsfraktion beantragt die Berechtigung zum Erwerb des seit 1996 eingeführten Familienpasses bereits ab dem zweiten Kind zu ermöglichen. Dieser Antrag wird mit 19:12 Stimmen, bei 8 Enthaltungen, abgelehnt.

Die SPD-Fraktion beantragt die Bezuschussung für die renommierte Schubertiade auf der Zuschusshöhe von 2005 zu belassen. Ohne weitere Aussprache wird dieser Antrag mit 18:13 Stimmen, bei 8 Enthaltungen, abgelehnt.

Die Freien Wähler beantragen eine Kürzung im Bereich Stadtmarketing, Öffentlichkeitsarbeit und Werbung von 100.000,- € in den Unterabschnitten 7900 und 7920. Ohne weitere Aussprache wird dieser Antrag mit 30:5 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, abgelehnt.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragen 45.000,- € beim Umbau des Ratszimmers einzusparen. Nach Meinung der Fraktion würden hierfür 5.000,- € ausreichen. Dieser Antrag wird mit 23:9 Stimmen, bei 7 Enthaltungen, abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Büssemaker erkundigt sich nochmals nach dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Stelle des Umweltbeauftragten wieder zu besetzen.

Stadträtin Saebel erläutert, dass sie die Wiederbesetzung der Stelle des Umweltbeauftragten fordere, für sie jedoch auch ein Amt für Bildung und Umwelt vorstellbar sei.

Stadträtin Hofmeister ergänzt, dass Wunsch sei, einen Ansprechpartner für Umweltfragen, Agendagruppen etc. zu haben.

Oberbürgermeisterin Büssemaker antwortet hierauf, dass es eine Arbeitsgruppe gebe und sie im Verwaltungsausschuss hierüber berichten werde. Sie erkundigt sich bei Frau Saebel, ob gewünscht werde, wiederum eine Stabstelle für den Umweltbeauftragten einzurichten.

Stadträtin Saebel erklärt, dass ihr egal sei, ob die Stelle als Stabstelle oder in einem Amt angesiedelt werde, es solle nur ein kompetenter Ansprechpartner vorhanden sein.

Oberbürgermeisterin Büssemaker erläutert, dass die Stelle nicht gestrichen worden sei und vorgesehen werde, einen Koordinator für Umweltfragen bereitzustellen und die Aufgaben zu verteilen. Sie wiederholt, dass sie hierüber in einer nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses berichten werde. Auf der heutigen Tagesordnung müsse über den Stellenplan entschieden werden und nicht über die Besetzung einzelner Stellen. Sie fügt hinzu, dass Herr Bubel sich als Leiter des neuen Bildungsamtes beworben habe und nicht gleichzeitig noch die Stelle des Umweltbeauftragten weiterführen könne.

Stadträtin Kölper stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte.

Diesem wird mit 36:3 Stimmen zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Büssemaker stellt die aktuelle Fassung der Haushaltssatzung der Stadt Ettlingen für das Hausaltsjahr 2006 vor:

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

1.	den Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je	95.159.880 €
	davon im Verwaltungshaushalt	83.788.700 €
	im Vermögenshaushalt	11.371.180 €
2.	dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen (Kreditermächtigung) in Höhe von	4.176.230 €
3.	dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von	5.433.500 €

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 6.000.000 €

§ 3

Die Hebesätze für die Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
1.1	A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe auf	230 v. H.
1.2	B für alle übrigen Grundstücke auf der Steuermessbeträge	300 v. H.
2.	Gewerbesteuer vom Gewerbeertrag auf der Steuermessbeträge.	350 v. H.

§ 4

Der Stellenplan 2006 für die Stadtverwaltung wird als Teil und Anlage des Haushaltsplanes beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden personalrechtlichen Maßnahmen im Rahmen der Zuständigkeiten vorzunehmen.

II. Ferner wird Kenntnis genommen von

1. der Finanzplanung für den Planungszeitraum 2005 - 2009
2. dem voraussichtlichen Investitionsprogramm 2005 - 2009

Der Gemeinderat stimmt der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006 mit 33:6 Stimmen zu.

Stadtrat Dr. Keßler erklärt, dass er gegen den Haushalt gestimmt habe, da die Ergebnisse zu positiv dargestellt worden seien.

Gabriela Büssemaker
Oberbürgermeisterin

- - -

Ji/La 13. Februar 2006

1. Stadtkämmerei zur Kenntnis und mit der Bitte um weitere Veranlassung.

2. Amt für Bildung zur Kenntnis und mit der Bitte um Kenntnisnahme des Antrags der CDU S. 47/48) und gegebenenfalls weiter Veranlassung.

3. Bürgermeisterin Petzold-Schick, Hauptamt, Stabsstelle Revision, Justitiariat, Amt für Bildung, Planungsamt, Stadtbauamt, Kultur- und Sportamt, Musikschule, Museum, Ordnungsamt, Amt für Jugend, Familie und Senioren, Schloss- und Hallenverwaltung, Stadtarchiv, Stadtbibliothek, Volkshochschule, Schlossfestspiele, Grundbuchamt und Stadtbau GmbH zur Kenntnis.

4. Z. d. A.

Im Auftrag:

Jilg